

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1948.

Dienstag, den 13. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1944.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Parade-Vorstellung.

Im Circus Busch ist Galavorstellung. Wie alljährlich um die Mitte des Februarmonats hält dort der Bund der Landwirte seine Generalversammlung ab. Die geschäftlichen Angelegenheiten sind in den Sitzungen des Landwirtschaftsrats erledigt, der Bund zwischen Regierung und junkerlichem Großgrundbesitz ist durch die Bülowischen und Pöbbeckischen Tafelreden im Kaiserhof aufs neue befestigt — nun folgt als Schlussequenz der große Clou der Berliner agrarischen Woche, den die Annoncen der Ballsäle und Weinrestaurants schon seit mehreren Tagen ankündigen. Das Arrangement ist wie immer vortrefflich. Die Bundesleitung versteht ihre Parade fast noch besser zu arrangieren wie die Leiter des Katholikentages. Nicht gedrängt hart von der Manege bis zum proletarischen Olymp hinauf eine frohe Menge den verpöblichen rhetorischen Genüssen, fast noch gespannter, als das schaulustige Publikum, das sonst in diesen Räumen den equilibristischen Künsten folgt. Pietätvoll befolgt die Bundesleitung die Devise: „Suum cuius“. In den Rängen und dem Sperritz sitzt die erste Garnitur der Notleidenden in Fuchs- und Siberpelzen, dann folgt die zweite Gattung: die gewöhnlichen Rittergutsbesitzer, darauf die Großbauern — prächtige Typen, vollgerundete Gestalten à la Schäbler mit anscheinlichen Dombrotbüchchen, noch höher hinauf die bäuerliche Montagne, die harten weitergebräunten Gesichter märkischer, pommerscher, hannoverscher Mittel- und Kleinbauern. Alles wie sonst in früheren Jahren; und doch trägt die Versammlung ein verschiedenes Gepräge. Es fehlt die Entschlossenheit, die frühere Kampfesstimmung; vielmehr spiegelt sich auf manchen Gesichtern eine naive Selbstzufriedenheit. Es scheint, als ob viele dieser adeligen und nichtadeligen „Bauern“ weit weniger die Referate beschäftigen, als die Frage: „Wie amüsiere ich mich am besten in Berlin?“

Dieser Stimmungsumschlag, der schon im vorigen Jahre hervortrat, ist begreiflich. Der Bund der Landwirte ist vor 13 Jahren nach dem Abschluß der Caprivischen Handelsverträge zu dem Zweck gegründet worden, die durch diese Verträge eingeschlagene Richtung der Handelspolitik zu bekämpfen und die Rückkehr zu den sogenannten Grundsätzen der Bismarckschen Volkshutpaera zu erzwingen. Dieser Zweck aber ist erreicht. Die wesentlichsten Forderungen haben in den neuen mit Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Rumänien und Serbien abgeschlossenen Handelsverträge Aufnahme gefunden; und in den nächsten Jahren kann an diesen Verträgen nichts geändert werden. Zudem hat in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und in der sozialdemokratischen und freimüthigen Agitation gegen die bestehenden Vieheinfuhrverbote die Regierung viel mehr Festigkeit bewiesen, als die Agrarier selbst früher zu hoffen gewagt haben, scheint es doch, als wenn sie es sogar im Interesse der Getreideproduzenten auf einen Zollkrieg mit Uncle Sam ankommen lassen will. Und zu diesen Ausblicken auf eine wesentliche Beschränkung der amerikanischen Konkurrenz gesellt sich die Wahrscheinlichkeit, daß infolge des Andauerns der revolutionären Bewegung in Rußland dessen Ausfuhr agrarischer Produkte nach Deutschland in den nächsten Jahren einen beträchtlichen Rückgang erleiden wird.

Die Herren Agrarier haben sich seit Gründung des Bundes der Landwirte kaum jemals wohler gefühlt als heute. Kennzeichnend für die veränderte Situation ist der gestrige Begrüßungsartikel der „Deutschen Tageszeitung“. Während in den früheren Jahren das Blatt zum Kampf und zum Mißtrauen gegen die Regierung aufrief, heißt es diesmal:

„In den früheren Jahren klangen unsere Forderungen oft in einen scharfen und sehr kritischen Appell an die Regierung aus. In diesen Jahre liegt zu einem besonders scharfen Appelle keine Veranlassung vor. Das Vertrauen ist wiedergekehrt; und wenn es auch nicht allenthalben zur vollen Blüte gekommen ist, so hat es doch zu keimen begonnen. Ob es aus dem Keime sich zur Blüte entwickeln werde, das hängt von der künftigen Haltung der maßgebenden Stellen ab.“

Das Bundesorgan spricht sogar dem Reichskanzler und Landwirtschaftsminister seinen öffentlichen Dank aus:

„Seine Arbeit wurde ihm wesentlich dadurch erleichtert und erfreulich gemacht, daß die Reichsregierung und die einzelstaatlichen Regierungen, daß insbesondere der Reichskanzler und der preussische Landwirtschaftsminister fest blieben und sich durch das wüste Geschrei nicht irre machen ließen, sondern den unbedingt notwendigen Grenzschutz im allgemeinen aufrecht erhielten. Der Bund der Landwirte steht heute nicht an — davon sind wir überzeugt, — der Regierung und den maßgebenden Männern für diese feste Haltung seinen Dank zu sagen, nicht als ob sie ihm einen Gefallen getan, eine Liebeshandlung erwiesen hätten, sondern weil sie eine unabweisbare Pflicht erfüllten und sich von dieser Pflichterfüllung nicht abbringen ließen.“

Das ist eine ganz fremde Tonart. Man deutlich möchte jedoch die Bundesleitung diesen Stimmungsumschlag doch nicht nach außen hervortreten lassen, deshalb hat sie bei der Aufstellung des Manageprogramms auf einige kräftige rhetorische Nummern Bedacht genommen. Sie kennt den Geschmack ihrer Gefolgschaft und handelt nach dem Grundsatz: Jedem nach seinem Gout. Den Majoratsherren und Großgrundbesitzern, die im Nebenamt einen Landratsposten zieren, werden einige Piccen aus der hohen Schule der Staatskunst

vorgeritten und etwas stilvolle Akrobatik der mittleren Linie präsentiert; für die solchen staatsmännischen Leistungen weniger zugänglichen Agrarier sind die athletischen Kraftproduktionen à la Oldenburg-Fanatschau bestimmt, und für die Befriedigung der Anforderungen des bäuerlichen Berges sorgen die eingestreuten „Entrees der Clowns“: eine Kunstpezialität, die in den landbändlerischen Zirkusvorstellungen ganz besonders gepflegt werden, da der Direktion für dieses Genre seit Jahren hervorragende Kräfte in dem Grafen Reventlow sowie den Herren Liebermann von Sonnenberg und Diedrich Bahn zur Verfügung stehen.

Heute hat man die Zahl der wortathletischen Kraftproduktionen noch um einige Nummern vermehrt. Doch es fehlt die Schneidigkeit. Die Rücksicht auf das Wohlwollen der hohen Regierung gebietet es, dieser gegenüber Maß zu halten; man kann nicht in dem Begrüßungsartikel des landbändlerischen Hauptorgans die Fürsorge Bülow's und Pöbbeck's für die Landwirtschaft preisen, man kann nicht an ihre Adresse gerichtete Dankresolutionen annehmen lassen und hinterher, wie einst in früherer Zeit, mit den Worten: „Die Minister können uns sonst was“ eine drastische Einladung zu höchst zweifelhaften kulinarischen Genüssen an sie richten. So suchten denn die Vertreter des athletischen Faches sich mit einigen großen Gebärden und Ermahnungen an die Regierung abzufinden und richteten ihre Hauptausfälle gegen die Sozialdemokratie. Die Quintessenz fast aller Referate läßt sich in den Satz zusammenfassen: Es gilt, das Erreichte zu erhalten, deshalb Kampf gegen die Sozialdemokratie und das Zudentum!

Eingeleitet wurde die Vorstellung durch Herrn Dr. Roßke, der über die Notwendigkeit der Erhaltung des Bundes sprach. Wo, meinte er, sollten in den heutigen Zeiten die Interessen der Landwirte bleiben, wenn nicht eine starke arbeitsfreudige und kampfbereite Organisation der Landwirte, wie wir sie im Bunde der Landwirte haben, einträte, aufklärend und fördernd, das Material herbeischaffend und es benutzend. Dann folgte mit anerkanntem schauvielerischem Geschick der Uebergang ins Pathetische: „Solange noch der deutsche Bauernstand in unserem Vaterlande lebenskräftig dasteht, solange deutscher Bauernsinn noch eine Stätte hat in Deutschland, solange werden auch noch so viele Demonstrationsversammlungen oder gar der Zug der revolutionierenden Sozialdemokratie vor das Schloß nicht unsere Verfassung aufheben können (Bravo!), noch unsere Gesellschaftsordnung umstoßen oder gar den Thron der Hohenzollern wankend machen können. (Stürmischer Beifall.) Denn noch gilt in unserem Bauernstande und für den Bauernstand das Wort Nothschreids:

„Noch roget in unserer Mitte
Ein reißiges Herrschergeschlecht
Noch lebt in der Bauernhütte
Der Glaube an Gott und das Recht,
Noch sind wir der Väter Erben
An Mut und eiserner Hand,
Für dich wollen wir leben und sterben,
Du deutsches Vaterland.“

Es folgten der Reihe nach Herr von Wangenheim, der mit zufriedenen Lächeln das alte Lied von der Notlage der Landwirtschaft sang, und darauf — eine feltene Nummer im landbändlerischen Zirkusprogramm — sich als Verehrer der Besonnenheit der Hanseaten vorführte, Reichsritter Simitsch von Hohenblum, der als neueste Attraktion aus Oesterreich vertriebene Führer des dortigen Bundes der Landwirte, Herr Freiherr von Maltzahn, Herr Schürsch-Chin, Herr Diederich Bahn usw.

Auflig plätscherte der Redefluß, hin und wieder durch kräftige pathetische Delfamationen unterbrochen. Eine gewisse Abwechslung bot nur die Rede der Herren v. Winkel-Logau und Liebermann v. Sonnenberg, der sich wiederum als „Kujust“ produzierte. Er erklärte, auch er liebe nicht die antisemitischen Phrasen, denn er habe das nicht nötig. Seit 20 Jahren klaffe ihn die Prekmeute an, aber unerschütterlich stehe er in der brandenden Flut als rocher de bronze der preussisch-arischen Kultur.

Die Bündler tranken an ihren Erfolgen. Ihre höchst anerkanntswürdigen agitatorische Leistung verzinst sich vorteilhaft. Was den „Notleidenden“ durch die neuen Handelsverträge, durch die Haltung der Regierung zur Fleischnotfrage in den Schoß geworfen wird, das sind nicht Millionen, sondern Milliarden. Die alte Opposition, das Argumentieren mit den alten Beweisen läßt sich in dieser veränderten Situation nicht mehr aufrecht erhalten. Gerade in dieser Opposition, in der Fruktifizierung des Bauerntröges aber bestand die Kraft des Bundes. Der Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vermag diese Opposition nicht zu erlösen. Opferwilligkeit in Geldangelegenheiten ist keine Eigenschaft der Bauern, weder der wirklichen, noch der sogenannten mit über 1000 Hektar Grundbesitz. Wenn sie den Beutel ziehen, wollen sie einen sich in Geldwert umkündenden Nutzen sehen: für ideale Zwecke haben sie nichts übrig. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie bietet aber keine Aussicht auf materiellen Gewinn. Selbstverständlich fällt eine derartige Riesenorganisation wie die des Bundes der Landwirte nicht von heute auf morgen; doch die Lebenskraft welkt. Es geht abwärts.

Die Revolution in Rußland.

Gefangene werden nicht gemacht!

Vom Zentralkomitee des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland“ geht uns folgendes höchst interessante Dokument zu:

Kopie.

Chiffriertes Telegramm des Ministers des Innern P. Durnowo aus Petersburg an den Generalgouverneur in Kiew vom 6./18. Januar 1906, sub Nr. 929.

„Im Flecken Kagarlyk, Gouvernement Kiew, wurde heute ein Agitator verhaftet. Eine Volksmenge verlangt drohend seine Befreiung. Die Sache sei zu schwach. Ersuche Sie dringend, in diesem und in allen ähnlichen Fällen sofort zu befehlen, mit Waffengewalt rücksichtslos streng die Aufständischen auszuwarten und ihre Häuser zu verbrennen. Wir müssen mit den schärfsten Mitteln der ungeheuren Eigenmächtigkeit der Revolutionäre entgegenzutreten, sonst kann unser ganzes Reich zugrunde gehen. Die Autorität der Staatsgewalt kann nur auf diese Weise hergestellt werden.“

Verhaftungen sind zwecklos; hunderte Menschen vor ein Gericht zu stellen, ist nicht möglich. Erleitet sofort demgemäße Instruktionen an das Militär.

(Bez.) Der Minister des Innern P. Durnowo,
(Bez.) Stabschef des Kiewer Militärbezirks Generalleutnant Rawrin.

An den Bataillonkommandeur zur Kenntnisnahme.

Höchst dringend.

Es soll also künftig von den Jarenschergen ohne jede Form Rechts darauf los gemordet werden!

Administrative Blarney.

Odesa, 12. Februar. General Kaulbars gibt durch Tagesbefehl bekannt, daß über jede Person, die einen Anschlag gegen Behörden mittels Sprengstoffe, Bomben, Säuwaffen oder anderer Mittel versucht oder ausführt, sowie Personen, die zu solchen Zwecken dienende Gegenstände erwerben, anfertigen, bewahren oder veräußern, künftig die Todesstrafe auf administrativem Wege ohne Untersuchung und Gerichtsverfahren verhängt wird. Der Befehl ist gültig für die Gouvernements Cherson einschließlich Odesa, Bessarabien, Jekaterinoslaw und Taurien einschließlich Sewastopol.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar.

Stöcker's Revolberrede.

Mit Schimpf und Schande ist der ehemalige Hosprediger weiland Wilhelm I. aus dem öffentlichen Leben gejagt worden. Es schien, als ob der überjesuitische Scheiterhaufenbrief ihm für immer den politischen Hals gebrochen habe. Aber lange vor des Fürsten Bülow agrarischer Tischrede hat sich Herr Stöcker jenen tropischen Vielhuser zum Muster genommen, dessen Pant wegen ihrer Dicke geschätzt ist. Und er hat unlegbar damit Erfolg erzielt. Die göttliche Freiheit, die unsere Junker auszeichnet, läßt sie Geschmach an der Unbefangtheit finden, die Ehren-Stöcker auszeichnet. Längst stellt die Rechte wieder das Hauptkontingent zu dem Chorus, der die Nachmittagskapuzinaden des Hofpredigers mit Beifallsgebrülle begleitet. Herr Stöcker hat die Kindlein zu sich kommen lassen und von ihnen erfahren, daß es am „roten Sonntag“ etwas sehen würde. Die kindische Mitteilung vom Ankauf von 39 Revolvern, die Hippolit Rehfes sel. Erbe oder sonst ein Waffenhändler abgesetzt haben soll, ist Herrn Stöcker so auf die Nerven gefallen, daß er noch nach Verlauf von 3 Wochen das Bedürfnis spürt, seinem geprehten Herzen Luft zu machen. Er tat das und erzielte die doppelte Wirkung, sich bei den Junkern aufs neue anzubiedern und uns eine fröhliche halbe Stunde zu bereiten. Nebenbei kamen auch die zahlreichen Tribünenbesucher auf ihre Kosten, die den Rest des durch die Zirkus Busch-Scherze angebrochenen Nachmittages im Reichstage verlebten.

Herr Stöcker hatte wohl in Rücksicht auf die Tribünenhinterwäldler seine Predigt auf die späte Nachmittagsstunde verlegt. Im Anfang der Sitzung zergliederte Genosse Stidtag an die Rheinabensche Lebensart von den „unerträglichen Lasten“, die die Arbeiterversicherung den armen geplagten Unternehmern auferlege. Die schöne Quadrupelalliance, die sich zwischen Regierung, Konservativen, Freimüthigen und dem von Standesbündel besessenem Teile der Herzogenschaft zum Zweck der Bekämpfung der Selbstverwaltung der Krankenkassen gebildet hat, wurde von unserem Redner an der Hand einer attemmäßigen Darstellung der Reinscheider Vorgänge beleuchtet.

Der nationalliberale Dr. Deumer arbeitet augenscheinlich an einem Erbauungsbuche für die reifere Jugend aller Stände. An seinem eigenen Beispiele will er zeigen, wie weit man es mit Fleiß und Arbeit bringen kann. Proben aus dieser Selbstbiographie gab er im Reichstage zum besten und fügte einen Lobgesang auf die Kruppischen Werke hinzu. Was der bayerische Zentrumsmann v. Pfeffen eigentlich wollte, war nicht recht ersichtlich.

Am Schluß der Sitzung wies Genosse Bensch die pfäffischen Berunglimpfungen wider die Sozialdemokratie und die russische Revolution, die sich Herr Stöcker geleistet hatte, ge-

Während zurück und hob die Bedeutung der von konservativen Bureaufürsten, antisemitischen Bürokraten und freisinnigen Kräften angeführten Konsumvereine hervor.

Am Dienstag wird die sozialpolitische Generaldebatte fortgesetzt.

Spannungen in Algeciras.

Während sich bisher die Verhandlungen der Marokkokonferenz schlagfröhig hinführten und die zweieinhalb Schod Journalisten, die sich in dem spanischen Küstenstädtchen ein Stelldichein gegeben haben, sich im Schweige ihres Angesichts belangloses Feuilletongeschwätz abquälten, beginnt jetzt die Situation eine gespanntere zu werden. Was bis jetzt verhandelt wurde, betraf allerlei Nebenächlichkeiten, die der Erwähnung nicht lohnten; mit dem Aufstehen der Polizeifrage hat sich das Bild mit einem Schlage verändert. Hier handelt es sich um die Frage des Protektorates, den Kernpunkt des ganzen Marokkokonfliktes. Und hier muß es sich entscheiden, ob Deutschlands Einspruch gegen die französischen Wünsche die Unterstützung wenigstens einiger Mächte findet.

Die Absichten der französischen Diplomatie gehen dahin, das internationale Mandat für eine französische Polizeikontrolle zu erhalten. Diese Polizeikontrolle bedeutet bei den marokkanischen Verhältnissen nichts anderes als die Kontrolle über die ganze bewaffnete Macht. Noch hat Frankreich auf der Konferenz eine solche Forderung nicht offiziell erhoben, und doch hat bereits das deutsche offiziöse Depeschendepartement erklärt, daß ein reines französisches Polizeiregime der Ausübung einer französischen Schutzherrschaft gleichkomme und daher nicht akzeptiert werden könnte. Deutschland sei nicht nach Algeciras gegangen, um sich „in der Entwicklung der deutschen Interessen in Marokko in Zukunft französische Fesseln anlegen zu lassen“. Auch die oft offiziös inspirierte „Münch. Allg. Ztg.“ erklärt, daß die Forderung, Frankreich in der Polizeifrage ein europäisches Generalmandat zu erteilen, undiskutabel sei. Die ebenfalls halboffiziöse „Köln. Ztg.“ fügt hinzu, daß auch der Vorschlag, Frankreich und Spanien mit der Polizeikontrolle zu betrauen, von Deutschland nicht akzeptiert werden könne, da man nicht wisse, inwieweit Spanien auf Grund eines Geheimvertrages mit Frankreich unter einer Decke stehe.

Es fragt sich nun, welche Stellung die übrigen Mächte zu der Streitfrage einnehmen. Daß England und Spanien sich auf Frankreichs Seite stellen, scheint sicher zu sein. Es kommt also vor allen Dingen die Stellungnahme der Vereinigten Staaten und Italiens in Frage. Sollten auch diese Mächte der französischen Auffassung zuneigen, so würde sich Deutschland, wenn es die Konferenz nicht völlig resultatlos verlaufen lassen will, mit dem Versprechen Frankreichs begnügen müssen, das Prinzip der offenen Tür, um die es sich nach den Versicherungen der deutschen Diplomatie ja überhaupt nur handeln soll, niemals anzutasten.

Wie sich die Dinge aber auch in Algeciras entwickeln mögen — die Geister diesseits und jenseits des Rheins scheinen sich in der Zwischenzeit immerhin derart abgelüht zu haben, daß man an die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht mehr denkt. Die Haltung der Masse des Volkes in Frankreich wie in Deutschland scheint denn doch ein wenig abblühend gewirkt zu haben! Trotzdem ist es durchaus am Platze, die Marokko-Affäre in ihrer gegenwärtigen kritischen Phase mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen, um zu verhindern, daß dieser für die wirklichen Interessen der Nation so absolut gleichgültige Diplomatenhandel mit größerer Ehrlichkeit traktiert wird, als es den Umständen entspricht! —

Deutsches Reich.

Die Erwerbung Kiantchou.

Einen interessanten Beitrag zur Geschichte der „Pachtung“ Kiantchou veröffentlicht der „Petersburger Herald“. Von einem Gewährsmann, der, wie das Blatt behauptet, dem verstorbenen Reichsminister Fürsten Hohenlohe früher sehr nahe gestanden hat, ist ihm folgende Äußerung mitgeteilt:

„Als ich mit dem fertig ausgearbeiteten Projekt der Besetzung von Kiantchou zu Kaiser Wilhelm kam, um darüber Vortrag zu halten, griff Kaiser Wilhelm schmunzelnd in ein Schubfach und sagte, indem er denselben einem Brief des Kaisers von Rußland entnahm: „Hier! da haben Sie Ihr Projekt schon verwirklicht, ich habe die Sache schon in persönlichen Briefwechsel mit dem Kaiser von Rußland geregelt.“ Der Berliner Korrespondent der „Münch. Neuest. Nachr.“ ergänzt diese Mitteilung durch nachfolgende Schilderung:

Nicht ganz so, aber ähnlich ist der Vorgang in der Tat gewesen. Als Deutschland die Besetzung eines Hafengebietes in China plante, wobei für Kiantchou gegenüber einem weiter südlich gelegenen Hafen besonders das Votum des großen, jüngst verstorbenen Geographen Frhrn. v. Richters ebenso wie der Wunsch der Marine ins Gewicht fielen, war man in Petersburg nicht weniger als in London überrascht, daß Deutschland in Ostasien einen „Weg an der Sonne“ haben wolle. Zwischen dem Marquis of Salisbury und dem Grafen Murawiew, die damals die auswärtige „Politik“ ihrer Staaten leiteten, entstand ein lebhafter Briefwechsel, und Salisbury schlug damals direkt eine englisch-russische Kooperation vor, um den deutschen Plänen Einhalt zu tun. Das Mißtrauen Murawiews, der übrigens bald darauf eines plötzlichen Todes — wohl durch Selbstmord — starb, witterte jedoch in dem englischen Vorschlag eine Falle: die britische Politik wolle Deutschland und Rußland entzweien, um selbst freie Hand in Ostasien für einen Fischzug im Trüben zu bekommen. Deshalb zögerte er, während er gleichzeitig Deutschland Schwierigkeiten machte. In dieser kritischen Zeit wandte sich Kaiser Wilhelm brieflich an den Zaren, und dieser gab rückhaltlos die Zusage, daß Rußland gegen die Pachtung Kiantchous nichts einzuwenden werde. Dieser Brief des Zaren, der über den Kopf des Ministers Murawiew ging, mag der Kaiser dem Fürsten Hohenlohe gezeigt und dabei ähnliche Worte, wie oben mitgeteilt, geäußert haben. Dies geschah im Sommer 1897.

Die Verantwortung für diese Enthüllung muß den „Münch. N. Nachr.“ überlassen bleiben. So ganz unwahrscheinlich klingt die Nachricht nicht. Besser wäre allerdings gewesen, der Zar hätte sich weniger zustimmend verhalten — dann hätten die Chinesen den jandigen „Weg an der Sonne“ behalten, und wir unsere vielen Millionen. Oder sollte vielleicht der Zar durch seine Räte vorher genau über den Wert des sonnigen „Pachtlandes“ unterrichtet worden sein?

Zentrum und Fleischwucher.

Wie die agrarisch-ultramontane „Rheinische Volksstimme“ berichtet, hat dieser Tage der Zentrumsvizepräsident Dr. Marfour (Koblenz) vor seinen Wählern geredet und dabei gesagt:

„Es war ein harter Kampf, und selbst innerhalb unserer Fraktion war es nicht leicht, alle unter einen Hut zu bringen. Den Fraktionsmitgliedern, die z. B. die Städte Düsseldorf, Köln, Aachen vertreten, fiel es schwer, sich unseren Ansichten anzubequemen, und wir fanden uns oft scharf gegeneinander. Aber sie haben es schließlich getan im allgemeinen Interesse und haben um deswillen die schwersten Vorwürfe von Seiten der Arbeiterschaft und ihrer Wähler auf sich genommen. Sie haben anerkannt, daß die Landwirtschaft auch schon oft zu ihrem Recht hat nachgeben müssen, und aus dieser Erwägung sind ihre Wünsche hier zu Gunsten der Landwirtschaft und der allgemeinen Interessen zurückgetreten, und die Grenze blieb geschlossen.“

In der Zentrumsfraktion hat also das Land über die Städte, haben die Agrarier über das Volk Interesse gefasst. Wie immer, wo nicht der Selbsterhaltungszwang der Partei das Zentrum zu kleinen Regierbedürfnissen an die Arbeiterschaft genötigt hat. Die Herren Trübner, Sittart, Kirch, Giesbers und Konforten jammern dabei in Versammlungen und im Rathause über die Fleischnot; im Parlament aber, wenn es Abhilfe zu schaffen gilt, halten sie den großen Mund und verraten die Interessen des Volkes und ihrer Wähler. Daß ihnen dafür von ihren Wählern die schwersten Vorwürfe gemacht worden seien, wie Herr Dr. Marfour behauptet, ist uns nicht bekannt geworden. Mag sein, daß dies hinter den Parteilüftung in den einzelnen Städten geschehen ist; in der Öffentlichkeit war davon nichts wahrzunehmen. Das Zentrum hat die Leute, die ihm bei der großen Getreidehochpreisbewegung im eigenen Lager die Hölle geheizt hatten, zum größten Teile sich gekauft. Man hat sie in Kemter gesetzt, wo sie das Maul halten müssen, um nicht von der mächtigen Partei gemahregelt zu werden. So kam es auch, daß vor einiger Zeit in einer Volksversammlung in Bieren ein katholischer Arbeiter auftrat und sagte: „Auch wir hätten gern eine Versammlung gegen die Fleischnot abgehalten, aber wir konnten keinen Redner bekommen! — Bieren liegt einen Tagessprung von der Jesuitenresidenz R.-Gladbach entfernt, von wo aus die Redner stets dungenweise ins Land gefandt werden.“

Hier aber, wo es Volks- und Arbeiterinteressen zu wahren galt, waren die Herren nicht zu haben.

Verwandte Seelen finden sich.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ wird in den Verlag der Kronsbeynischen „Post“ übergehen. Den Redakteuren der „Staatsbürger-Zeitung“ ist bereits zum 1. April gekündigt; doch soll dieses Blatt zunächst noch neben der „Post“ als billigeres Scharfmacher-Organ weiterbestehen und von den „Post“-Redakteuren im Nebenamt redigiert werden. Fast tut es uns leid um die „Staatsbürger-Zeitung“. So tief dieses Organ auch gesunken ist, höher wie die Kronsbeynische Gedanken-Ablagerungshütte stand es immer noch. —

Sich, das Gute liegt so nah.

Wie im „Vorwärts“ schon mitgeteilt, wollen die deutschen Flottentreiber die Bestimmung, daß die Ueberflüsse, die der neue Zolltarif bringen wird, für die Witwen- und Waisenversorgung verwendet werden sollen, zugunsten der Flottenvermehrung umzusetzen. Wenn die Herrschaften so sehr nach Witzengeldern dürstet, so mögen sie sich gütlich an die Pensionen der Generalwittwen halten. Eine Generalwittwe bezieht die Kleinigkeit von 3000 Mark Pension im Jahr. Ferner bestimmt das neue Pensionsgesetz, daß den Rekruten von Offizieren unmittelbar nach dem Todesfall die Pensionsgebühren des Verstorbenen noch für weitere drei Monate und zwar auf einmal ausbezahlt sind. Auf diese Weise erhalten die Generalwittwen beim Ableben ihrer Männer beträchtliche Summen auf einen Schlag. Die Witwe eines Kommandierenden Generals bekommt 4871 Mark, die Witwe eines Generalleutnants 3265 M., eines Generalmajors 2253 M. Mögen also die Flottenenthusiasten — Dr. Sigl nannte sie Wasserlöcher — hier zugreifen, statt den Proletarierwitwen und ihren Kindern die paar Mark, die sie erhalten sollen, zu rauben. —

Gegen Posadowsky.

Die agrarische Presse läuft erbittert Sturm gegen den Grafen Posadowsky, weil dieser sich mit den plumpen Scharfmachereien des Herrn von Oldenburg nicht identifizieren zu dürfen glaubte. Die „Deutsche Tageszeitung“, die schon am Sonnabend in einem langen Artikel über die „Selbstläusungen und Irrwege“ der bisherigen Sozialpolitik geklagt und eine Umgestaltung der sozialen Reformgesetzgebung gefordert hatte, die — dem Mittelstande zugute komme, wirt dem Grafen Posadowsky vor, daß er durch seine Reden der Sozialdemokratie Beifall erteilt habe, statt gleich dem Reichstanzler in Sozialistenörter zu machen. Auch die „Konservative Korrespondenz“ konstruiert geflüstert diesen Gegensatz zwischen dem Reichstanzler und dem Staatssekretär des Innern. Graf Posadowsky möge sich des starken Widerspruchs, in dem sich seine Handlungen zu dem Verhalten des Reichstanzlers befänden, nicht bewußt sein, er sei aber gleichwohl vorhanden. Selbst die „Leipziger Volkszeitung“ versichere zuweilen den Grafen Posadowsky ihres Vertrauens, während die ganze rote Presse von wäitem Geschrei widerhülle, wenn sich Fürst Bälou mit der revolutionären Partei beschäftigt.

Es ist natürlich eine Lächerlichkeit, daß sozialdemokratische Blätter dem Grafen Posadowsky ihr „Vertrauen“ ausgesprochen hätten. Die sozialdemokratische Presse hat allerdings erklärt, daß Graf Posadowsky der einzige Regierungsvortrager sei, der vermöge seiner Fähigkeiten und Kenntnisse ein gewisses sozialpolitisches Verständnis besitze. Umso schärfer hat sie freilich die trostlose Zweifelleuthorie dieses Mannes verurteilt, der nicht die Konsequenzen aus seiner sozialpolitischen Einsicht zu ziehen wage. Es kennzeichnet die reaktionäre Unberücksichtigung, daß unsere Regierungsparteien einen Mann nur deshalb nicht in der Regierung bilden wollen, weil er die reaktionäre Politik zwar geschmeichlich mitmacht, dabei aber noch so viel Geschmach besitzt, nicht ganz so viel Einfichtlosigkeit zu markieren wie ein Herr v. Oldenburg oder ein Fürst Bälou! —

Die „geheiligte und unzerlegliche Person“ des Militärpostens. Ein drakonisches Urteil fällt das Oberkriegsgericht in Würzburg. Am 10. Dezember v. J. hatte der Soldat Haaf vom 17. bayerischen Infanterieregiment als Postenkontrollleur auf Wade zu ziehen. Abends stand er mit einem Kameraden unter dem Rosenentor, mit dem er sich neckte. Der als Posten dort stehende Soldat Ahl hat die beiden wegzugehen, damit er nicht in Ungelegenheiten komme. Haaf erwiderte dem Ahl, mit dem er auf dem Duzfuße stand, er habe hier nichts zu sagen, sondern nur zu patrouillieren. Im weiteren Verlaufe der Auseinandersetzung suchte er mit den Händen in der Luft herum, wobei er den Ahl leicht auf die Brust traf. Daraus wurde ein „tätliches Vergehen an einem Vorgesetzten“ konstruiert. Das Kriegsgericht hatte den Angeklagten Haaf freigesprochen; der Gerichtsherr legte hiergegen Verurteilung ein, und das Oberkriegsgericht sprach eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren aus! Die „geheiligte und unzerlegliche Person des Postens“ müßte geschätzt werden. —

Der Freisinn und die Freizügigkeit.

Die Jämmerlichkeit des Freisinnes beruht bekanntlich in letzter Instanz auf dem klaffenden Widerspruch zwischen seiner revolutionär-ideologischen Tradition und seiner reaktionären Klassenwirklichkeit. Er führt immer noch die freiheitlichen Schlagworte seiner Vergangenheit im Mund und in Programm, wenn er sich auch längst in die kompakte Schutztruppe der bestehenden Gesellschaftsordnung eingereiht hat, und bloß die quantitativ wie qualitativ belanglose Rolle, die die hinter ihm stehenden Bevölkerungsschichten in der wirtschaftlichen und politischen Machtverteilung spielen, rettet den Freisinn davor, noch häufiger auf den Widerspruch zwischen Prinzipien und „Taten“ festgenagelt zu werden, als es geschieht und als er es verdient. Wo immer nämlich der Freisinn in die Lage kommt, auf seine „Grundzüge“ durch praktische Politik zu manifestieren, trägt er keinen Augenblick Bedenken, die Erstgeburt seiner freiheitlichen Vergangenheit für einen „Löffel Linsenuppe“ aus dem Topf des Bestehenden hinzugeben. So gibt es in seinem ganzen Repertoire von Grundzügen und Ueberzeugungen keine einzige Nummer, die er nicht, wo er dazu Gelegenheit hatte, dreimal verlegen hätte.

Wie es zumal mit seiner Unverlässlichkeit in Bezug aufs Wahlrecht bestellt ist, ist zur Genüge aus seiner Haltung in den Kommunalvertretungen bekannt. Nun wird uns aus derselben Provinz, Schleswig-Holstein, wo in einer Reihe von Stadtgemeinden in den letzten Jahren auf freisinnige Initiative hin oder doch mit freisinniger Hilfe das kommunale Wahlrecht verschleiert worden, ein Vorkommnis gemeldet, das zeigt, wie der Freisinn auch noch ein

anderes prunkvolles Inventarstück seines prinzipiellen Programms in den Winkel zu stellen geneigt ist, wenn es ihm in seiner „praktischen Politik“ unbequem wird.

In Elmshorn liegt die freisinnige Stadtvertretung mit der benachbarten Gemeinde Hainholz in Differenzen wegen der Schullassen. Viele in Elmshorn beschäftigte Arbeiter haben in Hainholz ihre Wohnung und die Landgemeinde verlangt deshalb auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes von der Stadt einen Zuschuß zu den Kosten der Schule. Prinzipiell hat die Stadt den Anspruch anerkannt, sie feilscht aber mit Hainholz noch um die Höhe der Summe und will von den Forderungen der Landgemeinde um jeden Preis noch ein paar hundert Mark abhandeln. Nun ist eine geistige Kapazität im Elmshorner Stadtkollegium, der Stadtrat Carlens, Herr Carlens ist auch eine Leuchte des schleswig-holsteinischen Freisinn und freisinniger Parlamentarist. Dieser Herr stellt sich nun in der letzten Kollegienitzung hin und schlägt folgenden Ausweg aus dem Dilemma vor: Man solle der Gemeinde Hainholz die Pistole auf die Brust setzen. Wenn sie das Angebot von Elmshorn nicht annehme, müsse man die Elmshorner Unternehmer veranlassen, daß sie keinen Arbeiter mehr beschäftigen, der nicht in Elmshorn wohne. Mit einigen Unternehmern sei bereits Rücksprache in diesem Sinne genommen worden und sie hätten sich zu solchem Vorgehen bereit erklärt. Auf die Frage eines Vertreters der dritten Klasse, was denn diejenigen Arbeiter beginnen sollten, die in Hainholz Hausbesitzer seien, meinte Herr Carlens, sie sollten sich in Hamburg Arbeit suchen! Der Bürgermeister stimmte der „Idee“ des Herrn Carlens mit Begeisterung zu. Nun liegt es also allein an dem „Sozialpatriotismus“ der Unternehmer, an den in der Sitzung beweglich appelliert wurde, ob die Freizügigkeit für zahlreiche Arbeiter vernichtet wird. Aber mag der andere Plan Wirklichkeit werden, oder nicht, daß er in öffentlicher Kollegienitzung ohne Widerspruch zu finden, erörtert werden konnte, zeigt, wohin bei den Freisinnigen die Scham entflohen ist! —

Bayerischer Landtag.

München, 12. Februar.

In der Abgeordnetenversammlung wurde heute der Antrag des Abgeordneten Speck (Zentrum) beraten, die Regierung dringen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei Neuverfassung der Uebergangsabgabe für das in die norddeutsche Brauereigemeinschaft eingehende Bier die Bestimmung des Artikels 33 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches eingehalten werde. Abg. Speck begründet diesen Antrag und betont dabei, der betreffende Absatz der Reichsverfassung bestimme, daß alle Gegenstände, die im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, in jeden anderen Bundesstaat eingeführt werden können und dort einer Abgabe nur insoweit unterworfen werden dürfen, als dasselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen. Das bayerische Bier werde aber beim Uebergang in die norddeutsche Brauereigemeinschaft einer besonderen Steuer von 2 Mark für den Hektoliter unterworfen, während nach der Verfassung nur 80 Pfennig zulässig wären. Bayern habe in den letzten 20 Jahren 23 Millionen zuviel bezahlt.

Abg. Neuhäuser (liberal) erklärt: Wir stimmen dem Antrag zu, wir haben auf die Unzulässigkeit der hohen Uebergangsabgaben schon 1904 hingewiesen. In Norddeutschland ist das Bier mit 86 Pf. besteuert, von uns werden 2 Mark erhoben. Wir müssen auf Gerechtigkeit dringen, unsere Brauereigemeinschaft muß alles aufwenden, um ihre Stellung in Norddeutschland zu behaupten.

Abg. (Zentrum) fährt aus: Seit Jahrzehnten haben wir eine viel zu hohe Uebergangssteuer bezahlt. Der Bundestag muß dafür sorgen, daß die Reichsverfassung beachtet wird. Man darf die Uebergangsabgabe nicht nach einem besonders stark eingebrauten Bier berechnen, sondern nach einem gewissen Durchschnittssatz.

Finanzminister Ritter von Pfaff erklärte: Schon vor zwei Jahren hat mein Amtsvorgänger erklärt, daß der gegenwärtige Uebergangssatz zu hoch sei und daß eine Änderung eintreten müsse, wenn die norddeutsche Steuer reformiert werde. Das ist jetzt der Fall. Wenn die Sache der Kommission vom Reichstag angenommen werden wird, wird die Uebergangsabgabe zwei Mark kaum übersteigen, selbst wenn nicht ein Durchschnittssatz, sondern der Satz für das am stärksten eingebraute Bier der Berechnung zugrunde gelegt wird. In der Reichstagskommission erklärte der Reichsschatzsekretär, daß die Verfassung eingehalten werde. Die bayerische Regierung stimmt dem Antrag Speck zu.

Die Abgeordneten Remminger (Freie Vereinigung) und Loibl (Zentrum) befürworteten gleichfalls den Antrag Speck, der sodann einstimmig angenommen wurde.

Vom System Puttkamer.

Das „Berliner Tageblatt“ gibt eine Darstellung des Verhältnisses, in dem sich die Aqua-Deute zu dem Gouverneur Puttkamer befanden hätten. Dieser habe entgegen dem Uebereinkommen, das im Jahre 1884 von den Duallahauptlingen mit Herrn Dr. Rachtigall abgeschlossen worden sei, die Duallas systematisch benachteiligt und namentlich die Rechte des King Aqua vergrabschwidrig angefaßt. King Aqua selbst beziffere den ihm im Laufe von 16 Jahren durch die Entziehung seiner Rechte erwachsenen Schaden auf 10 Millionen Mark.

Als die im Jahre 1902 nach Deutschland entsendete Aqua-Deputation vom Kolonialamt zwar allerlei Versprechungen erhalten habe, aber im Verlaufe vollständig ergebnislos geblieben sei, sei die Stimmung in Kamerun immer erbitterter geworden. Man sei zu dem Aufstande entschlossen gewesen, wenn nicht gerade King Aqua befähigend auf das Volk eingewirkt habe. Der Sohn King Aquas, der sich in Deutschland befand, habe auf einen Brief seines Vaters erklärt, daß die deutsche Regierung durchaus friedliebend sei und daß das System Puttkamer nur gebildet werde, weil man von ihm in amtlichen Kreisen keine Kenntnis habe. Die Einreichung einer schriftlichen Beschwerde werde sicherlich zur Abstellung der Mißstände führen. Diese Beschwerde wurde denn auch abgesandt, jedoch mit dem Erfolge, daß Puttkamer die beschwerdeführenden Hauptlinge einlocheru ließ. Doch hoffe gerade der Sohn King Aquas, der sich noch in Deutschland aufhalte, daß dieser letzte Gewaltakt dem Fasse den Boden ausschlage und zu einer gründlichen Untersuchung der kameruner Verhältnisse führen werde.

Wir wollen hoffen, daß wenigstens der Reichstag den guten Glauben des jungen kameruner Hauptlingssohnes nicht zu schanden werden läßt! —

Ausland.

Das Kabinett Sonnino.

Rom, 10. Februar. (Fig. Ber.)

Wie die beiden Ministerien Fortis ihren Schwerpunkt auf der Linken hatten mit dem berühmten „Stützpunkt nach rechts“, so hat das neue Kabinett sein Hauptgewicht auf der Rechten mit zwei Stützpunkten in der äußersten Linken. Die ganze konstitutionelle Linie, die seit dem Frühjahr 1901 das Gros der ministeriellen Mehrheit gebildet hatte, ist im Kabinett Sonnino ohne Vertretung; nur ein „Dufider“, Alfredo Baccelli, hat das Portefeuille der Post angenommen. Was Zanardelli und Giolitti nicht gelungen ist, das hat Sonnino zustande gebracht: angesehene Mitglieder der radikalen und republikanischen Partei zur Teilnahme an der Regierung bewegen. So liegt in dem neuen konservativen Kabinett das Ministerium der Justiz in Händen des Radikalen Sacchi, das Aerbauministerium in Händen des Republikaners Pantano.

Das erklärt sich wohl daraus, daß diese Herren im Laufe der Jahre anspruchlos geworden sind. Als Giolitti mit Sacchi über seinen Eintritt ins Kabinett verhandelte, machten die Radikalen ihre Forderung der Verminderung der Heresausgaben abhängig, und die Sache zerfiel sich. Diesmal forderte Sacchi nichts als eine Betonung des freien Gedankens gegenüber der clerikalen Vor-

stöße, denen gegenüber Giolitti und Fortis so viel Laugmut gezeigt hatten. Zu welchen Bedingungen Patano einen Strich durch seine 30jährige republikanische Vergangenheit gemacht hat, wissen wir nicht. Er dürfte in sein neues Amt Rechtschaffenheit und Sachkenntnis mitbringen, aber kaum dem Ministerium die Stimmen der Republikaner zuführen, die hoffentlich das Tischtuch zwischen dem Minister und der republikanischen Partei zerschneiden werden.

Im ganzen macht das Kabinett Sonnino keinen schlechten Eindruck und findet einen wohlwollenden Empfang in der Presse. Es bietet seiner inneren Beschaffenheit nach zweifellos mehr Garantien als die drei vorigen Ministerien und sollte wohl die Möglichkeit zur Formulierung eines konservativen Reformprogramms, besonders auf Grund einer Neuordnung des veralteten Verwaltungswesens bieten. Enrico Ferri, der das neue Ministerium im heutigen „Avanti“ einer wohlwollenden Prüfung unterzieht, tadelt die Verbeibehaltung der beiden militärischen Minister, des Generals Mainoni und des Admirals Rirabelle; hierbei geht er und der „Avanti“ immer wieder von der bürgerlich-liberalen Fiktion aus, die eine Reform des Militärwesens im demokratischen Sinne durch das Parlament für möglich hält, aber vergißt, daß man der Bourgeoisie nicht zuzumuten kann, den Akt abzulegen, auf dem sie sitzt. Die Garantie rechtschaffener Verwaltung der Militärangabe sollen ja selbst dem „Avanti“ zufolge die jetzigen Minister bieten. Mehr kann man nicht verlangen.

Ueber die einzelnen Minister ist zu bemerken, daß bis auf Boselli und Vaccelli alle für ihr Fach besondere Vorbildung aufweisen, was sonst auch in Italien durchaus nicht immer der Fall ist. Luzzatti, dem die Verwaltung des Schazes zufällt, ist ein Finanzmann von europäischem Rufe, der zum vierten Male dieses Portefeuille übernimmt, Salandro, der neue Finanzminister, bringt tüchtige Fachkenntnisse mit. Von Sacchi, dem Führer der Radikalen, verspricht man sich nicht viel — er gilt nicht gerade für eine Leuchte. Dem Minister Pantano wird der Umstand schaden, daß er Republikaner ist oder richtiger: war und beim Regierungsantritt Victor Emanuels III. die — konstituierende Versammlung gefordert hat! Eine derartige Vergangenheit, besonders wenn sie so wenig verjährt ist, schädigt das Forum des „Verlehrten“ meist in gefährlicher Weise. Man gebraucht den Ueberläufer vielleicht, aber man achtet ihn nicht. Der Minister des Aeußeren, Guicciardini, ist sehr dekorativ, gilt als Freund des Dreiebundes und hat einige Arbeiten über die Balkanfrage veröffentlicht, aus denen jetzt die Antiministeriellen mit Eifer die kompromittierenden Stellen über das Verhalten Oesterreichs zusammensuchen. — Boselli ist zu alt — fast 70 Jahre — als daß man von ihm die Energie erwarten könnte, die zur Sanierung der Verhältnisse im Unterrichtsministerium nötig wäre.

Die erste Schlacht wird die Opposition bei der Frage der Ernennung der Kammerpräsidentenschaft liefern. Man spricht davon, daß sie Giolitti als ihren Kandidaten aufstellen will. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß der alte Fuchs sich dazu hergibt. Auf das Verhalten der sozialistischen Partei bei dieser Abstimmung ist man sehr neugierig. Das Zahlenverhältnis der neuen Mehrheit wird sich hier zuerst zeigen.

Bemerkenswert ist, daß Sonnino zum erstenmal seit langer Zeit mit dem Borzelli getroffen hat, bei der Verteilung der Portefeuilles die einzelnen Regionen Italiens in gleicher Weise zu berücksichtigen. In seinem Kabinett wiegen die Nord- und Mittelitaliener bei weitem vor.

Ein weißer Rabe?

Rom, 11. Februar. (B. S.) In einigen Tagen erscheint ein Hirtenbrief des bekannten modernen Bischofs Donomelli über die „Zukunft der Kirche“. Bemerkenswert ist, daß Donomelli das einzige Heil der Kirche in der Trennung vom Staate erblickt!

England.

Arbeitslose.

London, 12. Februar. (B. L. B.) Zwischen drei- bis viertausend Arbeitslose versammelten sich heute nachmittag am Themseufer und marschierten unter polizeilicher Begleitung nach dem Hyde Park, wo Reden gehalten und drei Resolutionen angenommen wurden, in denen die Regierung dringend gebeten wird, Schritte zur Lösung der Arbeitslosenfrage zu ergreifen.

Die englische Regierung scheint unbelehrbar zu sein. Sonst hätte sie von ihrer preussischen Kollegin gelernt, wie man friedliche Demonstrationen zu behandeln hat.

Und noch einmal Burns!

Die letzte Nummer des „Labour Leader“ veröffentlicht zur Charakteristik des neugeborenen Ministers einen Brief, den John Burns im Verlaufe des Wahlkampfes an den liberalen Kandidaten Runciman gerichtet hat, der in Dewsbury dem Arbeiterkandidaten Ben Turner gegenüberstand. Runciman ist ein bekannter Kapitalist, Turner ist Trade Union-Beamter und als Organisator schon zwanzig Jahre in der sozialistischen Bewegung tätig. Und was stand in John Burns' Brief, den Runciman natürlich in der liberalen Presse veröffentlicht und in seinem Wahlkreise anschlagen ließ?

„Lieber Runciman, Ich freue mich, zu hören, daß Sie in Ihrem Wahlkreise gute Fortschritte machen und daß Sie mit größerer Majorität als je in ihren öffentlichen Wirkungskreis zurückkehren werden. . . Es wünscht Ihnen Erfolg Ihr ergebener John Burns.“

Das genügt!

Dänemark.

Krankenwärterinnenlohn und Königslohn.

Das dänische Folkething hat sich in der vorigen Woche mit zwei sehr verschiedenen Lohnfragen befaßt. Zuerst handelte es sich um den Lohn einiger Krankenwärterinnen im Frederiks-Hospital, dann um den Lohn des Königs und die Apanage des Kronprinzen. Nicht weniger als zwei Tage wurde hauptsächlich darüber verhandelt, ob man den Lohn der Krankenwärterinnen für die Nachtwache von 1,30 Kronen auf 1,50 Kronen erhöhen sollte! Schon im vorigen Jahre hatten unsere Parteigenossen Klausen und Harald Jensen diese 20 Oere Lohnerhöhung für die Krankenwärterinnen verlangt; damals waren nur die Sozialdemokraten dafür. Jetzt wurde derselbe Antrag nach der langen Debatte mit 61 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Nicht so launig zeigten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien, als am Freitag über den Vorschlag verhandelt wurde, dem König seine Million, dem Kronprinzen seine 120 000 Kronen, der Kronprinzessin ihr Adelgeld zu bewilligen und ihre Witwenrente festzusetzen. Hier war es nur der Wortführer der Sozialdemokraten, Gerolde Klausen, dem die Sache zu hoch erschienen. Er wies darauf hin, daß bei dem vorigen Kronwechsel, im Jahre 1883, die Witwenrente um 200 000 Kronen herabgesetzt wurde, und daß eigentlich jetzt, da seitdem das Reich durch den Verlust Schleswig-Holsteins kleiner geworden ist, Grund genug zu einer weiteren Herabsetzung vorhanden wäre. Auch die Apanage des Kronprinzen sei zu hoch und die Adelsgelder sowie die Witwenrente der Kronprinzessin seien überhaupt abzulehnen. Ferner sprach sich unser Genosse dagegen aus, daß dem König nicht weniger als acht Schlösser vollkommen zur Verfügung gestellt werden sollen, die doch teilweise zu anderen Staatszwecken gebraucht werden könnten.

Die Redner der bürgerlichen Parteien hatten im allgemeinen nichts an den Vorschlägen auszusetzen; gleichwohl wurden sie erst dem

Finanzanschuh überwiegen, so daß die hohen Herrschaften noch einige Zeit auf die Festsetzung ihrer Löhne und Bezüge warten müssen. Jedenfalls aber wird das Folkething für deren Lebensbedürfnisse mehr Verständnis zeigen als für die Krankenwärterinnen im Frederiks-Hospital.

Norwegen.

Die Rechte und die Linke.

Die beiden großen bürgerlichen Parteien haben in der vorigen Woche gleichzeitig in Kristiania ihre Landesversammlungen abgehalten, wobei man wohl erwarten konnte, daß die nun nicht mehr allzu feindseligen Brüder ein Wahlbündnis zu den bevorstehenden Stortingswahlen schließen würden. Auf der Landesversammlung der Linkenpartei brachte der Staatsrat Arctander einen dementsprechenden Antrag ein. Dieser Antrag wurde jedoch einstimmig abgelehnt. — Die Landesversammlung der konservativen Partei dagegen war entschieden für ein Zusammenwirken mit anderen Parteien, wählte ein Komitee und forderte die Linkenpartei auf, ebenfalls ein Komitee zu wählen, um gemeinsam die Vorbereitungen zu einem Wahlbündnis zu treffen.

Ohne Zweifel hat eine solche Sammelpolitik auch in der Linkenpartei manche Anhänger, wenn ihre Landesversammlung es auch für zweckmäßiger hielt, das Angebot abzulehnen. Fesslungswörter werden wohl die beiden Parteien doch schließlich bei den Stortingswahlen in der Sozialdemokratie ihren gemeinsamen Feind erblicken und es nicht an gegenseitiger Unterstützung fehlen lassen.

Die

„Leipziger Volkszeitung“ vor Gericht.

Leipzig, 12. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Zu dem Prozeß gegen die „Leipziger Volkszeitung“ wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten wurde heute vormittag 9 Uhr die Verhandlung fortgesetzt. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Naußisch fragte den angeklagten Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Heinig, ob er zu seiner Verteidigung das Wort noch wünsche. Der Angeklagte verneinte dies unter Hinweis auf die ausgezeichneten Ausführungen seiner Verteidiger. Darauf stellte Oberstaatsanwalt Boehme folgende Anträge:

1. Sollte das Gericht die Auffassung haben, daß der Schuldbeweis in subjektiver Richtung, insbesondere wegen des Hinweises auf das stüchtige Lesen der Artikel nicht erbracht sei, so beantrage er die Vernehmung des Staatsanwalts-Assessors Dr. Lange.

2. Sollte das Gericht den Artikel: „Bitte in Sachsen“ in Nr. 290 der „Leipziger Volkszeitung“ nur insoweit aburteilen, als es darin eine Aufreizung erblicke, dann beantrage er, die ganze Hauptverhandlung zu verlagern.

Nach 4stündiger Beratung fiel der Gerichtshof folgendes Urteil: Wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen durch 5 Artikel, und wegen Verleumdung der Zweiten sächsischen Kammer, begangen durch den Artikel: „Bitte in Sachsen“, wird der Angeklagte Heinig zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die inkriminierten Artikel enthalten den Charakter der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, sie sind geeignet, das Gefühl der Rechtschaffenheit der bürgerlichen Gesellschaft zu beunruhigen. Der sächsischen Kammer wird die Befugnis zur Publikation des Urteils im „Dresdener Journal“, der „Leipziger Zeitung“ und der „Leipziger Volkszeitung“ zugesprochen. Gleichzeitig wird auf Einziehung der Platten und Schriften erkannt. Gegen Stellung einer Kaution von 15000 Mark soll der Angeklagte vorläufig auf freiem Fuße belassen werden.

Die Verurteilung unseres Genossen Heinig zu der außerordentlich hohen Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis muß nach dem Gang der Verhandlungen überraschen. 25 Artikel waren unter Anklage gestellt. Sie sollten den Tatbestand einer Aufreizung zu Gewalttätigkeiten verschiedener Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, ein Artikel (Bitte in Sachsen) eine Verleumdung der sächsischen Zweiten Kammer enthalten. Das Gericht hat 20 Artikel ausgeföhren und in fünf Artikeln eine fortgesetzte Handlung der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und die behauptete Verleumdung für vorliegend erklärt. Der Artikel „Bitte in Sachsen“, der die Majestät des sächsischen Landtages beleidigt haben soll, enthält eine scharfe Kritik des Verhaltens dieser Kammer. Eine scharfe Kritik mag — wie jedes tadelnde Urteil — unangenehm für die Betroffenen sein, weil sie zutreffend ist. Bei dergleichen Kritiken kann auch einer Privatperson gegenüber eine Verleumdung nur dann vorliegen, wenn die Absicht einer Verleumdung, das heißt einer Kränkung der Ehre des Kritisierten, aus der Form oder aus den Umständen, unter denen sie geschah, herborsteht. Freieste Kritik ist für den Fortschritt unentbehrlich. In einem freiheitsliebenden Lande wird man deshalb eine scharfe Kritik, insbesondere die an einem politischen Gegner geübte, ungesühnt lassen: wer zum Stubi läuft, nicht um bestimmte Tatsachen feststellen zu lassen, sondern der Form des Ausdrucks halber, anerkennt gegen seinen Willen die Verurteilung der Kritik, stellt selbst die kritisierte Handlung als „unter aller Kritik“ stehend hin. Was von der Verleumdung einer Person gilt, gilt in verstärktem Maße von der einer gesetzgebenden Körperschaft. Die in unserem Strafgesetze ausgedrückte Ausnahme, eine nicht physische Person, eine Behörde, politische Körperschaft oder gesetzgebende Versammlung könne beleidigt werden, steht im Widerspruch zu dem Begriff einer Verleumdung, die eine Verletzung der Ehre, und damit eine Person voraussetzt. Indes besteht diese Ausnahme von der aus dem Begriff einer Verleumdung abgeleiteten Regel, daß nur eine Person beleidigt werden kann. Auch eine derartige Fiktion (juristische Unterstellung), daß eine Behörde oder Körperschaft eine verletzliche Ehre haben könne, führt zu der Notwendigkeit, daß nur zutreffend kritisierte und deshalb sich verlegt erachtende Behörden usw. zur Stellung eines Strafanspruches oder einer Genehmigung zur Strafverfolgung geeignet sind, es sei denn, es handele sich um Aufklärung über behauptete Tatsachen. In Ländern, in denen freiere, die Notwendigkeit freier Kritik anerkennende Grundgesetze herrschen, ist eine Anklage wegen formaler Verleumdung einer Behörde oder gar einer politischen Körperschaft durch Geleß oder durch die Praxis ausgeschlossen. Selbst in Deutschland pflegt mit Zug und Recht eine politische Körperschaft eine Strafverfolgung wegen formaler Verleumdung abzulehnen. Eine Körperschaft kann nur selbst durch Pflichtverletzung sich herabsetzen, aber nicht durch andere beleidigt werden. Geleßgebende Faktoren, die Strafanspruch stellen, geben damit zu, daß sie beleidigt werden können, daß also ihr Verhalten nicht anstreicht, um ihr Ansehen zu stützen. Es ist für den sächsischen Landtag bezeichnend, daß er Strafanspruch schon bei einer früheren Gelegenheit gestellt: als von dem „Wähler“ in Leipzig und der Dresdener „Arbeiter-Zeitung“ sein Rückschlag kritisiert wurde, der unter Bruch von Recht, Gesetz und Verfassung unserem Genossen Liebnicht das Mandat aberlante. Der Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, der im Prozeß gegen Heinig zur Verurteilung wegen Landtagsbeleidigung führte, kritisierte in scharfer Weise die Vorenthaltung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts, das nach der ökonomischen Struktur Sachsens der sächsischen Arbeiterklasse gebührt. Durch die Strafanspruchstellung gesteht der Landtag ein, daß sein Verhalten so sehr unter aller Kritik ist, daß

die Form des tadelnden Urteils eine Verleumdung des Landtages enthält. Das gegen den Genossen Heinig gefällte Urteil ist tatsächlich eine Verurteilung des Landtages selbst. Nicht minder eine Verurteilung des Organismus der Rechtspflege, der für den Fall der Annahme einer Verleumdung des Landtages statt auf die geringste Geldstrafe von 3 Mark auf eine hohe Freiheitsstrafe erkannte. Die Frage, ob die strafprozessuale Form bei der Klageerhebung gewahrt ist, mag hier unberührt bleiben. Sie wird sicher das Reichsgericht zu beschäffigen haben.

Das Urteil gegen Heinig stellt sich in allen seinen Teilen als ein Klassenjustiz-Urteil in schärfster Weise dar. Anklage und Verurteilung wegen Verleumdung des Landtages, weil der Arbeiterklasse das Wahlrecht genommen und diese politische Entrechtung vom Standpunkte und im Sinne der Arbeiterklasse verurteilt ist. Genosse Heinig ist ferner verurteilt, weil die von ihm vertretenen Artikel die besitzlose Klasse gegen die besitzende Klasse geneigt gemacht haben soll, irgend wann mal gegen die Besitzenden die gewalttätigen Kampfmittel der herrschenden Klasse anzuwenden. 20 Artikel, in die die Anklage ein ähnliches Streben hineinlegte, sind vom Gericht anders bewertet — die übrigen fünf hätten gleichfalls als strafrei erklärt werden müssen, wenn Beweis darüber erhoben wäre, wie die angeblich zu Gewalttätigkeiten geneigte Klasse die Artikel auslegt. Eine Verurteilung ist erfolgt, weil die Richter sich als Sachverständige für die Gedanken der Klasse erachteten, der sie nicht angehören. Aus allen Teilen der Verurteilung von und aus dieser gewählte Laienrichter hätten zu einer Verurteilung nicht kommen können, sondern anerkannt, daß die Provokationen der herrschenden Klasse zu Gewalttätigkeiten auch deshalb keinen Erfolg gehabt haben, weil die inkriminierten Artikel klarlegten, daß die ökonomische Entwicklung mit Notwendigkeit das den Trägern der kulturellen Arbeit und der Gesellschaftsstruktur entsprechende politische Kleid schafft, und daß die Arbeiterklasse unter Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel das allgemeine geheime und gleiche Wahlrecht erringen wird.

Das Plaidoyer der Staatsanwaltschaft betonte außerhalb der Verhandlung liegende Momente, schreite hierbei selbst vor der sonderlichen Mut nicht verrätenden Verunglimpfung von Redakteuren nicht zurück, die nicht unter Anklage standen, und bewies durch seine Ausfälle gegen die „Leipziger Volkszeitung“ wie weit die Staatsanwaltschaft von der Erfüllung der Pflicht entfernt ist, gerade in politischen Prozessen sich zu hüten, statt der allein zur Verurteilung stehenden Handlungen des Angeklagten politische Ansichten zur Verurteilung zu ziehen.

Anklage, Verhandlung und Urteil des Leipziger Prozesses spiegeln den Klassenkampf in den lebhaftesten Farben wieder. Er wird zur Aufklärung der Arbeiter beitragen und den Sieg der Arbeiterklasse beschleunigen helfen. Loren, die da glauben, durch Anklagen und Urteile kulturelle Bewegungen auch nur um eines Strohhalmes Breite aufhalten zu können! Je klarer die Mächttitel der herrschenden Klasse sich als Kampfmittel gegen die arbeitende Klasse offenbaren, desto klarer wird auch der noch abseits der aufgeregten Arbeiterklasse stehenden Menge, daß Dummheit und Furcht vor der für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit kämpfenden Sozialdemokratie die herrschende Klasse besetzt.

Soziales.

Von der vollen Kompottschüssel! Wie die von unseren Gegnern genannten Arbeiterwohlfahrtsgesetze auf dem Lande wirken und wie sie von den Ortsgemeinden gehandhabt werden, davon hier zwei kraße Beispiele:

Der 51 Jahre alte Rudolf J. hatte sich im vorigen Jahre bei dem Gutbesitzer K. in Gintbieden, Kreis Königsberg, als Schweizer auf ein Jahr vermietet. Am 1. Oktober v. J. trat er seine Stelle an, wurde aber schon nach fünf Tagen infolge einer Sehnenentzündung der linken Hand arbeitsunfähig. Da seine Frau die sämtlichen Äuße allein nicht melken und füttern konnte, nahm der Besitzer sich einen anderen Schweizer und legte die Familie, die aus Mann, Frau und fünf kleinen Kindern bestand, aus der Wohnung. Am Beginn für diese eine wahre Leidenszeit. Bis zum 6. November behandelte ein Dorfarzt die kranke Hand des J. Da sich der Zustand aber verschlechterte, wurde er nach der Stadt ins Krankenhaus geschickt und operiert. Trotzdem nun J. Mitglied der Gemeindefrankenliste des Landkreises Königsberg war, erhielt weder er, noch seine Familie irgendwelche Unterstützung, weder von der Krankenkasse, noch von dem Ortsarbeitsverbande, vom Tage der Entlassung ab vom Besitzer auch keinen Lohn und Deputat. Nur einen Liter Milch durfte sich die Frau jeden Tag für ihre Kinder, von denen das jüngste fünf Monate, das älteste sieben Jahre alt war, von dem Besitzer holen. Der Gemeindevorstand gab Kartoffeln. Um nicht zu verhungern, mußte die Frau von Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf betteln gehen. Damit die kleinen Kinder nicht unbesüßigt blieben, beurlaubte der Lehrer das siebenjährige Mädchen auf unbestimmte Zeit aus der Schule. Das Verbleiben ist bekanntlich strafbar. Aber die Behörden schienen ein Einsehen zu haben. Der Gemeindevorstand, der Amtsvorstand, der Pfarrer, ja sogar die Gendarmen des Bezirks gaben der Frau aus Mitleid hier und da etwas Lebensmittel und kleine Geldbeträge.

Auf Bitten der Frau, die sich nicht mehr zu helfen wußte, wurde J. am 2. Dezember, wenn auch nicht geheilt, so doch als in Heilung begriffen aus dem Krankenhaus entlassen. Arbeiten konnte er noch nicht. Mit der Zeit wurde es mit der Hand wieder schlimmer. Der Arm begann zu schwellen. Und nun behandelte ihn auch der Dorfarzt nicht mehr. Auch das Krankenhaus nahm ihn nicht mehr auf, weil weder die Krankenkasse noch der Gemeindevorstand für die Kosten sich verpflichten wollten. Und zwar aus folgenden Gründen:

Sowohl der frühere als auch der letzte Arbeitgeber des J. hatten, wie die meisten ostpreussischen Großgrundbesitzer, von dem § 137 des Krankenversicherungsgesetzes Gebrauch gemacht, wonach ihnen, gegen Fortfall des Krankengeldes für den Versicherten, gestattet wurde, ermäßigte Beiträge zu zahlen. Dafür hat dann aber der Arbeitgeber Lohn und Naturalien in Höhe des Krankengeldes zu zahlen. Weil nun J. von dem Besitzer entlassen war, glaubte dieser dazu nicht verpflichtet zu sein. In diesem Falle hatte nun trotzdem die Klasse einzutreten und sich event. mit dem Besitzer abzufinden. Das geschah aber nicht.

J. lief von einer Behörde zur anderen, wurde aber überall abgewiesen. Anstatt nun von Seiten des Armenverbandes etwas für die notleidende Familie zu tun, leiteten die Behörden ein Verfahren auf Ausweisung des J. aus Preußen nach der Schweiz ein, trotzdem er bereits 10 Jahre in Ostpreußen gewohnt, gearbeitet und sich hier verheiratet hatte. Zum 1. April sollte seine Abweisung erfolgen. Ueber das Schicksal seiner Familie ließ man ihn im Unklaren.

In diesem geschilderten Zustande befand sich J. und seine Familie auch noch anfangs Februar d. J. Da letzte denn der kranke Mann am 2. Februar den 24 Kilometer langen Weg zu Fuß nach der Stadt zurück und kam nach dem Königsberger Parteibureau. Er wurde, als man ihn hier gefährt hatte, nach der Klinik geführt. Der Arzt sand zwar dringende Behandlung notwendig, verlangte aber auch erst die Bescheinigung der Ortsbehörde. Mit einem Brief des Professors versehen, mußte J. wieder zurück. Und wieder verweigerte der Ortsvorstand die Bescheinigung. Nun begab sich der Parteisekretär nach

dem Landratsamt und forderte energisches Einschreiten des Landrats. Es wurde auch bereitwillig ein Protokoll aufgenommen und anerkannt, daß die Rasse unter allen Umständen einzutreten hätte. Ortsvorsteher und Assistent wurden brieflich benachrichtigt und endlich, am 7. Februar, also nach circa 3 Monaten war Aussicht vorhanden, daß die geforderte vorgeschriebene Unterstützung eintreten sollte. Ob es noch möglich sein wird, den Mann vollständig zu heilen oder er ein Krüppel bleiben wird, und ob man die Familie durch Abschließung des Mannes über die Grenze auseinanderreißen wird, muß abgewartet werden. — Ein zweiter Fall:

Am 30. Oktober v. J. verunglückte der Landarbeiter David Randies aus Al.-Allgäu (Kreis Nördlingen) an der Nähmaschinen. Es wurden ihm die drei Mittelfinger der rechten Hand glatt abgeschnitten. Er wurde bis zum 23. Januar d. J. im Krankenhaus zu Heinrichswalde behandelt und dann als geheilt entlassen. Nach der Heilung war auch der kleine Finger noch steif geblieben. Als der Mann nun vom Krankenhaus nach Hause kam, fand er seine Frau, die an den Füßen verkrüppelt ist, halb verhungert vor. Während der ganzen zwölf Wochen hatte man der hilflosen Frau keine Unterstützung gegeben. Der Ortsvorsteher schickte sie zum Amtsarzt und dieser zum Gutbesitzer, bei dem ihr Mann verunglückt war, aber keiner wollte verpflichtet sein, für die Frau zu sorgen. Die anderen Besizer sagten, die Frau solle nur arbeiten kommen, dann werde man ihr zu essen geben. Infolgedessen, die selbst sehr arm waren, reichten der Frau ab und zu das allergeringste Essen. Am 3. Januar wurde an den Kreisamt geschrieben, aber auch ohne Erfolg. Man ließ nun wieder nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus tagelang von einer Behörde zur anderen, aber ohne Erfolg. Rot und Glend waren aufs höchste gestiegen. Da schrieb ein Parteigenosse aus dem Dorf, der selbst in seiner Armut nach Kräften Unterstützung gegeben hatte, nach Königsberg an das sozialdemokratische Parteibureau. Von hier aus wurde ein Genosse aus Tilsit beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen. Dieser fuhr mit dem notleidenden K. am 6. Februar nach dem Landratsamt zu Heinrichswalde und nun wurde der behördliche Apparat in Bewegung gesetzt. Er erhielt endlich die nötigen Papiere und Anweisungen für den Arzt zur Inanspruchnahme auf Kosten der Unfallversicherungsgenossenschaft. Außerdem erhielt er einen baren Vorschuss von 15 M. ausgezahlt. — Offenlich erhält nun auch der Ortsvorsteher der Gemeinde, in der der Verunglückte wohnt und die verpflichtet war, diesen in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall zu unterstützen, die nötige Beilegung. Schuld an der Verschleppung dürfte auch noch andere Beamte treffen.

Die Hauptschuld liegt aber an dem ganzen System der Verwaltung, die aus dem preussischen Dreiklassenparlament hervorgeht und unter dem die unterdrückte, ausgebeutete Landbevölkerung am meisten zu leiden hat. Ähnliche Fälle wie die hier angeführten, sind in Preußen auf dem platten Lande an der Tagesordnung. Es bietet sich nur nicht immer Gelegenheit, sie in allen Einzelheiten genau kennen zu lernen.

Die Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren des Handwerks und in kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, fordert eine dem Bundesrat und Reichstag zugegangene Petition des Zentralvorstandes der Allgemeinen Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen.

Es wird vorgeschlagen, reichsweitlich zu bestimmen, daß die Arbeitszeit in Kontoren mit geteilter Arbeitszeit nicht mehr als 8 Stunden betragen darf. In Kontoren mit geteilter Arbeitszeit soll eine Mittagspause von mindestens 2 Stunden, bei ungeteilter Arbeitszeit eine Pause von mindestens einer halben Stunde gewährt werden. Der Geschäftsschluß soll bei geteilter Arbeitszeit spätestens um 7, bei ungeteilter Arbeitszeit spätestens um 5 Uhr eintreten.

Den Angestellten (Gehältern, Lehrlingen und Arbeitern) ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 13 Stunden bei geteilter Arbeitszeit, von mindestens 16 Stunden bei ungeteilter Arbeitszeit zu gewähren. — Für Angestellte unter 18 Jahren ohne Unterschied des Geschlechtes hat die Arbeitszeit 1 Stunde weniger zu betragen.

Die Arbeit an Sonn- und Feiertagen soll ganz verboten werden. Ausnahmen sollen nur zugelassen werden bei Arbeiten, welche in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen.

Den Angestellten ist ein jährlicher Urlaub von mindestens 14 Tagen zu gewähren; das Gehalt ist während des Urlaubs weiter zu zahlen.

Die Bestimmungen der §§ 139c, 139b, 139i und 139j der Gewerbeordnung sollen auf die Gehältern, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren der genannten Betriebe entsprechende Anwendung finden.

Schließlich wird in der Petition die Befreiung ausgesprochen, daß alle zum Schutz der Angestellten zu schaffenden gesetzlichen Bestimmungen in der Hauptsache lediglich auf dem Papier bestehen bleiben werden, wenn nicht für eine entsprechende Sachgemäßheit, regelmäßige und gründliche Kontrolle gesorgt wird. Einer solchen Kontrolle hätten sich aber schon bei den viel leichter zu kontrollierenden Ladengeschäften die heute zuständigen unteren Polizeibehörden in keiner Weise gewachsen gezeigt. Dies würde bei der Kontrolle der Kontore in noch stärkerem Maße zum Ausdruck kommen. Es sei deshalb nötig, besondere Handelsinspektoren mit der Kontrolle zu betrauen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Formel! Wegen Nichteinhaltung des Tarifs ist die Metallgießerei Firma H. A. S. Auguststr. 91, für Formel gesperrt. Bezirksverwaltung Deutscher Metallarbeiter-Verband Berlin.

Tarfbewegung der Maler. Eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung der Maler und Anstreicher tagte am Sonntag in der Reuten Welt. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber. Bekanntlich haben die Arbeitnehmer, da der im Gewerbe bestehende Tarifvertrag am 1. April abläuft, schon vor einiger Zeit ihre Forderungen eingereicht, die sie für den Abschluß eines neuen Tarifs stellen. Im Laufe des Monats Januar haben mehrere Sitzungen der beiderseitigen Vertreter stattgefunden. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Kommissionsverhandlungen erstattete Jakob die Bericht. Danach sind sich die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in der Kommission über die mehr untergeordneten Punkte einig geworden. Diese betreffen die Vergütung des Jahrgeldes nach den Vororten, die Lohnzahlung, welche in der Regel auf der Arbeitsstelle erfolgen soll, den Arbeitschluß, der an Sonnabenden 1/2 Stunde, an den Vorabenden der Feste eine Stunde früher erfolgen soll und den Zuschlag für Ueberstunden, der 33 1/2 Proz. für Nachtarbeit, der 75 Proz., und für Sonntagsarbeit, der 100 Proz. des Lohnes betragen soll. Hinsichtlich der hauptsächlichsten Forderungen, Lohn- und Arbeitszeit betreffend, konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Befordert wurde da 8 1/2 stündige Arbeitszeit für die Sommermonate und 6 1/2 Stunden für die Wintermonate (November bis Februar). Die Arbeitgeber wollen dagegen, daß die jetzt geltende 8 stündige Arbeitszeit im Sommer beibehalten und in den Wintermonaten auf 7 Stunden verkürzt wird. Am meisten unwillig ist die Lohnfrage. Befordert wird ein Stundenlohn von 70 Pf. für Maler, 65 Pf. für Anstreicher. — Nach dem bisherigen Tarif erhalten Maler 55 Pf., Anstreicher 50 Pf. — Die Arbeitgeber wollen den Anstreicher überhaupt keine Zulage gewähren. Hinsichtlich der Maler bestehen sie auf dem Abschluß eines Tarifs von dreijähriger Dauer und unter dieser Voraussetzung wollen sie im ersten Jahre der Tarifdauer 80 Pf., im zweiten 82 Pf., im dritten 85 Pf. Stundenlohn zahlen. Dieser Lohnvorschlag ist aber nicht von der gesamten Arbeitgeberkommission ausgegangen, sondern nur von einem einzelnen gemacht. Die Vertreter

der Arbeitnehmer erklären diesen Vorschlag für ganz unannehmbar. Allenfalls würden sie ihre Forderung auf 67 1/2 Pf. ermäßigen. Die Maler würden, wenn sie diesen Lohnsatz erhielten, immer noch erheblich zurückbleiben hinter den Löhnen der übrigen Bauhandwerker. Der Referent bemerkte zum Schluß, die Verhandlungen würden weiter geführt werden, jedoch werde die Organisation alle Vorbereitungen treffen, damit sie einem Kampfe ruhig entgegensehen könne. Wenn selbst die ermäßigte Lohnforderung nicht anerkannt werden sollte, dann bleibe nichts übrig, als den Kampf aufzunehmen. — Die Diskussion war nur kurz, die Redner erklärten sich unter einstimmiger Zustimmung der Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung betrachtet das Angebot der Innung als eine Verhöhnung unserer Forderungen. Die Versammelten erklären sich mit dem bisherigen Verhalten der Lohnkommission einverstanden und haben das Vertrauen, daß sie auch ferner unsere Forderungen mit Nachdruck vertreten wird. — Da aber auch mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß nur durch einen Kampf unsere Forderungen durchgesetzt werden können, und nur starke Organisationen in der Lage sind, wirtschaftliche Kämpfe mit Erfolg zu führen, so verpflichten sich die Kollegen, rege für die Vereinigung der Maler zu agitieren, damit sich auch der letzte Mann der Organisation anschließt.

Tariffestellungen der Tischmacher. Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus eine Branchenversammlung der Tischmacher statt, die sich mit der Frage befahte, ob es möglich sei, innerhalb dieser Branche des Tischlergewerbes einen Tarifvertrag durchzuführen. Gegenwärtig bestehen wohl in den einzelnen Werkstätten Tarife für die allgemein vorzukommenden Arbeiten, die Preise sind jedoch so verschieden, daß eine einheitliche Regelung im Interesse der ganzen Branche dringend notwendig erscheint. Es wird fast allgemein in Accord gearbeitet. Nach einer im September vorigen Jahres aufgenommenen Statistik waren 74 Proz. der Tischmacher Berlins in Accordlohn und nur 26 Proz. in Zeitlohn tätig. Im ganzen wurden damals 79 Betriebe mit 728 Arbeitern gezählt. In nur 6 Werkstätten wurde Zeitlohn gezahlt, in allen anderen teils nur Accord-, teils Accord- und Zeitlohn. Wo nach Zeit bezahlt wird, handelt es sich meist um Arbeiten, die nach Zeichnung ausgeführt werden. Der größte Teil der Tischmacher ist für Abschaffung der Accordarbeit nicht zu haben. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse sprach sich der Referent Langhammer, der den einseitigen Vortrag hielt, dafür aus, daß nicht allgemeine Einführung der Lohnarbeit, sondern ein gut geregelter Accordtarif angestrebt werden müsse. Was von der Schädlichkeit der Accordarbeit gesagt wurde, könne nicht dort gelten, wo eine gut organisierte Arbeiterschaft mit ausgeprägtem Solidaritätsgefühl vorhanden sei und nach einheitlichen Tarifen gearbeitet werde. Allerdings werde die Aufstellung und Durchführung eines Tarifs mancherlei Schwierigkeiten bieten; was aber bei den Bauhändlern möglich geworden sei, müsse auch den Tischmachern gelingen. — In ähnlichem Sinne sprachen sich die meisten Diskussionsredner aus. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß sobald wie möglich eine Werkstattvertragsmännervereinigung der Branche einberufen werden soll, zu der jeder Vertrauensmann den in seiner Werkstatt geltenden Tarif mitzubringen hat. Auf Grund dieser Tarife soll dann über einen einheitlichen Tarif beraten werden, worauf wiederum eine Branchenversammlung einberufen wird.

Zentralverband der Konditoren. Die Differenzen bei der Firma S. W. e. n. e. i. n., Schulzendorferstr. 23, sind zugunsten der im Abwehrstreit stehenden beigelegt. Herr Löwenstein hat unter schriftlich versichert, am 1. März die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, die Löhne von da an wieder nach den Vereinbarungen zu zahlen und die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Für Ueberstunden sollen 15 Proz. Zuschlag gezahlt werden.

Achtung Kleber! Wegen Tarifbruchs sind die Bauten des Unternehmers Marianowski, Ludwigstr. 11a gesperrt. In Betracht kommen die Bauten Mommsenstr. 16 und 70.

Deutsches Reich.

In der großen Wilhelmshurger Volkshauskammer ist in den letzten Tagen ein Streik ausgebrochen, der große Dimensionen angenommen hat. Die aus aller Herren Länder nach der Insel Wilhelmshurg zusammengetrommelten billigen Arbeitskräfte, die sämtlich eine gut christliche Gesinnung mitgebracht und sich zum Teil auch noch bewahrt haben, sind müde geworden des langen Schuftens bei äußerst miserablen Löhnen; sie haben Forderungen gestellt, die den Gipfel der Bescheidenheit bilden. Hohe Dividenden — lange Arbeitszeit und niedriger Lohn, das war von jeher der Grundlag, von dem sich die Direktion des großen Werkes bei ihren Maßnahmen leiten ließ, und von diesem obersten Grundlag der Prozentkapitalisten scheint sie auch nicht abzuweichen zu wollen. Bei eifriger Arbeit erhält das Gros der Arbeiter einen Tagelohn von 2,50—2,90 M., die „Bessergestellten“ verdienen 3 M. und etwas darüber, die Frauen entsprechend weniger. Im Streik befinden sich etwa 700 Personen. Den in der Fabrik verbliebenen christlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ist die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses klar vor Augen geföhrt worden, indem ihnen gekündigt worden ist. Als ein Blick für die Arbeiter erweisen sich auch hier die sogenannten „Wohlfahrtsvereine“ der Fabrik, denn die Ausständigen müssen die Fabrikwohnungen räumen. Auf Grund der „Arbeitsordnung“ sind den „Kontraktbrüchigen“ Arbeitern Lohnabzüge bis zu 8 M. gemacht worden, obwohl die meisten Arbeiter — es herrscht in der Fabrik das reine Sprachbabilon — die gesetzlichen Bestimmungen gar nicht lesen können! Am Sonnabend sind der Direktion die Forderungen der Arbeiter zugelegt worden. — Die Lohnkommission überreichte heute der Firma die Forderungen der Arbeiter; es wird verlangt als Minimallohn ein Tagelohn von 3,50 M. für Arbeiter und 2—2,90 M. für Arbeiterinnen.

Die Holzarbeiter Königsbergs beschlossen in der letzten Versammlung, in eine Lohnbewegung einzutreten und den Tarif zu kündigen. Im vorigen Jahre erreichten sie, da sie gut organisiert waren, eine Lohnhöhung ohne größeren Kampf. In diesem Jahre soll besonders an die Verkürzung der Arbeitszeit gegangen werden. Die Arbeitszeit beträgt gegenwärtig zehn Stunden. Die Holzarbeiter verfügen in Königsberg über eine treffliche Organisation.

Ausland.

Sum Seemannsstreik in Triest.

Triest, 11. Februar. (Eig. Ber.) Heute fanden im Hafengebiet größere Demonstrationen der Streikenden statt. Der Ausfall hat nunmehr die Heizer und Matrosen sämtlicher bedeutender österreichischer und ungarischer Gesellschaften ergriffen. U. a. wird gestreikt beim „Klopp“, bei der „Austro-Amerikana“, bei der „Angaro-Croato“ und bei der „Österreich-ungarischen Schiffahrtsgesellschaft“. Nur einzelne Dampfer können mit Hilfe von Heizern und Matrosen der Kriegsmarine den Dienst versehen.

Der Schornsteinfegerstreik in Kristiania dauert nun seit acht Tagen. Die Streikenden, die bisher größtenteils nur 20—24 Kronen wöchentlich verdienten, verlangen als Mindestlohn 25 Kronen. Die 20 Unternehmer, denen die Stadt die Schornsteinfegerarbeiten übertragen hat, hatten im Jahre 1904 im Durchschnitt je 8892 Kronen Bruttoeinnahme, ihre Ankosten beliefen sich auf 2493 Kronen, so daß ein Reingewinn von durchschnittlich 4400 Kronen übrig blieb, also 63,88 Proz. der Bruttoeinnahme für ihre Arbeit als „Regelinspektoren“, wie diese Unternehmer genannt werden. Gegenwärtig ist ein solcher Regelinpektorenposten zur Bewerbung ausgeschrieben. „Social-Demokraten“ verlangt, daß die Stadt die Schornsteinfegerarbeit in eigene Regie übernehme und über die Besetzung des ledigen Postens nicht eher entschieden werde, als bis die Frage gründlich erwogen ist. Bei dem chronischen Dalles im Stadtbüchel wären die 35 bis 40 Tausend Kronen Einnahmen, die die Stadt dadurch gewinnen würde, nicht zu verachten.

Verfammlungen.

Agrarisches aus Groß-Berlin.

Erbärmliche Löhne, lange Arbeitszeit und Behandlung als Arbeiter zweiter Klasse, das ist das Los der städtischen Riefelfeldarbeiter von Berlin. In einer Versammlung am Sonntagmorgen gaben diese ihrer Empörung über die menschenwürdigen Zustände, unter denen sie so lange schon leiden müssen, lauten und energischen Ausdruck. Neuerdings ist die Bedrückung der Arbeiter wieder besonders arg geworden. Eine mittelalterliche Strafordnung, die schon seit 23 Jahren besteht, aber langsam in Vergessenheit geraten war, kommt unter der neuen Direktion wieder scharfer zur Anwendung, und dagegen wollen die Arbeiter einen kräftigen Widerstand leisten. Das ist aber nur möglich durch die Macht der Organisation. Ueber den Wert und Nutzen der Organisation hielt Genosse Fiebig einen Vortrag, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Er wies darauf hin, daß der Verband den Arbeitern manchen Vorteil schon gebracht habe, so z. B. die Gewährung von Urlaub, den Zuschuß zum Krankengeld und andere Dinge. Die Saubestimmungen können nur dann zur Anerkennung gebracht werden, wenn der Verband darüber wacht, denn es sei oft vorgekommen, daß die Betriebsleiter sich um die gesetzlichen Vorschriften nicht kümmerten. Je stärker die Organisation, desto mehr kann sie leisten, und wenn die wieder ausgegrabene Strafordnung beseitigt werden soll, so müssen sich die Arbeiter in Massen dem Verband anschließen.

Die Diskussion zeigte, wie miserabel die Riefelfeldarbeiter gestellt sind. In Falkenberg mußten Leute, die 2 M. Tagelohn verdienen, 8 M. Strafe in einer Woche bezahlen. Diese Strafen werden oft wegen Kleinigkeiten verhängt. Es wurde auch die Frage erhoben: Wo bleiben die Strafgelehrten? Nach dem Gesetz sollen sie der Armenkasse des betreffenden Ortes zustehen, aber einige Ortsvorsteher, die darüber befragt wurden, konnten keine Auskunft geben. Ein Arbeiter stellte fest, daß sein Verdienst im letzten Jahre nur 579 M. betrug und damit muß er seine Familie ernähren. Er bekommt allerdings Kartoffeln und eine freie Wohnung dazu, aber es ist ein jämmerlicher Lohn und nicht etwa eine Ausnahme, sondern die Regel. Folgende Resolution wurde einstimmig von der Versammlung angenommen:

Die am 11. Februar bei Merowitz, Andreasstr. 26, zahlreich versammelten Riefelfeldarbeiter, Wärter und Meister der städtischen Riefelfelder, protestieren ganz entschieden gegen die Anwendung des § 15 der Instruktion für Riefelfeldmeister und Riefelfeldwärter und verlangen die vollständige Abschaffung dieser Instruktion. Sie fordern die Einführung einer Arbeitsordnung auf Grundlage der für alle anderen städtischen Arbeiter geltenden Arbeitsbestimmungen. Gleichzeitig fordern die Versammelten nochmals die Errichtung eines Arbeiterauschusses für die auf den Riefelfeldern beschäftigten Personen. Die Versammlung beauftragt die Ortsleitung des Verbandes der Gemeindearbeiter, unverzüglich in diesem Sinne eine Petition an die Deputation der städtischen Kanalisationswerk und Riefelfelder einzureichen.

Die Arbeiterauschüsse wurden schon im November 1904 in einer Eingabe an die genannte Deputation verlangt, aber die Arbeiter erhielten nicht einmal eine Antwort. Dann wandten sie sich am 30. September 1905 in derselben Angelegenheit an den Direktor der Deputation, der die Antwort gab, daß er selbst nicht mehr in der Lage sei, dazu Stellung zu nehmen, aber die Eingabe der Deputation zur Einsicht vorgelegt habe. Eine Antwort erhielten die Arbeiter nicht. — Von den Anwesenden ließen sich viele in den Verband aufnehmen.

Zentralverband der Maurer. Am Freitag fand in Kellers Saal eine Generalversammlung des Zweigvereins Berlin statt, die sich hauptsächlich mit der von der Vertreterversammlung aufgestellten Kandidatenliste für die Wahlen der Funktionäre des Vereins befahte. Es handelt sich um den Vorstand, die Wahlgewerkschaft, die Beschwerdekommision und die Delegierten zur Gaukonferenz. Die Vorschlagsliste der Vertreterversammlung wurde von der Versammlung bestätigt. Der bisherige Vorsitzende Thoms ist wieder für dieses Amt als alleiniger Kandidat aufgestellt. Auch für die übrigen Vorstandsämter sind teils die bisherigen Inhaber derselben, teils andere Mitglieder auf die Liste gesetzt. Beschlossen wurde, den Schriftführer des Vereins, der bisher als Hilfskraft im Bureau beschäftigt wurde, für die Zukunft fest anzustellen. Die Wahlen werden auf Grund der Kandidatenliste in den Viertelversammlungen vorgenommen. — Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, befahte die Versammlung den von der Vertreterversammlung beschlossenen Ausschluß von 21 Mitgliedern, die sich in der bekannten Angelegenheit beim Bau „Kaiserhof“ unsolidarisch verhalten haben. — Hierauf gab Kreisleiter eine Uebersicht über die Lohnbewegung der Fliesenleger. Er ersuchte die Maurer, darauf zu achten, daß die von den streikenden Fliesenlegern verlassenen Arbeiten nicht von Arbeitswilligen fertiggestellt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Vom Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, herausgegeben von E. Sombart, M. Weber und G. Jaffé, welches als neue Folge des „Archivs für soziale Wissenschaft und Statistik“ im Verlag von J. F. v. Rohr (W. Liebeck) in Abingen erscheint, wurde soeben das erste Heft des 22. Bandes ausgegeben.

Jahresbericht des Zentralverbandes der bergemännlichen Hilfsarbeiter, Zweigverein Köln und Umgegend über die Bewegung im Jahre 1904. 24 Seiten. Im Jahre 1905. 24 Seiten. Selbstverlag des Verbandes in Köln.

Dr. A. Sabelum. „Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindegewalt. Nr. 6. Preis vierteljährlich 2,50 M. Verlag Rade u. Co., Dresden-A., Redaktion Berlin W. 15.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Polizeikampf gegen die Wahlrechtsbewegung.

Zena, 12. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heutigen Wahlrechtsversammlungen im Neustädter Kreise wurden durch den Bezirksdirektor mit der klaffenden Begründung verboten, daß die Referenten Leben und Bettelein „gewerksmäßige Agitatoren“ seien. — Die Nationalliberalen lehnten es ab, gemeinsam mit den Freisinnigen, Nationalsozialen, Jungliberalen und Sozialdemokraten eine Versammlung zugunsten der Wahlrechtsreform einzuberufen.

Bergarbeiterausstand.

Zittau, 12. Februar. (W. S.) Die Bergarbeiterbewegung im Oberlausitzer Braunkohlenrevier nimmt größere Ausdehnung an. Heute ist die Bergschicht weiterer sechs Gruben wegen verweigerter Lohnaufbesserung in den Ausfall getreten.

Beschlehte Spekulationen.

Mühlhausen i. C., 12. Februar. (W. S.) Das hiesige Landgericht verurteilte den Gründer der Essig-Lothringischen Industrie-Gesellschaft Bankier Blumenthal wegen Betruges und Hehlerei zu 18 Monaten Gefängnis und dreitausend Mark Geldstrafe. Sein Kompagnon Hummel wurde zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Auf administrativem Wege.

Wolken, 12. Februar. (W. S.) Wie der hiesige Ingenieurverband bekannt gibt, werden die sich noch in Haft befindenden Mitglieder des Arbeiterdeputiertenrates unverzüglich in Freiheit gesetzt werden. Die bereits entlassenen Mitglieder des Rates wurden auf administrativem Wege für die Dauer von fünf Jahren in entfernter Gouvernements verbannt.

Reichstag.

41. Sitzung vom Montag, den 12. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Dr. Rieber, Ding.

Der Gesetzentwurf betreffend Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die freiwillige Gerichtsbarkeit wird in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Es ist hier in der Debatte vielfach die Meinung ausgesprochen worden, daß die drei Versicherungsgesetze etwas ganz anderes seien als verbesserte Armenpflege. Ich muß dieser Ansicht auf das Bestimmteste entgegenstellen. Das Ggppden, das den Arbeitern durch die Versicherungsgesetze geboten wird, ist nichts anderes als ein vönlüg ungenügender Versuch des Ausbaus der Armenpflege. Aus den Motiven der Unfall- und Invaliditätsgesetze geht es mit Sicherheit hervor, daß die Regierung damals die Versicherungsgesetze selbst nicht anders denn als eine verbesserte Armenpflege aufzufassen hat.

Auch in den Motiven des Krankenversicherungsgesetzes ist zu lesen: Die Versicherung ist dringend geboten als

Erleichterung der öffentlichen Armenlast.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und so ist es in der Tat: Die Armenlast ist dadurch einfach größtenteils auf die Schultern der Arbeiter abgeladen. Auch aus den Ausführungen des Ministers v. Bötticher aus dem Jahre 1882, insbesondere aus der Rede vom 15. Mai, geht das hervor. Und dem Herrn Kollegen Erberger gegenüber, der auch rühmend auf die Versicherungsgesetze als eine bedeutende Leistung der wohlhabenden Stände hinzuweisen pflegt, möchte ich bemerken, daß damals sein Parteifreund Freiberger v. Derling dem Abg. Dr. Laßler gegenüber ausgeführt hat, die Versicherungsgesetze stellen den ersten Schritt auf dem Wege zu einer Reform der Armenpflege dar. Es ist unerhört, daß die Arbeiter für das kleine bißchen Armenpflege noch das Wohlwollen der Begüterten anerkennen sollen. Wohl aber ist es umgekehrt richtig, daß in nachstehendem Maße die Wohlhabenden, die Höchstbesteuerten aus den Mitteln der Arbeiter Millionen herausziehen, indem sie bei Unfällen von der Haftpflicht befreit sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Speziell möchte ich heute auf die Krankenversicherung eingehen, weil die Regierung in ihrer Ausübung reaktionäre Handhaben benutzt. Man speist uns heute mit denselben Versprechungen ab wie vor 20 Jahren. Versprechungen können aber doch den Kranken nicht gesund machen. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.) Nun wird uns auch noch ein

Gesetz zur Erdbrofflung gutgehender Hülfsklassen

in Aussicht gestellt. Aber für die ländlichen Arbeiter besteht noch immer die Krankenversicherung nicht! Wenn jetzt die Herren Konservativen und selbst die Nationalliberalen kommen und die Ausdehnung des Versicherungsgesetzes auf die Handwerker und die ländlichen Arbeiter verlangen, so ist das durchaus kein neuer Vorschlag. Lesen Sie nur die Reichstagsberichte der 90er und 100er Jahre nach, so werden Sie finden, daß jetzt kein einziger neuer Gedanke von den Herren vorgebracht ist, sondern daß nur ein Teil unserer damals schon geäußerten Wünsche von ihnen aufgenommen worden ist. Wir haben damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle diejenigen verlangt, die nicht mehr als 2000 M. Einkommen haben, und wir haben insbesondere die Versicherungspflicht der ländlichen Arbeiter verlangt. Diese letzte Forderung ist 1882 mit einer Majorität von zwei Stimmen abgelehnt worden, weil Sie vom Zentrum erklärten, Sie würden gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn die ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung einbezogen werden würden. Es sieht schlimm aus auf dem Lande; wir haben ja kürzlich von Herrn v. Oldenburg gehört, daß kein Arzt zu haben sei, wenn jemand auf dem Lande krank wird. Wir haben aber aus Prozessen erfahren, daß Großgrundbesitzer sich nicht scheuen haben, einem Arzte zu schreiben, er solle sich nicht sehen lassen, es sei zu viel, wenn er einen Tagelöhner drei- bis viermal in der Woche besuche. Ich kann den Staatssekretär nur dringend bitten, die verprochene Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter nicht auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, sondern schleunigst damit vorzugehen. Dazu gehört weniger Zeit als zur Einführung neuer Steuern.

Der durchschnittliche Tagelohn auf dem Lande beträgt 1 bis 1,50 M. Herr v. Kardorff lebt ja in einem Bezirk, wo der ortsübliche Tagelohn für erwachsene Tagelöhner 1 M. einschließt des Deputats beträgt. (Widerspruch rechts.) Herr v. Kardorff. Sie gehen ja nicht zu den Bauern, (Lachen rechts) und Sie können daher nicht von der elenden Lage der ländlichen Arbeiter sprechen. (Abg. v. Kardorff: Die haben Sie ruiniert! Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man redet immer von den ungeheuren Lasten, die die Krankenversicherung den Unternehmern auferlegt. Nun, nach den Nachweisungen vom Jahre 1903 haben die Arbeitgeber an Beiträgen zu den Krankenkassen 57 Millionen Mark bezahlt, während aus den Arbeitergroßen 185 Millionen Mark dafür aufgebracht werden mußten. Früher haben die Unternehmer an Armenlasten mehr zu zahlen gehabt als sie jetzt für die Krankenversicherung zahlen, für die angeblich schlecht bezahlten Ärzte sind

41 Millionen Mark aus Arbeitergroßen

gezahlt worden. Dabei sehen wir, wie die Gerichte zugunsten von Beiträgern und zu Ungunsten der Arbeiterklasse entscheiden. Unternehmern, die den Krankenkassen die Beiträge unterschlagen haben, werden ganz gering bestraft. Diese niedrigen Strafen sind geradezu eine Prämie für den Betrag der Kassen. Der § 82 des Krankenversicherungsgesetzes sieht die Bestrafung solcher Arbeitgeber mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit einer Geldstrafe bis zu 3000 M. und eventuell den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte vor. In der Tat aber sind die Strafen höchstens gering. Ein Bauunternehmer, der 1210,56 M. Krankenkassenbeiträge unterschlagen hatte, wurde zu 20 M. verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hatte also ein Geschäft von 1189,56 M. gemacht. Ein anderer Bauunternehmer hatte die Krankenkasse um 1000 M. betrogen. Das Urteil lautete in zwei Fällen auf 50 M. Also auch hier hatte der Mann wieder 940 M. gewonnen. Das sind aber dieselben Unternehmern, die auf der anderen Seite als Staatsbürger auftreten und christliche Arbeiter auf die Anklagebank bringen. Statt daß die Gerichte gegen diese betrügerischen Manipulationen der Arbeitgeber vorgehen, sehen wir ein fortwährendes Reflektieren gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Die Aufsichtsbehörden treffen fortgesetzt falsche Entscheidungen, ohne daß das Oberverwaltungsgericht wegen Amtsmißbrauchs gegen sie einschreitet. Auch auf ein Einschreiten der Reichsbehörden zum Säuge der Selbstverwaltung der Krankenkassen wartet man vergeblich. Besonders in Rheinland-Westfalen sehen wir jetzt ein Reflektieren gegen die Selbstverwaltung. In der „Post“ oder in der „Freisinnigen Zeitung“, in einem von diesen konservativen Blättern, (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) haben Verleumdungen gegen den Kassenvorstand in Remscheid gestanden und der freisinnige Oberbürgermeister hat dann eine Verfügung erlassen, deren Ungeheuerlichkeit in anderen Fällen vom Oberverwaltungsgericht anerkannt ist. Aber die Kasse selbst ist doch damit drangalierter. Dabei ist diese Verfügung gegen den Willen der Arbeitgeber der Kasse ergangen, die erklärten, daß dazu gar kein Anlaß vorläge; sie ständen im besten Einvernehmen mit den Arbeitern. In dieser Verfügung des Oberbürgermeisters liegt ein schwerer Rechtsbruch.

oder Gewaltstreik gegen die Selbstverwaltung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich bei dem Ganzen um ein sinnfälliges, gesetzwidriges Vorgehen, so daß man kaum begreift, wie der Abg. Eichhoff neulich noch seine besondere Freude darüber ausdrücken konnte. Es herrichte gegen die Kasse eine politische Vereingnommenheit,

weil zwei Vorstandsmitglieder gleichzeitig sozialdemokratische Stadtratsmitglieder waren. In Remscheid bestand früher an der Kronenkasse das System der freien Arztwahl. Als aber in der Zeit 1898/99 ein Streit ausbrach, ging die Kasse zu dem System festangestellter Ärzte über; dieses System hat sich gerade in Remscheid vortrefflich bewährt. Aber die Ärzte traten dann in einen Streit ein, der keineswegs die Billigung eines auf Anstand haltenden Menschen finden kann. Die Ärzte erhielten ein Jahresgehalt von 7000 M. und der Spezialarzt ein solches von 8000 M. Dies erklärten aber die Ärzte für

„ein kaum eben auskömmliches Gehalt“.

Sie sollten aber bedenken, daß in ganz Deutschland weniger als 1 1/2 Proz. der Bevölkerung ein Einkommen über 6000 M. hat. Es brach zwischen einem der Ärzte und einem Krankenkassenmitglied ein Streit aus, in dessen Verlauf der betreffende Arzt sich weigerte, die Behandlung weiter zu übernehmen, so daß die betreffende Arbeiterfamilie zu einem anderen, nicht zur Kasse gehörenden Arzte gehen mußte. Jener Arzt erklärte sich zunächst bereit, sich einem Schiedsgerichte zu unterwerfen. Später bezogmeite er es für nicht standesgemäß,

einem Krankenkassenmitglied gegenüber gestellt zu werden! Dieses Vorkommnis gab den Anstoß zu dem großen Ärztestreit in Remscheid. Am 28. September kamen die Ärzte in der Wohnung eines Kollegen zusammen und man sagte dort: Jetzt sei die geeignete Zeit; der Streit würde jetzt für die Kasse verloren gehen. Die Kassenzuräte erklärten zunächst, sie könnten doch nicht loyal gegen die Kasse handeln; man sagte ihnen aber, der ärztliche Schlichter würde für alles aufkommen. Da sagten die Ärzte, sie wollten dem Kassenvorstande wenigstens erst Mitteilung machen. Aber die Kollegen sagten, das dürfe nicht sein; die Kasse dürfe nicht vorbereitet werden. Also am 28. September durfte die Kasse noch nicht davon benachrichtigt werden, daß sie am 1. Oktober plötzlich ohne Ärzte sein würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was sagen denn die Abgeordneten dazu, die immer gegen den Kontraktbruch der Arbeiter zeteren? Wenn ein Arbeiter so handelt, so wird er wegen

Erpressung

bestraft. Die Ärzte fanden aber noch die Unterstüßung der Behörden. Dann aber traf ein Brief der bisherigen Kassenzuräte bei der Kasse ein, indem es hieß, die Kollegen hätten den Kassenzuräten nicht einmal Zeit gelassen, die Erklärung, die sie unterschreiben sollten, ordentlich durchzusehen. Man habe ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt. — So haben Ärzte gegen Ärzte gehandelt,

das ist standesgemäß.

Aber als standesunwürdig gilt es, die Kassenzuräte zu behandeln. Die Kasse wurde nun also von der Behörde gezwungen, die freie Arztwahl einzuführen und zwar mit einer Pauschsumme von 6,20 M. pro Kopf und Jahr. Ferner wurde die Kasse gezwungen, den Heilgehilfen Klemens, der zehn Jahre von ihr angestellt war, nach dem Willen der Ärzte zu entlassen. — Würde man annehmen, der Oberbürgermeister hätte beiseite eine Verfügung erlassen, so hätte man ihm wenigstens formell rechtgeben können. Statt dessen zwingt er die Kasse zu einem ihr nicht günstigen System und führt als Grund dafür Tatsachen an, die zum Teil jahrelang zurückliegen. Damit ist bewiesen, daß es sich um

ein parteipolitisches Manöver des Oberbürgermeisters

handelt. Es wird behauptet, die Ärzte seien vollständig vom Kassenvorstande abhängig und ihre Zahl sei nicht genügend gewesen. Davon ist keine Rede. Es waren neun beamtete Ärzte da, von denen zwei beurlaubt waren, ohne daß es nötig gewesen wäre, für eine Vertretung zu sorgen. Wie kommt der Oberbürgermeister überhaupt dazu, jetzt gegen Vorgänge einzuschreiten, die sich am 1. Oktober abgespielt haben? Die Verträge mit den Ärzten sind von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einstimmig genehmigt worden. Man sollte in der Tat glauben, es wäre ein Spatzvogel, der hinter den Oberbürgermeister steht und ihn veranlaßt hat, gegen das Landmannsche System vorzugehen. Nach diesem System werden den Kranken Medikamente verordnet, die im Handverkauf abgegeben werden, weil sie dann viel billiger sind, als wenn die Mittel durch Rezepte verschrieben werden. Das geschieht lediglich im Interesse der Kasse. Man weiß nicht, wie es möglich ist, daß ein Mann sich so weit durch den Parteihaf verbinden lassen kann. Der Oberbürgermeister hat vom Kassenvorstand verlangt, er solle von den Ärzten die Krankenjournalen einfordern. Die streitenden Ärzte haben sich geweigert, dem Vorstande die Journale herauszugeben, weil das dem Standesbewußtsein nicht entspricht. Unter keinen Umständen hatte die Aufsichtsbehörde das Recht zu ihrem Verlangen an den Kassenvorstand. Der Oberbürgermeister schlägt sich mit seinen Behauptungen selber ins Gesicht. Hat er die Kassenstände, von denen er spricht, die 10 Jahre hindurch nicht gesehen? Wir fehlt die Möglichkeit, den guten Glauben des Oberbürgermeisters anzunehmen. Der Heilgehilfe Klemens ist zum großen Nachteil der Kassenzuräte an Drängen des Schlichterbandes der Ärzte entlassen worden. Stellt sich der Oberbürgermeister auf den Standpunkt, daß der Kassenvorstand nicht das Recht habe, einen Heilgehilfen anzunehmen? Es gibt allerdings auch fanatische und hornierte Ärzte, die dieser Meinung sind. Das sächsische Ministerium hat ausdrücklich die Anstellung von anderen behandelnden Personen neben den Ärzten für zulässig erklärt. Und das preussische Oberverwaltungsgericht hat in einzelnen Fällen die Zulassung von Naturheilkundigen als gerechtfertigt anerkannt. Es gibt keine verständige Krankenkasse, die nicht neben den Ärzten auch Heilgehilfen anstellt. Meint vielleicht der Oberbürgermeister, daß die Hühneraugenoperationen oder die Verabfolgung von Klisieren von Ärzten ausgeführt werden sollen? (Heiterkeit.) Der Heilgehilfe Klemens war seit zehn Jahren angestellt, und es ist niemals von seinen dem Oberbürgermeister ein Monium erfolgt.

Wie sieht es mit der Honorierung? Es ist unwahr, daß Klemens nur nachmittags beschäftigt gewesen ist. Er hat bis 120 Konsultationen in der Woche gehabt. Früher wurde er dafür einzeln bezahlt, vor mehreren Jahren aber ist im Vorstand einstimmig beschloffen worden, ihm eine Pauschale von 8000 M. zu geben, um billiger wegzukommen. Dabei hat er die Verbandsstoffe noch selbst zu stellen. Das wußte die Behörde, duldet es und mußte es dulden. — Weiter wird von dem Oberbürgermeister die ungläubliche Behauptung aufgestellt, der Vorstand habe einen ihm gefügigen Arzt einfach kommandiert, die von Klemens angestellten Krankenkassenheime mit seiner Unterschrift zu versehen, obwohl der betreffende Arzt den Kranken gar nicht behandelt habe. Es ist unwahr, daß ein Arzt sich dazu hergegeben hat. Wahr soll sein, daß der betreffende Arzt einmal mit dem Kassenvorstand eine Unterredung gehabt und gesagt hat: Wenn von Klemens ein Schein abgegeben wird, so brauche ich ihn gar nicht mehr näher anzusehen. Wenn der Arzt das getan hätte, so würde er eine pflichtwäbrige Handlung begangen haben. Mit der Tüchtigkeit des Vorstandes hat das aber nichts zu tun. Uebrigens soll der Vorstand gerade gegen diesen Arzt haben vorgehen wollen, während dieser Arzt vom Schlichterbande der Ärzte geschützt worden ist! Der Herr Staatssekretär möge nicht einwenden, es könne ja das Verwaltungsgeschäft eingeleitet werden. Ein solches Verfahren dauert bekanntlich sehr lange, und das Unheil, was durch den Oberbürgermeister angerichtet wird, müssen die Arbeiter währenddessen tragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sollte

von der Regierung Remedur geschaffen werden, bevor es zu einem langwierigen Prozeß kommt. Redner geht auf eine Bemerkung des im Privatgespräch neben der Rednertribüne stehenden Abg. Deumer ein.) (Lache des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte keine Zwiesgespräche zu halten. Was im Hause gesagt wird, geht Sie nichts an.

Sie halten Ihre Rede und damit basta!

(Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Wenn so laut gesprochen wird, daß ich es hören muß, und wenn es sich auf das bezieht, was ich gesagt habe, so muß ich darauf eingehen. Die Remscheider Kasse ist im vergangenen Jahre drei Tage lang von der Regierung revidiert worden und

in vollkommener Ordnung befunden.

Die Regierung hat sich lobend über die Verwaltung ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt aber kommt der Oberbürgermeister, der

zehn Jahre geschlafen

haben will, und erklärt, es seien ungeeignete Beamten angestellt. Im Verhältnis zu anderen Kassen hat die Remscheider Kasse sehr wenig Beamte und gibt am wenigsten für persönliche Verwaltungskosten aus. Soviel mir bekannt, gibt es nur eine Kasse, die Arefelder, welche weniger ausgibt, und diese steht unter der Leitung eines von den freisinnigen gründlich gehaltenen Sozialdemokraten. Weiter hat der Oberbürgermeister behauptet, der Vorstand habe geduldet, daß fortwährend Kasseneinrichtungen zu außerhalb der Kasse liegenden Zwecken, namentlich für sozialdemokratische Zwecke benutzt seien und daß die Beamten für die Sozialdemokratie in den Dienststunden umfangreich tätig gewesen seien. In öffentlicher Versammlung ist von den Beteiligten erklärt worden, daß sei

eine bewusste Unwahrheit.

In Ihrer Urlaubzeit haben die Beamten allerdings nicht für die freisinnigen gearbeitet, sondern das getan, wozu sie berechtigt sind. Nur einmal ist eine Kasseneinrichtung für einen anderen als Kassenzweck verwendet worden, nämlich vor zwei Jahren die Schreibmaschine. Auf dieser hat Koch ein Schriftstück für die Polizei, das nicht Kassenzwecken behandelte, während der Pause abgetippt. Es ist einfach unerhört, daraus eine solche Behauptung abzuleiten. Der Oberbürgermeister hätte alle Veranlassung, Tatsachen anzuführen und nicht mit allgemeinen, schwer fahbaren Invektiven vorzugehen. Weiter wird der Vorwurf erhoben, daß die Hebelisten am 23. Januar noch nicht eingetragene gewesen wären. Es wurde verlangt, daß die Hebelisten noch vor Ablauf des Monats Januar eingekauft sein müßten. Es gehört aber wirklich eine

Unkenntnis sondergleichen

dazu, eine solche Forderung aufzustellen, besonders da die Kasse auch Heimarbeiter umfaßt. Auch war die Kasse sehr reich mit Einrichtungen versehen, wie sie in der Kommission als besonders wünschenswert hingestellt wurden. Sie gab den Kranken Gabeln, Messer, Löffel, Taschentücher, Strohdecken usw. Wenn das dann viele Kosten macht, so behaupten alle freisinnigen Vasen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), die Kasse werde schlecht verwaltet. Aus alledem ergibt sich, daß gegen die Kasse lediglich deshalb vorgegangen wurde, weil ihre Mitglieder meist Sozialdemokraten waren. Ein solcher

Mißbrauch der Amtsgewalt

wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht die oberste Aufsichtsbehörde, das preussische Handelsministerium — entgegen einer Oberverwaltungsgerichtsentscheidung — es geduldet hätte, daß nicht der gesamte Magistrat, sondern ein einzelner Magistratsbeamter mit der Aufsicht über die Kasse betraut wurde. Der gesamte Magistrat würde, selbst wenn er freisinnig ist, doch wohl diesen Mißbrauch nicht begangen haben.

Der Ihnen vorgetragene Fall ist allerdings wohl der krassste, indem der Herr Vorstand des Gesetzes zugunsten der Ärzte und zuungunsten der Arbeiter verlegt ist. Aber es besteht

ein völliges System

in diesem Verfahren, es erstreckt sich auch zum Beispiel über Münster und überhaupt über fast ganz Westfalen und über den größten Teil von Sachsen. Ich möchte nur ganz kurz auf die Fälle von Hälles hinweisen, in denen Ungehörigkeiten aus Kassen bekannt geworden sind, denen keine Sozialdemokraten angehören. Denken Sie zum Beispiel daran, daß in Hamburg ein Kassentendant das kleine Gehalt von 18 000 Mark bekommen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter geben alljährlich 140 Millionen für Krankenkassen aus. Damit aber sind die Ärzte nicht zufrieden. Sie möchten einen Mindestlohn von 2 M. für die einfache Konsultation ausgezahlt erhalten. In diesem Falle würden aber die Arbeiter über 200 Millionen zahlen müssen. So wenig von sozialem Geiste erfüllt zeigt sich ein großer Teil der deutschen Ärzteschaft. Ich hoffe aber, daß die Ärzte trotz alles laienhaften Benehmens einiger Ärzte nicht die Mehrheit dieses Hauses für ihre Bestrebungen finden werden.

Ich muß jetzt leider auf die Ausführungen zweier Redner der freisinnigen Volkspartei eingehen, die hier am 8. und 9. Februar gemacht sind. Die Abg. Eichhoff und Dr. Mugdan haben ja nicht den Grad von Bedeutung, den sie sich selbst beilegen zu müssen glauben. Wenn ich nicht die Verpflichtung in mir fühlte, so würde ich mich der nicht gerade angenehmen Beschäftigung mit diesen Herren nicht unterziehen. Es ist mir widerlich, auf ihre Ausführungen einzugehen, weil sie in Form und Inhalt so tief stehen, daß sie sich eigentlich selbst richten. Aber niemand, der auf einer Straße von einer Seite zur andern hinübergeht und sich auf dem Damme dabei beschmutzt, kann für diesen Schmutz verantwortlich gemacht werden. Der Abg. Mugdan hat hier behauptet, daß er von der Münchener Krankenkasse gesprochen habe. Der Abg. Guo hat ihn aber bereits auf die eidlische Aussage des Bergmeisters Engel hingewiesen, in der dieser erklärte, daß er das, was er gesagt habe, vom Abg. Mugdan und vom Reichsanwalt wisse. Der Abg. Mugdan meinte, die Sache sei ja sehr komisch und nur verständlich für einen Herrn wie den Abg. Stadthagen. Es sei ein krankhafter Zustand des Geistes, wenn man immer in der schlimmsten Weise gegen die politischen Gegner vorgehe und dann alles übel bemerke, was gegen seine Freunde gesagt werde. Noch geistvoller drückte sich der Abg. Mugdan an einer anderen Stelle aus: „Die Herren konnten gar nicht anders; denn schließlich hat die russische Revolution den Herren von der Sozialdemokratie den Kopf vollständig verriekt gemacht.“ Na, diese Darlegung des Abg. Mugdan brauche ich nicht zurückzuweisen, sie charakterisiert sich selbst so gut, daß ein Zusatz nicht gemacht zu werden braucht. Der Reichsanwalt hat neulich recht gehabt, als er seinen landwirtschaftlichen Freunden den Rat gab, sich die Haut eines Rhinoceros anzuschaffen. Ich werde mich mit den Ausführungen des Abg. Mugdan nicht weiter beschäftigen. Wenn aber ein Vertreter der freisinnigen Partei hier erklärt, seine Freunde würden die Selbstverwaltung nicht zu befechtigen und es sei auch keine Schmälerung der Selbstverwaltung, wenn die Pläne reifiziert werden, die seinerzeit vom Geheimrat Hoffmann für die Reform der Krankenversicherung aufgestellt worden sind, so wird diese Aufassung von allen Arbeitern ohne Unterschied der Partei zurückgewiesen werden. Nun hat bei der Krankenversicherung die Hauptlast auf die Arbeiter gelegt, und wenn nun die Arbeiter auch nichts mehr zu sagen haben sollen, so werden Sie sie dagegen gewappnet finden. Ich kann nur dringend bitten, die Verbesserung der Krankenversicherung, die Ausdehnung der Versicherung auf die ländlichen Arbeiter endlich herbeizuführen. Sie brauchen ja nur die Anträge abzuschreiben, die wir vor beinahe 25 Jahren eingebracht haben.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Kinderrenten und die Renten unter 20 Proz. ge-

frischen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen und die landwirtschaftlichen Großbetriebe haben so viele Sünden in bezug auf Leib, Leben und Gesundheit der Arbeiter auf dem Gewissen, daß eine völlige Unkenntnis der Verhältnisse dazu gehören muß, wenn man verlangen kann, nun auch den Großgrundbesitzern noch das bisherige Maß abzunehmen, damit die verunglückten Kinder und andere Verunglückte nicht einen Pfennig bekommen. Der jetzige deutsche Kaiser hat am 11. November 1890 im Landesökonomikollegium dem Großgrundbesitz und dem Landesökonomikollegium die Prüfung der Frage der Unfälle dringend ans Herz gelegt. Es seien merkwürdig viele Fälle vorgekommen, sagte er, in denen Arbeiter durch Maschinen verunglückt seien; es sei eine gewisse Gleichgültigkeit auf Seiten des Besitzers oder Besorgenen, der den Betrieb zu leiten habe, gegen das Leben der ihnen unterstellten Arbeiter vorhanden. Man dürfe gegenüber den Schuldigen nicht Gnade für Recht ergehen lassen. — Das war im Jahre 1890, da betrug die Zahl der Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben 12 700, während sie im Jahre 1904

auf 66 000 gestiegen

ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von den 48 landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen haben nur fünf technische Aufsichtsbeamte gehabt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die gesamten Unfallversicherungskosten der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen haben damals 85 000 M. betragen. Die Kosten der Unfallversicherung stellen sich für die Berufsvereinigungen auf 3,10 M. im Jahre oder auf 0,85 Pf., also

nicht einmal einen Pfennig pro Kopf und Tag.

Und da stellen die Herren vom Großgrundbesitz sich im Dreiklassenparlament hin und sprechen von den unerschwinglichen Lasten. Sie seien arm trotz der Rölle, die ihnen von dem Reichstage in den Schoß geworfen sind! Ich werde bei anderer Gelegenheit einzugehen haben auf die traurige Lage, in der sich speziell in Ostpreußen die Arbeiter bei den Großgrundbesitzern befinden, bei den Großgrundbesitzern, welche vom Auslande zu Hungerlöhnen Arbeiter heranziehen, ja sogar den Gedanken erwoogen haben, von Ostasien her als Schmutzkonkurrenten

Kulis nach Deutschland

zu importieren. Wir haben den Reichstagler gebeten, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen durch Anstellung von Arbeiterkontrollleuten, durch gesetzlich geregelte Arbeitszeit, Schutz des Koalitionsrechts, Beseitigung der Ausnahmestruktur der Unfallversicherung. Ich gebe gern zu, daß ich leider auf Hilfe für die Arbeiter seitens der Regierung wenig Hoffnung habe, seitdem wir neulich gehört haben, daß, wenn unter Aufsichtstellung notwendiger Unfallversicherungsvorschriften 39 Vergleiche um Leben gekommen, die Regierung nicht in der Lage sei, einzuschreiten, wenn die Behörde nicht den Schuldigen entdecken kann. Große Betrüger, ja selbst Mörder läßt man heute frei herumlaufen. Die Behörden können, scheint es, keinen wirklichen Verbrecher mehr finden; sie sind schon froh, wenn sie mal entdecken, daß „Selbstmord“, nicht Mord vorliegt. Aber Arbeitervertreter, die für Rechte der Arbeiter eintreten, werden mit der größten Schamlosigkeit und Behemung verfolgt. Woher kommt das? Es liegt an dem System, unter dem wir leben, das die arbeitende Bevölkerung nicht als gleichberechtigt, sondern ewig als Delinquenten und Sklaven ansieht — die Arbeiter, die zu arbeiten haben zugunsten der Wohlhabenden, welche davon schwafeln, daß sie notleidend wären, während sie im Ueberflusse leben. Die Vermögen der Wohlhabenden sind nach der Erbschaftsteuerstatistik

von 1895 bis 1905 um 19 Milliarden gestiegen!

Und da erklären diese Leute, sie sitzen Rot, und da legen Sie der sozialen Gesetzgebung einen Hemmschuh an. Und die Reichsregierung sieht den Arbeitern gegenüber mit den Händen in den Taschen da, während diese infolge der neuen Rölle noch mit einer Verminderung ihres Lohnes bedroht sind. Bei einer solchen Struktur der Gesellschaft kann der einzelne wenig Hoffnung auf schleunige Besserung durch die Regierung haben, es sei denn, daß sie einsteht, daß auf die Dauer ein Staatssystem nicht zu halten ist, in dem die Arbeiter nicht als gleichberechtigt, sondern als minderwertige Leute behandelt werden. Eine Gesellschaft, in der die ökonomischen und politischen Verhältnisse im Gegensatz stehen, muß in sich zusammenbrechen. Solche Verhältnisse müssen in den Arbeitern Haß und Erbitterung erzeugen. Möge die Regierung die wenigen Reformen, die ich verlangt habe, noch in dieser Session gewähren. Ich habe nichts verlangt, als was wir schon vor Jahrzehnten gefordert haben. Zeige die Regierung, daß sie nicht ist eine Regierung für die Reichen, für die Wohlhabenden, für die Minorität, sondern auch für die Arbeiter. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Deumer (natl.): Ich muß dem Abg. Hue erwidern, daß ich zwar nie in einem Walz- und Hüttenwerke gearbeitet habe, daß aber auch der Abg. Hue seit 1894 nicht mehr praktisch arbeitet. Ich habe seit meinem sechsten Lebensjahre

schwer gearbeitet,

habe neben meiner Gymnasialtätigkeit in der Landwirtschaft Hühner und Rälle ertragen (Lachen bei den Sozialdemokraten) und habe noch jetzt bisweilen einen sechzehnstündigen Arbeitstag. Auch an der Düsseldorf-Ausstellung, von der der Abg. Hue zu rühmen suchte, habe ich mitgearbeitet und habe dort auch die Tätigkeit der deutschen Arbeiter studiert und mich über das Hand ihrer Werke (Lachen), ich wollte sagen, über das Werk ihrer Hände gefreut. Leider aber findet die Tatkraft der Unternehmer und Ingenieure auch seitens des Vertreters der verhängten Regierung nicht die ihr gebührende Würdigung. Daß Ingenieure und Arbeiter im besten Einklang miteinander leben, beweisen die Todesfälle des Ingenieurs Hansl an der Ruhr und des Bergwerksbesitzers Vorkig bei den Bergbauarbeiten von Arbeitern. Die hohen Dividenden aber, auf die die Herren hinzuweisen pflegen, werden zum Teil nur auf zusammengelegte Aktien bezahlt. Ich kann nachweisen, daß die Angaben des Abg. Hue über die Arbeitsverhältnisse der Walz- und Hüttenarbeiter unzutreffend sind. Meine Gewährsmänner sind bereit, ihre Angaben bei einer eventuellen Enquete (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Warum sträubt man sich denn so gegen eine solche Enquete?) durch Belege zu erhärten. Die Arbeitsordnung bei Krupp zum Beispiel hat zwar zwölfstündige Schichten, aber die Pausen in ihnen sind so groß, daß im ganzen eine zwölfstündige Ruhepause herauskommt. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Auch aus anderen Werken sind mir telegraphische Angaben gemacht worden, aus denen sich die Unrichtigkeit der Angaben des Abg. Hue herausstellt. Ueberstunden werden natürlich überall geleistet, aber nicht regelmäßig. Häufig können bei Reparaturen die Arbeiter sich ablösen, der Ingenieur aber muß durchhalten. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Von einem Werke, von dem Abg. Hue erklärte, es gäbe dort keine Speiseräume, erhalte ich die telegraphische Nachricht: Speiseräume vorhanden, werden von den Arbeitern wenig benutzt. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Ja, wenn der Arbeiter lieber im Waldwerk ist, so beweist das nur, daß das Waldwerk so sauber ist, daß der Arbeiter dort gern ist. (Weisfall rechts.) Es ist nicht richtig, daß niemals Arbeiter in die Höfe kommen. Aber der Maximalarbeitstag für Männer würde es verhindern, daß Arbeiter ihre völlige Manneskraft ausnützen, um Ueberstunden oder doppelte Schichten zu machen, damit sie sich Geld sparen können, die ihnen

nachher Besuch des Gymnasiums und der Hochschule

erlauben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was der Abgeordnete Hue über den Kontakt in dem Preßbau der Firma Krupp gesagt hat, ist insofern nicht richtig, als Ventilatoren dort in besonders ausgezeichnete Weise vorhanden sind. Der Arbeitslohn bei Krupp steigt ständig: Der Tagelohn betrug im Jahre 1902 4,52 M., im Jahre 1903 4,56 M., im Jahre 1904 4,88 M. und im Jahre 1905 5,12 M. — eingerechnet die Löhne der jugendlichen Arbeiter. Unter 3 M. verdienen im Jahre 1905 nur 30 jugendliche Arbeiter unter 21 Jahren sowie einige Invaliden, die nebeher eine Rente bezogen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband aber benutzt die sogenannten „Hungerlöhne“ bei Krupp zu agitatorischen Zwecken und macht ganz falsche Angaben. Es 78 jugendliche Arbeiter auf einmal

bei Krupp kündigten, vorbereitete der Metallarbeiterverband die Nachfrucht, sie hätten unter 3 M. verdient, während sie in Wirklichkeit 3—5 M. verdient hätten und also in ganz frivoler Weise die Arbeit niedergelegt hätten. 47% aller Kruppischen Arbeiter sind über 5 Jahre im Betriebe, das beweist doch wohl, daß sie zufrieden sind. Die Kruppischen Krankenkassen hat ein Kollege des Herrn Hue als die für die Arbeiter günstigsten erklärt. — Herr Hue hat dann von dem Angebot von Tarifverträgen durch den Metallarbeiterverband gesprochen, das die Metallindustriellen abgelehnt haben. Man spricht immer von Tarifverträgen, ohne sich über die Schwierigkeit der Einführung in Werken mit den verschiedensten Arbeiterkategorien klar zu sein. Im Maschinenbau sind etwa 80—90 Arbeiterkategorien, und gerade hier kommt es sehr auf die individuelle Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters an. Diese Rücksicht wollen Sie (zu den Sozialdemokraten) freilich nicht. Sie wollen, daß der ungeladete Arbeiter (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Zu leben hat!) ebensogut bezahlt wird wie der geschickte. Wie sind genügend gewarnt durch die Trades-Unions. Dort wurden früher Strafen festgesetzt für zu scharfes Arbeiten. Noch im vorigen Jahre habe ich beobachtet, daß ein englischer Fabrikant ein ganz veraltetes System von Blechschere, zu deren Bedienung sechs Mann notwendig waren, beibehielt, weil er — wie er sagte — durch die Union gezwungen wäre, diese sechs Leute auch bei einer Blechschere neuesten Modells anzustellen, zu deren Bedienung eigentlich nur ein erwachsener und ein jugendlicher Arbeiter gebraucht werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Abg. Südekum, wenn hier im Reichstag Blechschere aufgestellt würden, würde Ihre Partei sicher für reichliche Bezahlung derselben sorgen. (Große Heiterkeit.) Wir stehen auf dem alten franklinischen Grundsatze, daß jeder, der beschäftigt, der Mensch könne durch etwas anderes als durch eigene Arbeit, eigenen Fleiß und eigenes Streben weiter kommen, ein Schwindler sei. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Director im Reichsamt des Innern Geheimrat Casper: Der Herr Staatssekretär ist durch eine wichtige Sitzung leider verhindert an den Verhandlungen teilzunehmen. In seinem Namen möchte ich gegenüber dem Herrn Vorredner betonen, daß Graf Kosadowky bei den verschiedenen Gelegenheiten das Verdienst der Ingenieure und Direktoren an der Blüte der deutschen Industrie hervorgehoben hat. Als er neulich das Verdienst der Arbeiter hervorhob, lag kein Anlaß vor, das oft Gesagte zu wiederholen. Man kann nicht bei jeder Gelegenheit alles sagen.

Abg. Dr. Stöder (Christl.-Soz.): Wenn die Verbesserungsgesetzgebung wirklich nichts anderes wäre als eine Verbesserung der Armenpflege, so stellte sie schon einen Fortschritt dar, denn der Arbeiter hat dadurch einen Rechtsanspruch erhalten. Die Sozialdemokraten tragen den Gedanken nach Revolution immer in das Volk, sie haben aber nicht den Mut zur Tat. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Danach verlangt Ihnen wohl?) Ich weiß, daß vor dem 21. Januar von einem Waffenhändler (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

39 Revolver

gekauft sind. (Große Heiterkeit und Hu! hu! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie denn, daß die gekauft sind, um Hirschen zu schießen?

(Stürmische Heiterkeit.) Ich weiß, daß die Kinder in den einzelnen Familien gefogt haben: Heute geht's los. (Große Heiterkeit.) Diese Kinder sind doch recht heilföhrig und manchmal viel klüger, als elterliche Leute auf der linken Seite dieses Hauses. (Heiterkeit.) Der „Vorwärts“ schrieb am 26. Januar, die lettischen Revolutionäre seien gegen die Gutsbesitzer und die Pastoren (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie schrecklich!) vorgegangen, um eine neue gerechte Ordnung zu schaffen. Ist das wahr? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Selbstverständlich.) Der „Vorwärts“ nannte diese Revolution einen notwendigen Akt. Ist das richtig? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Jawohl!) Nehmen Sie es mir nicht übel, Sie sprechen immer von Ihrer Wissenschaftlichkeit, aber das, was Sie hier billigen, das ist nichts anderes als

allerniedrigster Spitzbuben-Kommunismus.

(Stürmischer Beifall rechts, Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Redner tritt für Organisation der Feinarbeiter und für Lohnlosen und Mindestlöhne in der Heimindustrie ein und bedauert nochmals, daß eine solche bössartige revolutionäre Bewegung wie die Sozialdemokratie in Deutschland

Oberwasser

finden konnte. Wenn die Ergebnisse der russischen Revolution, die ein Werk der Sozialdemokratie ist, und in der so viel vertollstete Felder, so viel hingemordete Menschen, so viel hungernde Arbeiter auf das Konto der Sozialdemokratie geschrieben werden müssen (Sehr richtig! rechts; Unruhe bei den Sozialdemokraten), erst klar vor Augen liegen, dann wird alles, was Verstand und Gewissen hat, die sozialdemokratische Fahne verlassen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Quatsch!)

Der Abgeordnete Bömelburg hat gesagt: Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie ist eins. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jede Keuherung, die dahin geht, daß beide nichts miteinander zu tun haben, fördert nur eine ordinäre Lüge zutage und kann nur von Ihren (zu den Sozialdemokraten) bornierten Leuten gelaugt werden. Sie spekulieren immer auf Hoß. Glauben Sie da, daß ein anständiger Mensch (Rufe bei den Sozialdemokraten: Scheiterhaufen!) Ihnen nicht bei solchen Grundfragen bitterste Feindschaft entgegenbringen muß? So ist es auch bei mir gewesen: nicht in meinem Interesse, sondern in dem des Vaterlandes und der Kirche. (Gelächter h. d. Soz.) „Der Zimmerer“, ein Organ des freien Zimmererverbandes, hat neulich aufgefordert, durch Austritt aus der Kirche gegen die Volksverdummung und Volksentredung zu protestieren, und auf dem Kölner Kongreß hat der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, gesagt: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden dafür einst in der Höle braten müssen. Aber laßt uns das! (Heiterkeit.) Können Sie (zu den Sozialdemokraten) bei einer solchen Stellung verlangen, daß ein anständiger Mensch mit Ihnen zusammengeht? Kennen Sie das Fürsorge für Arbeiter, wenn Sie sie in Rußland auf das Schafott setzen? Ist das nicht eine nichtswürdige Verföhrung des armen törlästen Mannes? (Weisfall rechts.) Ihnen gegenüber gibt es in der Tat nichts anderes als

Kampf bis aufs Messer.

(Weisfall rechts.) Abg. Freiherr v. Pfetten (Z.): Abg. Saase hat Schlussfolgerungen in bezug auf Vorgänge in Regensburg gezogen, die völlig irrig sind. Die Brauerei dort ist allerdings der Leitung des Bischofes unterstellt, aber sie hat eine besondere Verwaltung. Um die Aussperrung von Arbeitern handelte es sich nicht, wie der Abg. Saase erwähnt hatte, und auch seine sonstigen Ausführungen über die Brauerei sind unzutreffend.

Abg. Peuß (Soz.):

Als ich die Rede des Herrn Stöder hörte, mußte ich an die Worte des Prof. Paulsen in seinem „System der Ethik“ über das Stoffentum denken: „Herrschaft und Heuchelei, in Worte der christlichen Wölle gekleidet, stellen das Wesen des Stoffentums dar.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Kampf bis zum äußersten hat uns Herr Stöder angekündigt. Diesen Kampf führt er nun bereits seit 30 Jahren.

Wenn er weiter die Erfolge erzielt wie bisher, können wir ganz zufrieden sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sollen die russischen Arbeiter aufs Schafott setzen! Beweis gibt es niemand, der nicht die furchtbaren Ereignisse in Rußland auch vom Standpunkte der Menschlichkeit mit tiefstem Weh betrachtet, aber wir setzen diesen Kampf unter einem anderen Gesichtspunkte an. Leben ist nicht notwendig, frei sein aber ist notwendig! Unter diesem Gesichtspunkte kämpft das russische Volk. Wenn mit schauerlichsten Gewalttaten die Freiheit unterdrückt wird, dann muß auch Gewalt seitens der Revolutionäre angewendet, dann müssen auch die damit verbundenen Opfer gebracht werden. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Wir haben oft genug gesagt, daß — solange wir die Grundrechte des Vereins- und Versammlungrechtes haben — wir schon auf friedlichem Wege unser Ziel erreichen werden. Wenn Herr Stöder gesagt hat, kein anständiger Mensch könne sich der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie anschließen, so zeigt das sehr viel Hochmut gegenüber einer Partei, die 3 Millionen Wähler zählt und deren Presse 700 000 Abonnenten hat.

Die christlich-nationalen Arbeiter gelten den Unternehmern nur so lange als ungefährlich, als sie keine Forderungen stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Stöder forderte ja selbst nicht die Grundrechte für die Arbeiter, wie Koalitionsrecht usw. Warum haben denn das die Arbeiter noch nicht? Ist etwa die Sozialdemokratie daran schuld? Nein, das haben die Herren Konserverativen, Nationalliberalen, das Zentrum, die Regierung verschuldet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Stöder wies auf die Schreden der russischen Revolution hin. Das russische Volk kann es nicht länger ertragen, ohne die Grundrechte der Pressefreiheit, des Koalitionsrechtes, des Wahlrechtes zu haben. Gewährt die russische Regierung diese Rechte nicht, so ist sie schuld daran, wenn es zu entsetzlichen Ausbrüchen kommt. Mit welcher berstlicher Robheit und Brutalität geht jetzt das russische Offizierskorps gegen die Bevölkerung in den Distrikprovinzen vor. Wenn das empörte Volk, das bis aufs Blut ausgebeutet ist, zu Gewalttaten kommt, ist das nur natürlich. — Wenn aber diejenigen, die so viel Kultur im Leibe zu haben behaupten, daß sie die unterdrückten Klassen zu beherrschen imstande seien, solche Gewalttaten verüben, dann sind sie tausendmal mehr zu brandmarken.

Abg. Stöder sprach von 39 Revolvern. Wieviel sind sie

von englischen Konserverativen gekauft.

(Heiterkeit.) Bei der Angst, die die Regierung gezeigt hat, darf man das wohl annehmen. Die Herren Konserverativen fühlen sich schon in ihrer Ehre als herrschende Klasse gekränkt, wenn den Arbeitern irgend eine Anerkennung ausgesprochen wird. (Widerpruch rechts.) Dann müssen Sie sich in Zukunft anders ausdrücken. Den Vorrednern, die auf Vorgänge in den Trades-Unions hinwiesen, erkläre ich, daß es bei uns niemand gibt, der technische Fortschritte, wie die Einführung der Schmalzmaschine, im Interesse der Arbeiter bekämpft. Dazu sind unsere Arbeiter zu aufgeklärt. Als Beispiel für einen Mann, der durch eigene Arbeit hochgekommen sei, nannte Dr. Deumer Franklin. Das war damals in glänzender Zeit. Wer aber heute sagt, daß man durch eigene Arbeit reich werde, nicht durch fremde, der ist ein Lügner. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Jahre ist nicht so viel Mittelstandstretterei unter Angriffen auf die Genossenschaften getrieben worden wie früher. Man sieht offenbar, daß der Gang der Entwicklung nicht mehr aufzuhalten ist. Das Genossenschaftswesen hat sich denn auch sehr erfreulich entwickelt. Die Konsumvereine außerhalb des alten Verbandes haben 1904 einen

Umsatz von 165 1/2 Millionen

erzielt. Bereits der 18. Teil aller deutschen Familien ist in Konsumvereinen organisiert. Das Interesse der Regierung erstreckt sich ja nur auf die Genossenschaften der herrschenden Klassen, aber auch die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine der Arbeiter hat sich — und zwar

aus eigener Kraft —

fast in demselben Maßstabe ausgedehnt. In England ist bereits der fünfte Teil der Bevölkerung in Genossenschaften organisiert, in Dänemark bereits die Hälfte der ländlichen Bevölkerung, was zur Folge hatte, daß die dänische Landwirtschaft sich auch ohne Zölle sehr gut hält. Interessant ist die Haltung unserer Gegner zu den Genossenschaften. Sie, die uns immer Mangel an praktischer Arbeit vorwerfen, stehen trotzdem den Genossenschaften der Arbeiter, die doch eminent praktische Arbeit leisten, feindsüchlich gegenüber. Allerdings paßt es gewissen Leuten nicht, daß auch diese Bewegung der Befreiung der Arbeiterklasse dient. Hat sich doch der Abg. Blode als Stadtrat in Alen selbst gegen die Errichtung einer Seifenfabrik durch die Großeinkaufsgesellschaft gewendet, weil sie

staatsgefährlich

sei! (Hört! hört!) Warum andere Seifenfabriken, die den Interessen der Aktionäre dienen, nicht staatsgefährlich sind, diese Seifenfabrik aber, deren Ertrag den Konsumenten wieder zufällt, staatsunföhrig wirken soll, das ist unverständlich, das beweist nur, daß die Arbeiter unter allen Umständen unterdrückt werden sollen. Verbietet man doch allen Beamten, Lehrern usw. den Beitritt zu den Konsumvereinen. Der Klassenhaß liegt nicht auf unserer Seite, sondern auf der anderen. Es ist das Schlimme, daß der herrschenden Klasse so sehr die Objektivität fehlt. Gerade die Arbeiter würden die Mitwirkung anderer Klassen sehr dankbar annehmen. In Stuttgart wurde der Konsumvereinstag von der württembergischen Regierung begrüßt. Der nächste Genossenschaftstag in Stettin darf von Preußen nicht daselbe erwarten. Die sächsische Regierung hat wenigstens so viel Verstand gehabt, die Umsatzsteuer für Konsumvereine abzulassen, als sie von der Stadt Dresden beschloffen wurde.

Es ist nicht zu leugnen, daß es im Mittelstande zahlreiche parasitäre Existenzen gibt, für die das einmal geprägte Wort „Hier kann Schutt abgeladen werden“ paßt. — Professor Sering hat auf der Versammlung des Landesökonomikollegiums die Arbeiterfrage besprochen und konstatiert, daß der Arbeiterzustand anfangs spärlicher zu werden. Das ist richtig. Ich will auch zugeben, daß die Landwirtschaft darunter leidet. Auch wir würden eine bessere Verteilung der Bevölkerung begrüßen. Man soll doch aber bedenken, daß man von der Wackelpolitik nicht erwarten darf. Deshalb soll man den Arbeitern auf dem Lande die gleichen Rechte geben. Warum unterläßt man die politischen Maßregelungen nicht, z. B. wenn ein Arbeiter ein sozialdemokratisches Blatt liest!

Herr v. Januschau, der hier so selbstbewußt auftrat, meinte, wenn wir zu den Landarbeitern kämen, würden wir ja doch hinausgejagt. Der Herr rüht sich noch damit, daß die Landarbeiter keine Versammlungsfreiheit haben. Wenn wir die Gleichberechtigung der Arbeiter erreicht, so würde die Sozialdemokratie als Partei verschwinden können; Demokratie und Sozialismus würden aber auch dann die herrschenden Prinzipien bleiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Sonnabend den Etat der Eisenbahnerverwaltung. Die Betriebslänge der Eisenbahnen beträgt 35 022 Kilometer Voll- und 246 Kilometer Schmalspurbahnen, sie ist gegen 1905 um 688 bzw. 6 Kilometer gewachsen. Das Gesamtergebnis des Etats für 1906: Einnahme 1 732 811 000 M. (gegen 1905 + 114 694 000 M.) Ausgabe 1 048 976 300 M. (gegen 1905 + 65 537 000 M.). Der Ueberblick ist auf 683 834 700 M., also um 49 157 000 M. gestiegen. Nach Abzug der Verzinsung der Eisenbahnstaatsanleihe von 98 601 000 M. verbleibt ein verfügbarer Gewinn von 565 165 000 M., der nach dem Eisenbahngarantiegesez vom 27. März 1882 auf die Staats-Eisenbahnschuld abgeschrieben wird. Es beträgt der absolute Betrag der Staats-Eisenbahnschuld 8974 Millionen Mark, während nach Berechnung der an den Staat abgetheilten Ueberträge die Eisenbahnschuld nur 3383 Millionen beträgt. Der Bericht erstatter hebt den glänzenden Stand der Eisenbahnerverwaltung hervor; die Rentabilität sei um 1/2 Proz. von 9,7 auf 10,2 Proz. gestiegen (jedoch sind hier von noch die Pensionen abzuziehen). Je glänzender sich das Unternehmen entwickelt, um so gefährlicher wird es für die Staatsfinanzen, weil sie immer mehr auf Eisenbahnüberschüssen aufgebaut sind. Im abgelaufenen Jahre habe das Bild aber auch Schatten gezeigt, ganz besonders durch den Mangel an Eisenbahnwagen. Die Verwaltung habe dem Riesenverkehre sich nicht gewachsen gezeigt. Es sei anzuerkennen, daß große Mittel zur Vermehrung der Betriebsmittel aufgewendet sind. Aber es müsse die Beschaffung von Betriebsmitteln unabhängig von der Gestaltung der Staatsfinanzen geschehen, lediglich nach sachlichen

Bedürfnissen. Ebenso müsse erwogen werden, ob nicht in steigendem Maße die Gleise vermerkt werden, um Güter- und Personenverkehr tunlichst ganz zu trennen. Hinsichtlich der Personentarifreform empfiehlt der Berichterstatter, daß die Budgetkommission auf schnellere Durchführung dringen solle. Man müsse in dieser Sache vorwärts kommen. Die Betriebsmittelgemeinschaft sei mit den Staaten einzugehen, die sie wünschen. Es dürfe die Möglichkeit auf die Bundesstaaten, die diese Gemeinschaft nicht wünschen, nicht zu weit getrieben werden. Schließlich fragt der Berichterstatter nach den Ermittlungen wegen der schweren Unfälle bei Spremberg und Altenbeken und wegen der Entwicklung des Schnellverkehrs.

Minister v. Budge schließt sich dem Wunsche des Berichterstatters an, daß die Finanzlage des Staats nicht immer mehr auf die Eisenbahnerverwaltung basieren werde. 1887/88 wurden 3 1/2 Millionen = 1,10 Proz. vom Bruttoertragnis für allgemeine Staatszwecke abgeführt, 1904 schon 187,7 Millionen = 35 Proz. Daß die Eisenbahn dem Staate Leberchüsse liefern müsse, sei richtig. Es müßte aber nach einer richtigen mittleren Linie gestrebt werden. Hinsichtlich des Wagenmangels wünscht der Minister, die Industrie solle auch die Verwaltung unterstützen. Im Januar und Februar 1905 haben ganze Wagenzüge dauernd unbeschäftigt gestanden. Die Wagen seien oft übertrieben. Aber es sei kein Zweifel, daß eine Wagennot vorhanden sei. Industrie und Handel seien so glänzend gewesen, daß von 10 bis 22,8 Prozent mehr Wagen gefordert worden sind. Die Kommodität sei um so größer gewesen, weil für Mitten 63 Prozent mehr Wagen gefordert wurden und die Verladung bis Ende Dezember dauerte. Die Folgen der Verkehrssteigerung sind Verschiebungen im Güterfahrplan, die solchen Umfang annehmen, daß einzelne Güterzüge bis 24 Stunden später abgehen mußten. Mit dieser plötzlichen gewaltigen Steigerung hängt auch die Steigerung der Unfälle zusammen. Die Erkenntnis dieser Umstände hat Verbesserung der Schienenwege und Zuführen zu den Wasserstraßen in diesem Etat zur Folge. Für Nebenbahnen sollen 50 Millionen erforderlich werden. Ausschließlich große Wagen können wegen des Widerstandes dieser Industrien nicht gebaut werden. 4000 Wagen zu 20 Tonnen sind bestellt.

Hinsichtlich der Personentarifreform glaubt der Minister, nicht Bortwäre wegen Mangel an Beschleunigung zu verdienen. Der Reisetarif werde für die Folge nicht teurer werden, nur das Gepäck werde teurer werden, aber nicht erheblich. Ueber die Betriebsmittelgemeinschaft seien vielfach falsche Ansichten vorhanden. Es sollten alle Reparaturen gemeinsam geleistet und am Jahres-schluß verteilt werden. In dieser Verteilung hat die Schwierigkeit der Einigung gelegen und in der Schwierigkeit der außerordentlichen Beschaffung von Betriebsmitteln. Denn die Industrie macht im Süden nicht so starke Ansprüche wie Preußen. Im letzten Winter, als der Bedarf größer war, hat der Süden über 3000 preussische Wagen mehr zurückgehalten als sonst. Die Verschwendung der russischen und deutschen Spur sei 1905 geradezu ein Glück gewesen. Ein einseitiges Zusammengehen der preussischen Staatsbahn mit den siddensischen Bahnen könne nicht als richtig angesehen werden. Der Reichstag habe das loyale Vorgehen Preußens anerkannt. Zurzeit liegt ein Vorschlag Bayerns wegen Betriebsmittel-Gemeinschaft zur Beratung vor, der sorgfamer Erwägung sicher ist. Allein im Dezember 1905 hat Preußen 9 1/2 Millionen Mark Mehr-einnahmen gehabt. Die Ersparnis aus der Betriebsmittelgemeinschaft würde im ganzen nur 10 1/2 Millionen Mark betragen. In finanzieller Beziehung spiele die Sache also keine Rolle, während es allerdings wünschenswert sei, zu einer Einigung zu kommen. Die Unfälle bedauern der Minister. Er erhofft Verminderung durch Ausgestaltung des Wohnwagens. Die Unfälle sind trotz ihrer Schwere unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre geblieben. Die gerichtliche Untersuchung erster Instanz hat bestätigt, daß in Spremberg eine große Betriebsbummelei geherrscht habe. Die entsprechenden Maßregeln sind getroffen. Es ist aber nicht richtig, daß an der Strecke irgend etwas in Unordnung gewesen sei. Die Untersuchung hat ergeben, daß alle Apparate in Ordnung gewesen sind, ebenso die Bahnanlage selbst. Ansprüche auf Entschädigung seien wegen des Spremberger Unfalls in 67 Fällen geltend gemacht worden. Die Entschädigungssummen seien aber in der Presse übertrieben worden; so habe der Justizrat Rodan 20 000 M. Rente erhalten, der Oberleutnant Chretius 15 000 M. Abfindung und für den Prinzen Plauen seien 1300 M. Begräbnislosten gezahlt worden. Von zwei elektrischen Werken seien Anträge auf Genehmigung des Baues einer elektrischen Schnellbahn Berlin-Hamburg gestellt worden, die Projekte seien aber noch nicht ausreichend begründet gewesen. Man habe auch Versuche mit Motorwagen gemacht; diese seien aber dem Publikum nicht sympathisch. Versuche zwecks Verbesserung der Bremsen usw. seien noch im Gange. Die Frage der Heizung und Beleuchtung sei ein schwieriges Problem; es sei nicht in Aussicht genommen, sämtliche Wagen mit elektrischer Beleuchtung zu versehen. Unsere Beleuchtung sei immer noch besser als die im Auslande.

Ministerialdirektor Wiedner machte dann Ausführungen über den Tunnel in Altenbeken.

Von konservativer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Gepädabfertigung erleichtert werden müsse, daß die Schnellzug-zuschläge auf nahe Entfernungen ganz besonders schwer wirken. Hinsichtlich der Fahrkarten möchte man für die Folge jede mögliche Erleichterung beim Verkauf und bei Erhebung von Zuschlägen eintreten lassen, ebenso auch hinsichtlich der Fahrunterbrechung. Die Regierung hält das jetzige System für erheblich vereinfacht. Bei der Reform müßte Preußen nur wenige Entfernungszone haben wollen, sei aber damit nicht durchgedrungen. Schnellzugzuschläge seien nur ein gerechter Ausgleich gegen höhere Tarife im Auslande. Die Frage der Vereinfachung von Fahrunterbrechungen werde bei Einführung der Reform anders geregelt, vielleicht beseitigt werden. — Von konservativer Seite wird auf die Bedeutung schwankender Einnahmen der Eisenbahn für Preußens Finanzen hingewiesen. Gerade die Budgetkommission sollte auf Sparsamkeit dringen. Mit der Steigerung der Anschaffung von Betriebsmitteln müsse schließlich auch vorsichtig vorgegangen werden; denn zweifellos werde die Zeit wieder herankommen, wo der Andrang geringer werde. Die Tarifreform sei herbeizuwünschen, aber sie solle möglichst in sich geschlossen sein; da käme es auf einige Monate nicht an. Vor allem müsse Vereinfachung eintreten und viele Sonntagstagen seien von zweifelhaftem Wert. (1) Bei der Betriebsmittelgemeinschaft solle man sehr nüchtern und vorsichtig vorgehen. — Von nationalliberaler Seite wird der Wunsch ausgesprochen, einmal genau festzustellen, wieviel die Staatsbahnanschuld wirklich betrage. Die Entwicklung sei durchaus nicht übermäßig, sondern ziemlich gleichmäßig gestiegen. Man wird ebenso erwarten müssen, daß auch die Ausgaben in gleichem Maße steigen werden. Die Kanäle müßten auf erheblich größere Mengen eingerichtet werden. Die Erhöhung des Ordinariusums stehe nicht im Einklang mit der Steigerung des Güterverkehrs. Es müßte nicht nur der Abgang an Betriebsmitteln gedeckt, sondern eine größere Verstärkung angestrebt werden. Im Anschluß an den Einmarsch des Tunnels bei Altenbeken wird angeregt, in der Folge bei Anlage von Tunnels die Geologen zu Rate zu ziehen. — Minister v. Budge führt aus, es sei bereits durch Ministerialerlaß ganz allgemein angeordnet, bei jeder Anlage die geologische Landesansicht zu Rate zu ziehen. Ferner sei eine periodische Untersuchung aller Tunnels angeordnet. Elektrischer Betrieb solle für Hamburg-Blankenese eingerichtet werden.

Für die Stadtbahn Berlin seien die Studien im Gange. Es könne dabei bei der Kostspieligkeit der Sache nichts überstürzt werden. Von liberaler Seite wird den Ausführungen anderer Redner hinsichtlich nötiger Sparsamkeit zugestimmt. Hinsichtlich des Gepäd-reformtarifs wird um Vereinfachung und Vereinfachung ersucht. Der Minister erwidert, daß auch ihm der Gedanke nicht völlig gefalle. Er sei aber durch den Beschluß des Landtags hinsichtlich des finanziellen Effekts gebunden, und er müsse den Gedanke-tarif als Kompromiß ansehen, den er für besser halte, als wenn gar nichts erreicht sei. Der Berichterstatter hebt nochmals

heraus, daß er auf große Sparsamkeit drängen müsse und den Wunsch überflüssiger Gestaltung des Etats teile.

Die Budgetkommission des Abgeordneten-hauses legte am Montag die Beratung des Etats der Eisenbahnerverwaltung fort. Unter den Ausgaben weist der Etat eine Million Zuschuß zur Pensionskasse auf.

Von nationalliberaler Seite wird die umsichtige Fürsorge des Ministers für die Beamten und Arbeiter anerkannt. Der Minister erwidert, daß die Verhältnisse der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten nicht zu vergleichen seien mit den Massen-arbeitern der Industrie. Ueberall, wo aufstrebende Arbeit im Eisenbahndienst zu leisten ist, sei der Dienst nicht länger als 9 Stunden. So 15 Stunden geleistet werden, handele es sich um Personal, das vielleicht 4—5 Jüge am Tage vorbeifahren zu lassen und sonst wenig zu tun hat. Vielfach würden aber Beamte in verantwortungsvoller Stellung auf eigenen Wunsch auf 15 Stunden täglichen Dienst gestellt, um ihnen dafür umso mehr ganz freie Tage zu gewähren.

Es sei übrigens festgestellt, daß dort, wo 16 Stunden Dienst gewesen sind, die Unfälle in den ersten 8 Dienststunden 77 Proz., in den dritten 4 Dienststunden 21 Proz., in den letzten nur 2 Proz. betragen haben. Von konservativer Seite wird auf die Einflüsse hingewiesen, die die Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden auf die gesamten Verhältnisse der Privatindustrie haben müsse. Der Minister erwidert, daß er diesen Einfluß nur in beschränkter Weise anerkennen könne, da die Staatsbahnerverwaltung nur 4,50 M. Tagelohn für 9 Stunden zahle.

Aus der Partei.

Seine einjährige Gefängnisstrafe hat am Montag mittag Genosse Löbe angetreten und zwar in Bohlau, da ein Besuch unseres Genossen, die Strafe im Breslauer Zentralgefängnis verbüßen zu dürfen, von der Staatsanwaltschaft mit der nackten Begründung abgelehnt worden ist, daß kein Grund vorliege, mit Löbe eine Ausnahme zu machen. Öffentlich wird Löbe durch seine lange Strafe keinen körperlichen Schaden nehmen, dann wird er trotz dieser „Abschreckung“ ungebrochenen Mutes wieder vorn in den Reihen der kämpfenden Proletarier stehen.

Ein Mißbilligungsvotum hat eine stark besuchte Mitglieder-versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Darmstadt dem Genossen Exner wegen seines Ganges zum Großherzog ausgesprochen. Infolge dieses Votums legte Exner sein Reichstags- und Stadtverordnetenmandat nieder.

Ueber die mangelnde Anwesenheit der Fraktion

Bei der beabsichtigten Besprechung der „Vorfurcia“-Affäre im Reichstag schreibt Genosse Wilhelm Schmidt der Frankfurter „Volkstimme“ aus dem Reichstag:

„In einer wahrhaft fatalen, ja beschämenden Situation befinden sich am Dienstag die zu Beginn der Plenarsitzung des Reichstags anwesenden Mitglieder unserer Fraktion. Es galt, den Antrag auf Unterstützung der Besprechung der „Vorfurcia“-Interpellation, deren Beantwortung der Vertreter des Reichskanzlers, Graf Posadowski abgelehnt hatte, zu unterstützen. Infolge der aronisch gemordenen Abwesenheit der großen Mehrzahl der Reichsboten, namentlich zu Anfang der Sitzungen, ein Uebel, das auch in unserer Fraktion immer mehr Platz griff, gelang es nicht, die erforderliche Zahl von 50 Mitgliedern zur Unterstützung des Antrags Singer zu gewinnen. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren nur etwa 15 bis 16 Mitglieder, von der Zentrumspartei etwa 17 bis 18 und von den Freisinnigen drei Mitglieder im Saale; im ganzen konnte man etwa 37 zählen, die für den Antrag eintraten; sämtliche anwesenden Zentrumseule sowie die Freisinnigen taten es; die Nationalliberalen, die verhältnismäßig stärker vertreten waren, blieben sitzen. Etwa sechs bis sieben unserer Fraktionsgenossen, die vorher in Kommissionen tätig waren, trafen zu spät ein, obwohl Präsident Valeskem ziemlich lange die Sammelglocken ertönen ließ; sie waren in der Bibliothek oder im Schreibzimmer und glaubten die Diskussion schon im Gange. Sie hatten wohl nicht mit der Möglichkeit der Ablehnung einer Beantwortung gerechnet und sich wohl auch nicht die Bestimmungen der Geschäftsordnung für solche Fälle vergegenwärtigt. Einige meinten nämlich später, Singer hätte gleichzeitig die Beschlussfähigkeit bezweifeln sollen. Das geht aber nur vor Abstimmungen über Anträge, nicht bei Unterstützung solcher; und bei Interpellationen sind zudem weitere Anträge durch die Geschäftsordnung überhaupt ausgeschlossen. Leider war jedoch veräußert (!) worden, die am Montag nicht anwesenden Fraktionsgenossen telegraphisch zu beordern, sonst wäre es wohl möglich geworden, aus unseren eigenen Reihen die nötige Zahl zusammenzubringen. Bei einer Stärke von 78 Mitgliedern muß das gelingen. Auf alle Fälle wird der Vorgang zur eindringlichen Mahnung dienen, damit dergleichen nicht wieder bei uns vorkommt.“

Das „Hamburger Echo“ meint:

„Es ist voranzusehen, daß das für die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion geradezu beschämende Resultat der Abstimmung gleich zu Beginn der heutigen Sitzung sehr viel Staub in der Partei aufwirbeln wird. Wir begnügen uns, die bedauerliche Tatsache zu konstatieren und enthalten uns einseitigen des näheren Eingehens darauf. Aber wir erwarten, daß die Fraktion sofort eine klare und rückichtslose Darlegung gibt, wie dieser blamable Vorfall kommen konnte.“

Die Magdeburger „Volkstimme“ bemerkt noch:

„Nebst dem darf man sich wohl auch einmal die Frage erlauben, zu was eigentlich die Fraktion einen besoldeten Sekretär besitzt, wenn bei einer so wichtigen Angelegenheit veräußert wird, die Fraktionsmitglieder telegraphisch nach Berlin zu beordern.“ — Unser Frankfurter Parteiblatt stellt eine ähnliche Frage.

Ein Mangel hat der Fall zweifellos aufgedeckt. Aber den Fraktionssekretär trifft die Schuld nicht. Er hat seine Verechtigungen, die Mitglieder zusammenzurufen. Die telegraphische Beorderung derselben geschieht auf Ansuchen der Fraktion durch das Reichstagsbureau. Auf diesem Wege geschieht die Verurteilung kostenfrei und viel rascher als durch Privattelegramme. Die Depeschen des Reichstagsbureaus nämlich genießen als amtliche den Vorzug der Gebührenfreiheit und werden selbst schneller als „bringende“ Privattelegramme befördert.

Reorganisation der Hamburger Partei.

Entsprechend den in den Mitgliederversammlungen der drei Hamburger Parteivereine gegebenen Anregungen haben die vereinigten Vorstände dieser Vereine ein „Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Hamburgs“ entworfen, über das in einer demnächst einzuberufenden kombinierten Mitgliederversammlung Beschluß gefaßt werden soll. Bisher bestand unter den drei Vereinen nur ein loser Zusammenhang, die höchste Instanz bildete die kombinierte Mitglieder-versammlung, deren Kompetenz sich nur in einem engen Rahmen bewegte. Jetzt sollen die drei Vereine zu einer Landes-organisation zusammengeschlossen werden, wie es in § 1 des Organisationsentwurfs heißt. Der Zweck der Organisation soll erreicht werden durch: a) Vorbereitung zu allen Wahlen, b) Veranstaltung von Versammlungen, Herausgabe von Flugblätter und Vertrieb geeigneter Schriften, c) Führung der Kassengeschäfte Hamburgs, d) Vermittlung von Referenten und e) Verwaltung gemeinsamer Einrichtungen. Das Beitrittsgeld zu den Vereinen beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 10 Pfennig. Die Abänderung der Beiträge kann nur durch die Generalversammlung erfolgen. Alle Ausgaben für die Landesorganisation werden von den Vereinen ge-

meinsam getragen. Den Vorstand der neuen Organisation bilden die aus je sechs Personen, darunter eine weibliche, bestehenden Vorstände der drei Parteivereine. Die Geschäftsführung wird von besoldeten Beamten beverestelligt. Die Generalversammlung setzt sich zusammen aus den Parteifunktionären, den Mitgliedern der Preh-kommission, je einem Mitgliede des Parteigeschäfts und der Redaktion des „Hamb. Echo“, den drei Reichstagsabgeordneten und der sozialdemokratischen Bürgerfraktion. Die gefaßten Beschlüsse sind bindend für die drei Parteivereine.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, den 12. Februar.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorstand der Versammlung vorlegte, ist zu entnehmen, daß der Bund mit einem Mitgliederbestand von über 270 000 gegenwärtig abschließt.

Der Versammlung liegt folgende Resolution vor:

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte dankt dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn preussischen Landwirtschaftsminister dafür, daß sie trotz der Angriffe, die ihnen zuteil geworden sind, doch die veterinärpolizeilichen Schutzbestimmungen im Interesse der deutschen Viehzucht aufrecht erhalten haben. Sie haben dadurch nicht nur der deutschen Landwirtschaft, sondern auch dem Lande selbst unschätzbare Dienste geleistet.

Durch die Maßnahmen der Regierung in der letzten Zeit hat sich nach und nach wieder das Vertrauen zur Regierung in landwirtschaftsfeindlichen Kreisen zu entwickeln begonnen. Wir bitten den Herrn Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß dieses Vertrauen sich immer mehr stärken kann und daß Maßnahmen vermieden werden, welche diese Entwicklung zu stören geeignet sind.

So bitten wir vor allem, daß das Reich und die Regierungen der Einzelstaaten mit Nachdruck darauf bedacht sind, die deutsche Landwirtschaft im Interesse des Vaterlandes weiter zu fördern, den Mittelstand durch geeignete Einrichtungen vor seiner Auflösung zu bewahren, ihn im Gegenteile zu stärken und zu fördern, bei der Regelung der weiteren Beziehungen Deutschlands zum Auslande, den Empfindungen der nationalen Kreise des Volkes Rechnung tragend, in keiner Hinsicht nachzugeben, wo das Nachgeben mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands unvereinbar und nicht durch entsprechende Gegenleistungen begründet erscheint.

Die schwersten sachlichen und grundsätzlichen Bedenken hegt die Generalversammlung gegen die Einführung einer Reichserbschaftsteuer. In der Ueberzeugung, daß die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Eltern, Kinder und Gatten der deutschen Auffassung von der Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Familie aufs schärfste widerspricht, erklärt sie sich unbedingt gegen eine solche etwa geplante Ausdehnung der Steuer.

Kurz nach 12 1/2 Uhr eröffnete der zweite Bundesvorsitzende, der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Koeske-Görddorf, die 13. Generalversammlung und führte aus: Im vorigen Jahre legten wir Ihnen bei Abschluß der Handelsverträge die Frage vor, ob der Bund damit seine Aufgabe erfüllt habe und jetzt abtreten kann. Sie haben diese Frage verneint, und die Vorgänge seit der letzten Generalversammlung zeigten, wie recht Sie hatten; denn wir erlebten im letzten Sommer, daß der alte Landeshüter der gegnerischen Presse, der sogenannte Fleischnormmel, wieder in erneuter Auflage hervorgeholt wurde. Dieser alte Normmel wird ja jedesmal in der Sauren Gurgelzeit hervorgeholt. Aber es ist uns gelungen, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen! (Stürmischer Beifall.) Der Herr Landwirtschaftsminister wird gemerkt haben, daß es gut ist,

wahlorganisierte Freunde

zu haben! (Lebhafter Beifall.)

Die revolutionären Wogen in unserem Nachbarreiche haben auch zu uns ihre Wellen herübergeschlagen. Die Vorgänge der auswärtigen Politik zeigen, wie notwendig das kaiserliche Wort war: Das Pulver trocken, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt! (Bravo!) Um unser Vaterland zu schützen, bedarf es aber vor allem eines deutschen Bauernstandes, dem es ermöglicht bleibt, das deutsche Volk zu ernähren. (Beifall.) Und auch gegenüber der Revolution gibt der deutsche Bauernstand den besten Schutz. (Stürmischer Beifall.) Solange noch der deutsche Bauer da ist, solange wird es noch so vielen Demonstrationenversammlungen und noch so vielen Jügen der Sozialdemokratie vor das Schloß nicht gelingen, unsere Verfassung umzustürzen oder

unsere Throne wackeln zu machen!

(Donnernder Beifall.)

Redner gedenkt der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars und bringt ein Hoch auf den Kaiser und die deutschen Fürsten aus. (Die Versammlung stimmte stürmisch in das Hoch ein.)

Fehr v. Wangenheim-Klein-Spiegel, erster Vorsitzender: Unsere Stellung zu den leitenden Regierungskreisen ist eine andere geworden, und wir hoffen, sie wird mit der Zeit eine noch bessere werden! (Lebhaftes Bravo!)

Wir tragen uns mit der Hoffnung, daß es dem Zusammenwirken von Industrie und Landwirtschaft gelingen werde, auch den deutschen irregulierten Arbeiter uns zu gemeinsamer deutsch-nationaler Arbeit zuzuführen. (Stürmischer Beifall.) In keinem Lande der Welt wird so viel für die Arbeiter getan. (Sehr wahr!) und in keinem Lande der Welt wird das von den Arbeitern so

mit Dank gelohnt.

(Stürmischer Beifall.) Dankbar sind wir dem Kanzler für seine Stellung gegen den Umsturz. Wir hoffen aber, daß den Worten nun auch die

Taten

folgen werden! (Lebhafter Beifall.) Es ist ja wie ein Treppchen der Weltgeschichte, daß gerade die wenigen republikanischen Gebilde im Reiche die ersten waren, die sich

gestungen

sahen, gegenüber dem revolutionären Ansturm das Wohlrecht zu ändern, um sich zu schützen! (Lebhafter Beifall.) Wir können den alten hanseatischen Mut nur bewundern, der nicht kampflos seine Position aufgeben will. (Bravo!) Wir wollen hoffen, daß die anderen Staaten, die die Schranken des Wohlrechtes noch mehr öffnen wollen, zur Erkenntnis kommen, auf welche verhängnisvoller Bahn sie sich befinden! (Sehr richtig!) Ich liebe es nicht, in Antisemitismus zu machen. Es kommt gewöhnlich dabei nicht viel raus. Aber die Arbeiter und gewerblichen Stände sollten sich doch klar machen: Wer sind die Führer auf dem Wege zur Revolution, nicht nur in Rußland, sondern auch bei uns? (Stürmische Zurufe: Juden! Juden!)

Fehr v. Wangenheim gedenkt dann auch der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars und verleiht die Treue und Dankbarkeit der deutschen Bauern.

Mit stürmischem Beifall begrüßt dann das Wort Reichsritter Eder v. Hohenbium: Wir haben in Oesterreich von Ihnen gelernt, agrarisch zu fühlen! (Stürmischer Beifall.) Eine goldene Internationale richtet ihr Denken und Fühlen darauf, uns unseren Boden abzuwindeln und dann selbst agrarisch zu werden. (Großes Gelächter.) Wie bei Ihnen stehen auch bei uns an der Spitze der roten Internationale (Ruf: Die Juden! Minuten-langer dröhnender Beifall.)

Den Geschäftsbericht gibt Dr. Dieckhoff an: Im Grunde gibt es nur drei große Machtfactoren: das Zentrum, die Sozialdemokratie und den Bund der Landwirte.

Redner stellte den Landwirten die Opferwilligkeit der Sozialdemokratie vor und mahnte zu kräftigerer Weiterarbeit. Wenn sich das verheerete Proletariat wieder einmal zusammenrotten sollte, dann müßte Se. Majestät die Mitglieder des Bundes der Landwirte nach Berlin berufen. (Donnernder Beifall.) Sie würden allein imstande sein, der Gefahr zu begegnen. (Beifall.)

Gutsbesitzer aus dem Winkel, Logau sprach über

„Die sogenannte Fleischsteuer.“

Nicht nur die Schlachtungen haben außerordentlich zugenommen (um 1 400 000 Zentner), sondern auch die Einfuhr (um 400 000 Zentner).

Godonn sprach, mit stürmischem Beifall begrüßt, Reichs- und Landtagsabgeordneter v. Oldenburg-Jamkau über: „Unsere Handelsbeziehungen zu den Nichtvertragsländern.“ Er findet in dem Provisorium mit Amerika etwas Bedenkliches. Wir brauchen es bei den Verhandlungen mit Amerika nicht so eilig zu haben. Fürst Bälou könnte in seinem Palais einmal nachsehen lassen, ob nicht noch ein Paar Kürassierhiesel vom alten Bismarck

sich finden. (Stürmische Heiterkeit.) Was Holland, Dänemark und Schweden anbetrifft, so stehen wir uns bei der Meistbegünstigung vom landwirtschaftlichen Standpunkt sehr gut. Nützlich ist aber ein Risch- und Malmsoll. (Beifall.) Wenn Verträge geschlossen werden sollten auf Kosten der Landwirtschaft, so müssen wir darauf aufmerksam machen, daß wir dann in einem unserer Lebensnerven getroffen werden. Und

das können wir uns nicht gefallen lassen!

(Stürmischer Beifall.)

Was ist ein Agrarier? Landwirte sind wir hier alle; Agrarier aber sind diejenigen, die die Courage haben, die Katanien auch für diejenigen ihrer Kollegen aus dem Feuer zu holen. (Stürmischer Beifall) die selber

zu schwach dazu

sind! (Stürmische Zustimmung.)

Als weiterer Redner sprach der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Hertel, Berlin über: „Die Reichssteuerverordnungen“:

Steuer suchen ist nicht schwer,

Steuern fordern aber sehr,

Steuern zahlen noch viel mehr!

(Heiterkeit.) Eine wirkliche Finanzreform sei ohne Spiritusmonopol und Tabakmonopol

unmöglich.

Wenn die Sozialdemokratie ebenso wie mit der Begründung von dem Selbstlächer der armen Wälderin die Importen der Besucher des Jenerer Parteitagess schützen wollte, so muß man das ihr überlassen. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Noch sympathischer ist mir die Zigarettensteuer, schon weil die Zigarette einen

Stich in das Orientalische

hat. (Stürmische Heiterkeit.) Die Prachturkundensteuer ist eine Belastung, auch der Landwirtschaft. Der Fahrartenstempel, sei es die Stoffelung oder die Kilometersteuer, hat nichts Unbilliges.

Nur begreife ich nicht, wie man die Schiffsfahrkarten frei lassen konnte. Der Ozeanbummler kann schon die kleine Steuer zahlen. (Auf: Hallen Beifall.)

Aber eine Steuer sehe ich mit den schönsten Augen an: Die Reichsberufssteuern! (Beifall.) Ich erimere an die verschuldeten Höfe. (Lebhafte Beifall.) Vor allem Erhöhung der Einkommensteuer. — Weiter wünschen wir einen Kollisionsfahrpass, endlich eine

Reichswehrsteuer.

Es folgt die

„Besprechung“.

Ein Bauer von der Insel Rühmarn überreichte eine von den Frauen und Jungfrauen von Rühmarn gestiftete Bundesfahne.

(Stürmischer Beifall.) v. Machy aus Oelsitz bei Breslau stellt sich als katholischer Landwirt vor und als Angehöriger der Zentrumspartei.

Reichstagsabgeordneter Graf Reventlow, stürmisch begrüßt: Um gute Beziehungen zu Amerika zu erhalten, genügt es nicht, Professoren auszutauschen, drüben

galante Schiffstausen

abhalten zu lassen und amerikanischen Kapitalisten, wenn sie sich in Deutschland blicken lassen,

mit gekrümmtem Rücken

Ehrfurcht zu bezeugen. (Heiterkeit und Beifall.)

Redakteur Schrempf-Stuttgart überbringt Grüße aus Schwaben. Gleich geschah von anderen Rednern aus verschiedenen Landes-teilen.

Reichstagsabgeordneter Liebermann v. Sonnenberg, mit lautem Beifall begrüßt, fährt aus: Er nehme auch nicht gern antisemitische Schlagworte in den Mund. (Heiterkeit.) Gottseidant.

das haben wir nicht mehr nötig!

Bei den nächsten Reichstagswahlen müsse sich die ganze Rechte zusammenschließen. (Wavol) Dem Feinde müßten die Siege abgenommen werden.

Dr. Köhler läßt über die Resolution abstimmen, gegen die sich keine Hand erhebt. Mit Dankworten scheidet Dr. Köhler unter einem Hoch auf das deutsche Vaterland um 5 Uhr die Bundes-versammlung.

Aus Industrie und Handel.

In der Burgstraße ist der Influenza-Virus heimisch geworden, der auch den dieselbigen Dyrnisten gepakt hat. Alles ist verschminkt. Die ungünstigen Nachrichten von der „Friedens“-Konferenz in Algiciras, die zentralamerikanischen Steuererträge, Nachrichten aus Amerika, eine Anspannung am Londoner Geldmarkt und manche anderen Momente verschminkten die Börse; die Kurse sanken. Wohl wurde vereinzelt versucht, die Stimmung zu heben, aber es wollte nicht glücken, umso weniger als auch die Situation in Russland für die Prozentmacher ungünstiger denn je geschätzt wird. Alle potentiellen Käufer der russischen Regierung können über den miserablen Stand der russischen Finanzen nicht mehr täuschen und die schon gefährdeten Saatenstandsberichte kranken nicht das einmal stark gewordene Risiko-trauen.

Letzte Dividende. Der Aufsichtsrat der Eisenbahn Vorstand-Fabrikanten beschloß in seiner gestrigen Sitzung, für das Geschäftsjahr 1905 die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahre bei größeren Abschreibungen der General-versammlung vorzuschlagen.

Die Goldproduktion der Welt im Jahre 1905. Nach den von dem Direktor der Münze veröffentlichten vorläufigen Zahlen über die Gold- und Silberproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika wird die Goldproduktion für das Jahr 1905 auf 89 387 700 Dollar geschätzt. Gegenüber dem Jahre 1904 bedeutet dies ein Mehr von über 6 000 000 Dollar. Die bedeutendste Zunahme weist Alaska auf, wo dieselbe 5 845 900 Dollar erreichte und fast allein auf die Goldproduktion im Tanana und Fairbanks-district entfällt. Die Rangordnung innerhalb der hauptsächlichsten Goldproduktionsstaaten und -districte hat sich gegenüber dem Jahre 1904 nicht verändert. Colorado blieb an erster Stelle mit einer Zunahme von 937 500 Dollar. An zweiter Stelle erscheint Kalifornien, das indessen 1 607 000 Dollar weniger aufweist. Alaska, dessen erhebliche Zunahme in der Goldproduktion bereits erwähnt wurde, behauptet den dritten Platz. Südadaota und Montana, die an vierter und fünfter Stelle stehen, weisen einen geringen Rückgang in der Goldproduktion auf, während wesentliche Zunahmen Nevada und Utah und geringere Arizona und Idaho zeigen.

Eine Schätzung der Goldproduktion der Welt im Jahre 1905, einschließend der der Vereinigten Staaten gibt Frederic Hobart in einem in „Engineering and Mining Journal“ abgedruckten Artikel. Nach diesem erreichte die Goldproduktion im Jahre 1905 875 465 810 Dollar. Im Vergleich zum Jahre 1904 ist dies eine

Zunahme von über 28 000 000 Dollar, trotzdem dieses Jahr bereits einen Rekord für mehrere Jahre geschaffen hatte.

Berschön mein Haus... Die Haltung der verschiedenen Interessengruppen zu den Steuerentwürfen zeigt recht deutlich, daß gerade bei den Gegnern der Sozialdemokratie, bei den Verbannern des Historismus, der Idee, trasse Materialismus die Triebfeder ist, doch man unter der Flagge: Volkswohl und nationale Interessen lediglich Vorleimonopol treibt. Die Junker sind große Freunde aller Böse auf Konsumartikel. Bei der Frage der Mehrbelastung des Tabaks verbiten sie sich aber entschieden, auch dem heimischen Tabakbau — das heißt den Tabakbauern, größere Opfer aufzuerlegen. Die Agrarier sind weiter natürlich auch für alle Verlehrssteuern zu haben. Der Erbschaftsteuer schwören sie Tod und Verderben. Der Zentrumpolitik und den schwarzen Zielen der Merkanten entspricht es, sich im allgemeinen den agrarischen Steuerforderungen anzuschließen. Doch die Brauereien und Tabakfabriken Gegner der respektiven Steuern sind, ist erklärlich, daß aber aus diesen Kreisen Protest erhoben wird aus allgemeinem Interesse, daran ist nicht zu denken, sie verwerfen die Steuer, weil sie glauben, diese nicht auf die Konsumenten abwälzen zu können. Die Mehrzahl der großen Handelskammern dagegen — so jetzt auch die Leipziger — stimmt der Bier- und Tabaksteuer zu, verwohnt sich aber gegen die geplante Hofarten-, Fruchturkunden- und Leinwandsteuer. So bringt jede Interessengruppe getreue Opfer — die von anderen getragen werden, und man schimpft auf die Sozialdemokratie, weil diese solche „nationale“ Politik nicht mitmachen will, sondern immer mit der Forderung einer Reichseinkommensteuer hervortritt, durch welche jede Schulter nach ihrer Leistung belastet wird.

Nur 20 Prozent Dividende, gegen 15 Prozent im Vorjahre, bringt diesmal das Braunkohlenbergwerk Karoline bei Oßleben zur Verteilung. Das günstige Resultat wurde erzielt, obwohl man diesmal 180 000 M. mehr als bei der vorjährigen Abrechnung für Rückstellungen abschrieb. Da steht man die fürchterlichen Folgen der — „gestiegenen“ Arbeiterlöhne und der „erdrückenden“ sozialen Lasten.

Das Problem der Versorgung mit elektrischer Energie steht im rheinisch-westfälischen Industriegebiete dauernd im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die Herren Stinnes und Thyssen machen die größten Anstrengungen, ein vollständiges Monopol in ihre Hände zu bringen. Sie haben neben dem bedeutenden Werk in Essen, noch eine Reihe anderer Elektrizitätswerke unter ihre Kontrolle gebracht und mit vielen Gemeinden um langfristige Lieferungsverträge geschlossen. Um den entsprechenden Einfluß auf die in ihrem Machtbereich betriebenen elektrischen Bahnen zu gewinnen, kaufen sie Anteile derselben in bedeutender Höhe auf. Verschiedene kommunale Projekte, durch welche man sich den Monopolumstellungen entwinden wollte, fielen, wohl nicht ohne von jener Seite geförderte Unterdrückungen, ins Wasser. Jetzt tobt ein Kampf um die Verrückung des Hagener Gebiets. Die genannten Monopolisten und die Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin-Hagen, stehen sich als Konkurrenten gegenüber. Der Verein der märkischen Kleinrentenindustrie, dem 180 Firmen angehören, will nun in einer Versammlung den Konkurrenten Gelegenheiten geben, ihre Projekte zu entwickeln. Siegt die Monopolgruppe, dann ist man in der Richtung des erstrebten Zieles einen tüchtigen Schritt weiter gekommen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen fahrlässigen Preßvergehens ist am 5. Juni d. J. von der Strafkammer in Sorau der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse Richard Perner in Forst, zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt worden. Er hatte aus einem Berichte in der Korrektur drei beleidigende Worte gestrichen, sich aber nicht davon überzeugt, daß der Seher sie auch wirklich entfernt hatte. Tatsächlich waren sie dann stehen geblieben. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil unter Aufrechterhaltung der Feststellungen auf, weil die Strafzumessungsgründe nicht rechtsirrtumfrei sind und der die Einziehung und Androhungsbarmachung betreffende Teil des Urteils nicht genügend begründet ist. — Die prinzipiell wichtige Frage ist vom Reichsgericht nicht entschieden. Eine Verurteilung wegen eines derartigen Delikts verkennt die technische Heiligkeit einer Zeitung. Diese macht die Revision einer Korrektur fast unmöglich.

Mehrere Fälle von Paletotdiebstählen gelangten gestern vor den verschiedenen Strafkammern des Landgerichts I zur Verhandlung. Einen trüben Einblick in das studentische Proletariat bot hierbei eine Anklage gegen den 26-jährigen Studenten Alexander W. Olfenick, welcher aus der Haft der ersten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Im November und Dezember d. J. wurden in den Korridoren der Universität und der Technischen Hochschule in Charlottenburg eine große Anzahl Paletotdiebstähle verübt, ohne daß es gelang, des Täters habhaft zu werden. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß in verschiedenen Pandaläden in der „Königs- und Chausseestraße von einem Studenten Olfenick Paletots derbeht worden waren. Der Angeklagte wurde daraufhin beobachtet und bei der Begehung eines neuen Paletotdiebstahls in der Universität festgenommen. Er bestritt anfänglich die Ablicht einer rechtswidrigen Aneignung, räumte jedoch schließlich fünf Diebstähle ein. Vor Gericht wiederholte der Angeklagte sein Beständnis und erklärte auch unter Tränen, daß ihn nur die bitterste Not zu den Diebstählen verleitet habe. Sein Vater wäre früher Gutsbesitzer gewesen und lebe jetzt als Rentier in Königsberg. Nachdem er zwei Semester in Breslau studiert habe, wäre er dann bei der Technischen Hochschule in Charlottenburg immatrikuliert worden. Als er Ostern 1905 sein Examen nicht gemacht habe, wäre er mit seinem Vater in Streitigkeiten gekommen, die zu einem vollständigen Bruch geführt hätten. Sein Vater habe ihn von diesem Zeitpunkt an jede Unterstützung entzogen. Er habe versucht, sich durch Ueberebungen und durch Ausführung technischer Arbeiten über Wasser zu halten. Als er nach und nach sämtliche Wertpapiere veräußert habe, um nicht Hunger zu leiden, sei er eines Tages von seiner Wirtin ermittelte worden. Um in der bitteren Kälte wenigstens eine warme Stube zu haben, habe er sich verzeihen lassen, den ersten Paletotdiebstahl zu begehen, dem bald die übrigen gefolgt wären. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Notlage des Angeklagten, die ihn zum Diebstahl verleitet habe, eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Zwei Pseudostudenten, die ebenfalls als Paletot-marder „gearbeitet“ hatten, mußten sich in den Personen des „Handlungsgehilfen“ Franz Grünwald und des „Johannes“ Erich Koch vor dem Strafrichter verantworten. Beide wurden beschuldigt, gemeinschaftlich in den Räumen der Friedrich-Wilhelms-Universität und der Technischen Hochschule Paletotdiebstähle verübt zu haben. Die Angeklagten wurden von Kriminalbeamten beobachtet, wie sie sich, mit Studentenmützen bedeckt, in der Weste „Bierzettel“ in den Farben einer hiesigen Verbindung, in auffälliger Weise vor der Universität bewegten. Koch hatte sich außerdem noch künstlich einen „Schmiss“ auf der linken Wange beigebracht. Vor Gericht war Grünwald geständig, während Koch jede Schuld bestritt, jedoch von G. stark belastet wurde. Der Gerichtshof hielt die Angaben des Mitangeklagten für nicht ausreichend, um den bisher unbefohlenen Koch zu überführen und sprach diesen Angeklagten mangels genügenden Beweises frei und erkannte gegen Grünwald auf ein Jahr Gefängnis.

Auf frischer Tat wurde am 11. Dezember d. J. ein Paletotmarder durch die Aufmerksamkeit des Geschäftsführers Zager im „Kaiser-Café“ abgefaßt. Gegen Abend betrat ein besser gekleideter Herr mit einer Dame das Café. Nach einiger Zeit verließen beide das Lokal. Der „Chemann“ ließ sich in aller Gemütsruhe von dem Kellner in einen Paletot hineinheften. Zufällig hatte der Geschäftsführer jedoch bemerkt, daß der Verlehdene mit einem schabigen Sommerüberzieher das Lokal betreten hatte, es nunmehr aber mit einem anderen wertvollen Paletot verlassen wollte. Als der Gast auf diese Verwechslung aufmerksam gemacht wurde, tat er noch sehr ent-

rüßet, mußte sich jedoch schließlich bequemen, dem Paletot wieder auszuweichen, da ein anderer Gast sein Eigentum reklamirte. Auf der Polizeiwache erkannte man den Marder als den schon mit Zucht-haus bestrafte „Kaufmann“ Franz Z. Hiel. Vor der siebenten Strafkammer war Z. gestern wegen Mißfalldiebstahls angefaßt. Er behauptete, in völlig betrunkenem Zustande in das „Kaiser-Café“ gekommen zu sein. Als die Zeugen dies widerlegten, behauptete der Angeklagte, durch Schläge auf den Kopf, die ihn ein Mißgefangener im Zucht-haus berührt habe, gestohlenen geworden zu sein. Der Gefängnisarzt, Medizinalarzt Dr. Hoffmann, wurde beauftragt, den Angeklagten im Untersuchungsgefängnis auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Dann soll ein neuer Termin anberaumt werden.

Statt Zahlung Kasse! Der Tischlermeister Hermann Weber ist in zwei Instanzen von der Anklage wegen Diebstahls freigesprochen worden. Weber hatte Tischlerarbeiten für den Architekten Trinklender übernommen. Als dieser nicht zahlte, ließ Weber kurzerhand aus dem Neubau Veitshofenstr. 39/41 durch seine Gesellen 33 Türen, 2 Fenster und 2 Fensterbänke fortnehmen und verkaufen. Trinklender erstattete Anzeige; aber sowohl vom Schöffengericht als auch von der Strafkammer wurde W. freigesprochen. Das Schöffengericht nahm an, daß die Gegenstände noch nicht eingeleitet gewesen, im Eigentum des Angeklagten verblieben seien, mithin noch nicht in den Besitz des Z. übergegangen seien. Die Strafkammer nahm an, daß dem Weber zum mindelsten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungswelt fehlt habe, worauf der Staatsanwalt die Verurteilung zurückzog. — Die Freisprechung entspricht dem allgemeinen Rechtsempfinden. Wenn dem Schuldner gar noch Strafschuld gewährt wäre, so könnte das geradezu als Prämie für Nichtzahlung wirken. Die Anklage war also überflüssig.

Der Willkommensgruß in der Bezirksarmenanstalt zu Tauscha. Wegen vorläufiger Körperverletzung im Amte ist am 17. April v. J. vom Landgerichte Leipzig der frühere Bezirksamtsaufseher Paul Seifert in Tauscha zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. In Tauscha befindet sich eine Bezirksarmenanstalt für Sieche, Geisteskrante und Korrekturende beider Geschlechter. Der Anstaltsaufseher hat Disziplin zu üben, aber körperliche Plünderungen nicht vorzunehmen, ebensowenig wie der Hausverwalter. Seifert war seit September 1903 Aufseher. Wie festgestellt ist, hat er wiederholt — es handelte sich um sieben Fälle — neu eingelieferten Personen Schläge als Willkommen bereitet! Im ganzen sind zehn Körperverletzungen festgestellt. Der Angeklagte hat mit der Hand geschlagen, mit dem Schlüsselbunde ins Gesicht und mit dem Seitengewehr aufs Kreuz. In zwei Fällen hatten die Schläge stätliche nachteilige Folgen für die Geschlagenen. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, er sei nicht als Beamter anzusehen, er sei nur Krankenpfleger gewesen. Er habe angenommen, daß ihm ein Jüchtigungsrecht zustehe. Mündlich führte der Angeklagte in der Verhandlung noch hinzu, er sei als Aufseher über 60 Leute überlastet gewesen. — Das Reichsgericht erkannte am Sonnabend auf Verwerfung der Revision.

Ohreigen in der Schule. Wegen Körperverletzung im Amte ist am 6. Oktober v. J. vom Landgerichte Plauen der Lehrer Max Reichsner in Falkenstein zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden. Er hatte den Schüler S. mit beiden Händen am Hals gepackt, ihn aus der Bank gezogen und ihm zwei Ohreigen gegeben, die dem Knaben schmerzhaft waren. Ein Zusammenhang der Ohreigen mit der später festgestellten Ohreiterung hat sich nicht nachweisen lassen. Schläge an den Kopf sind laut Regierungserlaß unter allen Umständen auszuschließen. — In seiner Revision bestritt der Angeklagte, sich schuldig gemacht zu haben. Ohreigen seien ein traditionelles, sehr geeignetes Zuchtmittel. Er habe nur ganz leicht geschlagen. Der Vater des verletzten Knaben, der sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen hatte, war persönlich vor dem Reichsgerichte erschienen und beantragte wie der Staatsanwalt die Verwerfung der Revision. Das Reichsgericht erkannte demgemäß. Leider hören trotz der in ständiger Praxis gegen schlagende Lehrer erkennenden Rechtspredigung des Reichsgerichts die die Gesundheit eines Kindes leicht höchst gefährdenden Schläge gegen den Kopf eines Schülers nicht auf. Schuld hieran trägt der Umstand, daß nicht in allen Schulbezirken derartige Schläge als stets strafbar erachtet werden und daß in Preußen das Oberverwaltungsgericht sehr geneigt ist, den Kompetenzkonflikt in Prozessen gegen mißhandelnde Lehrer zu erheben.

Aus der Frauenbewegung.

Nixdorf. Mittwoch, den 7. Februar, hielt der Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen bei Thiel, Bergstr. 151/52, seine Monatsversammlung ab. Da Herr Dr. Silberstein abgelegt hatte, hielt Genossin Jergie ein Referat über: „Alte und neue Weltanschauung und unsere Schule“. Der Vortrag fand reichen Beifall. Zur Aufnahme meldeten sich 10 Personen. Unter Viehgedenem wurde noch auf das am 7. April stattfindende Stützungsfest hingewiesen. Dann wurden die Mitglieder angeregt, die Heimarbeit ausstellung zu besuchen. Diese biete gerade für die arbeitenden Frauen sehr vorteilhafte Einblicke in das wirtschaftliche Leben, in die erbärmliche soziale Lage weiter Kreise des Proletariats.

Weißensee. Heute Dienstag, den 13. d. M., findet im Prälaten, Leberstr. 122, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Adolf Hoffmann über „die Verfassung der heutigen Volksschule“ sprechen wird. Es ist Pflicht einer jeden Genossin sowie eines jeden Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen sowie roge für dieselbe zu agitieren.

Eintragung einer Frau in die städtischen Wählerlisten. Aus Rom wird berichtet: Die aus Sozialisten bestehende Wahlkommission der Stadt Mantua hat dem Antrage des Fräulein Beatrice Sacchi (Dr. phil.) um Eintragung in die städtische Wählerliste stattgegeben. In der Begründung heißt es, daß weder die italienische Verfassung noch das heutige Wahlgesetz die Ausschließung der Frau vom Wahlrecht ausdrücklich formuliert. Derartige sporadische Eintragungen von Frauen in die Wählerlisten dürften der Sache des Frauenstimmrechts wenig nützen, sondern allein den Aufsichtsbehörden eine Handhabe zur Annulierung der betreffenden Wahl bieten.

Verfammlungen.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Die Mitglieder der Filiale Berlin versammelten sich am Mittwoch im Gewerkschaftshaus. Nach der Abrechnung vom vierten Quartal 1905 balanzierten die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 17 543,80 M., die der Nebenkasse mit 6884,19 M. Der Mitgliederbestand war am Ende des Quartals 4300 männliche, 600 weibliche Personen. Es wurde beschlossen, einen weiteren Beamten im Verbandsbureau anzustellen. Nach dem Tätigkeitsbericht der Brandenburger Kommission wurden zwei Agitationstouren durch die Provinz Brandenburg im vorigen Jahre unternommen. Die Zahl der Filialen, jetzt 15, hat sich um eine, in Landenberg a. M., vermehrt. Der Mitgliederbestand hat, außer in Frankfurt a. O., keinen großen Aufschwung genommen; in Charlottenburg, Potsdam und Brandenburg hat sich die Zahl der Mitglieder etwas vermehrt. Es haben 51 Versammlungen stattgefunden. Die Einnahmen der Kommission betragen 367 M., die Ausgaben 319 M., bleibt noch ein Bestand von 48 M. Die Mitglieder der Kommission, Ansoh, Gebauer, Soboth, wurden wiedergewählt. Ferner wurden sechs Delegierte zur Gewerkschaftskommission gewählt: Gebauer, Kunze, Ritter, Schulze, Dippel, Gutsch. — Neben der Heimarbeit ausstellung entspann sich eine kleine Debatte. Der Vorschlag forderle die Versammelten auf, die Heimarbeit ausstellung zu besuchen. Es solle niemand denken: „Mein Haus brems noch nicht“, sondern es als Pflicht ansehen, sich auch um das Wohl des Nachbarn zu kümmern.

Preussischer Bergarbeiter-Delegiertentag.

Essen a. R., 11. Februar.

Auf Veranlassung der „Siebenerkommission“, welche im vorigen Jahre zur Leitung des großen Bergarbeiterstreiks aus den vier Bergarbeiterorganisationen gebildet worden war, trat heute früh im großen Saale von van de Zoo in Essen eine neue allgemeine preussische Bergarbeiterkonferenz zusammen, um zu den Bergarbeiterfragen Stellung zu nehmen, welche in der vergangenen Woche auch die Parlamente eingehend beschäftigt haben.

Vertreten sind der jetzt 130 000 Mitglieder zählende Bergarbeiterverband, der Gewerksverein christlicher Bergleute mit etwa 80 000 Mitgliedern, der Hirsch-Dundercher Gewerksverein und die Organisation der polnischen Bergleute. Es sind auch sämtliche preussische Bergreviere vertreten. Als Vertreter der General-Kommission ist Genosse Silbermann anwesend.

Der Vorsitzende der Siebenerkommission, Johann Effert (Christlicher Gewerksverein) eröffnete die Verhandlungen. Auf seinen Vorschlag werden die Vorsitzenden der beiden größten Verbände, Reichstagsabgeordneter Sachs vom „alten“ Verband und Köster (Essen) vom Christlichen Gewerksverein, zu Leitern der Verhandlungen gewählt. Abg. Sachs übernimmt den Vorsitz und führt aus: In der letzten Zeit seien wieder Notizen durch die Presse gegangen, daß die Siebenerkommission nicht einig sei und in einigen Punkten auseinandergehe. Er mache keinen Hehl daraus, daß der Konkurrenzstreit der verschiedenen Richtungen zu Auseinandersetzungen führe. Aber in allen den Punkten, welche die Konferenz in Berlin beschäftigt habe, und welche sie heute beschäftigen werde, gingen sie vollständig einig zusammen. (Lebhafte Beifall.) Der erste Punkt, die Stellungnahme zum Knappschaftsgesetz, habe das preussische Dreiklassenparlament bereits in erster Lesung beschlossen. Trotzdem sei es nötig, daß die Bergleute hierzu ihre Wünsche und Forderungen ausprechen. Für das Referat sei ein praktisch arbeitender Bergmann und Knappschaftsältester gewonnen worden, damit die verschiedenen reaktionären Herren nicht sagen können: „Ach, diese Geschicklichen machen ja doch die Verbände-leiter und Heher!“ Nach Ansicht dieser Leute sind wir ja alle Heher. — Sie von der anderen Seite nicht ausgeschlossen. (Sehr richtig! Heiterkeit.)

Zum ersten Punkte der Tagesordnung

Stellungnahme zum Knappschafts-Gesetzentwurf

Spricht Knappschaftsältester Ernst Brinck-Oberhausen (Alter Verband). Die Bergleute wollten der Öffentlichkeit zeigen, daß ihre Forderungen zur Knappschaftsreform sich durchaus im Rahmen der Möglichkeit bewegen und daß sie keineswegs unsere Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen wollten. Redner tritt den Behauptungen des Abg. Hilb entgegen, daß das Unternehmertum durch die sozialpolitische Gesetzgebung übermäßig belastet werde. Eine der Forderungen der Bergleute gehe dahin, daß dem Bergmann nach 25jähriger Mitgliedschaft, nach 1800 Beitragswochen, auch ohne Nachweis der Arbeitsunfähigkeit die Invaliden-pension ausbezahlt werde. Eine solche Forderung sei durchaus billig und gerecht. Wenn der Bergmann 25 Jahre als Pionier der Kultur gearbeitet habe, wenn er 25 Jahre lang des Tageslichtes entbehrt habe, dann sei es nur ein Akt nationaler Gerechtigkeit, ihm diese kleine Rente auf seine alten Tage zu gewähren, selbst wenn er noch weiter arbeite. Die finanzielle Belastung werde keine allzu große sein, denn lange nach der 25jährigen Tätigkeit werde der Bergmann nicht mehr auf dieser Welt sein, die ihm ja überhaupt nur ein Jammerthal gewesen sei. Das Lebensalter der preussischen Bergknappen sei immer mehr zurückgegangen, das Durchschnittsalter betrug 1861: 55 Jahre, 1904: 46 Jahre (Hört! hört!) Mit aller Entschiedenheit müßten sich die Bergleute dagegen wehren, daß, um die Leistungsfähigkeit der Knappschaftskassen aufrecht zu erhalten, die bereits bestehenden Rentensätze herabgesetzt werden, wie es in dem Entwurf vorgesehen sei und auch von den Unternehmern verlangt werde. Die Behauptung des Abg. Hilb, der sich immer auf den Bochumer Knappschaftsverein berufe, sei unrichtig, daß die Leistungen der Knappschaften das Dreifache der Reichsversicherung leisteten. Es gebe keine Knappschaftsvereine, welche nach 25jähriger Beitragszahlung fünf Mark monatlich Invalidenrente zahlten, das seien doch wahre Hungerlöhne und er glaube, daß Herr Hilb eine solche Rente vielleicht an einem Tage verfrühdend würde. (Sehr wahr! Heiterkeit.) Mögen Regierung und Landtag den Wünschen der Bergleute und dem tatsächlich vorhandenen Stand Rechnung tragen, damit nicht die Erbitterung der Bergleute wiederum zu einer so schmerzlichen Katastrophe führe, wie im vorigen Jahre. (Lebhafte Beifall.) Redner unterbreitet der Versammlung einen längeren Antrag, der die Forderungen der Bergleute zusammenfaßt. Der Antrag lautet:

Die am 11. Februar in Essen tagende, von allen größeren Revieren beschickte Konferenz der organisierten Bergarbeiter Preußens nimmt Stellung zu dem Gesetzentwurf, betreffend Titel VII des Allgemeinen Berggesetzes (Knappschaftsvereine betreffend) und beschließt, dem Abgeordnetenhaus folgende Aenderungs-vorschläge des benannten Gesetzentwurfes zugehen zu lassen:

1. Die Konferenz ist nicht damit einverstanden, daß besondere Knappschaftskrankenkassen mit besonderer Verwaltung zugelassen, sondern wünscht, daß die Krankenkassen den Knappschaftsvereinen einverleibt und der Verwaltung derselben unterstellt werden. Ebenso ist gesetzlich die Gründung neuer Knappschaftsvereine zu verbieten.

2. Wir sind mit dem Verlangen der Berufsbeamten, für Beamte mit über 9000 M. Gehalt besondere Pensionsklassen mit eigener Verwaltung zu gründen, ganz einverstanden und bitten, das Gesetz demgemäß zu ändern, weil die Beamtenpensionen vielfach durch Arbeiterbeiträge aufgebracht werden.

3. Wir bitten, in diesem Gesetz auch gleich die Frage der freien Arztwahl mitzuregeln. Zu diesem Zweck ist mindestens den Mitgliedern der Knappschaftsvereine die Wahl in einem bestimmten Umkreise unter den Ärzten freizustellen, welche für das von der Verwaltung des Knappschaftsvereins mit anderen Ärzten vereinbarte beziehungsweise von der Knappschafts-verwaltung anerkannte Arzthonorar die Behandlung übernehmen. Der Umkreis vom Wohnort des Mitgliedes darf dabei deshalb nicht zu eng gezogen werden, weil in Bergrevieren Ortschaften von großer Ausdehnung sehr häufig vorkommen. Da mindestens auch Ärzte aus Nachbarorten mit zur Auswahl für die Mitglieder zugelassen werden müssen, ist der Umkreis auf mindestens zehn Kilometer, vom Wohnort des Mitgliedes aus gerechnet, zu bemessen.

Wir bitten deshalb, in § 170a noch eine Bestimmung vielleicht folgenden Inhaltes einzufügen:

„Über die Zulassung der Ärzte und approbierten Naturheil-lundigen, wobei den Mitgliedern das Recht zur freien Wahl derjenigen Ärzte und Naturheilkundigen zugesprochen ist, welche in einem Umkreise von zehn Kilometern, vom Wohnort des Mitgliedes gerechnet, wohnen und die Behandlung der Knappschaftsmitglieder für diejenigen Honorarsätze übernehmen, welche die Knappschaftsverwaltung mit anderen Ärzten getroffen beziehungsweise beschließen hat.“

4. Das Krankengeld bitten wir in § 171b auf mindestens drei Drittel des im letzten Jahre verdienten Durchschnittslohnes festzusetzen; hingegen die Strafen auf den einfachen Betrag des Krankengeldes zu normieren.

5. Die freiwillige Mitgliedschaft (§ 172d) bitten wir zu erleichtern und über ein Jahr hinaus zuzulassen; es müssen diesen Mitgliedern aber die vollen Rechte, auch das passive und aktive Wahlrecht beizubehalten werden, weshalb der letzte Satz im § 171d, Absatz 3 zu streichen ist.

6. Da viele Bergleute nach fünf- bis zehn-jähriger Arbeitszeit schon eine Schädigung ihrer Gesundheit erlitten haben, ist der

Uebertritt der Mitglieder von einem Verein in den anderen möglich zu erleichtern. Durch die Bestimmung des § 172 Absatz 1 wird aber die geplante Gewährung der Freizügigkeit ganz bedeutend eingeschränkt, wenn nicht vielfach ganz aufgehoben. Wir bitten deshalb, die Bestimmungen in Bezug auf Alter und Gesundheit für die aus anderen Knappschaftsvereinen übertretenden Mitglieder nicht so zu belassen, sondern diese Bestimmungen im befragten Absatz 1 und § 172c Absatz 1 demgemäß zu erweitern, daß auch für die Knappschaftsmitglieder das Freizügigkeitgesetz wirklich in Kraft tritt und die Versicherungspflicht mit dem 16. Lebensjahre zu beginnen hat.

7. Ganz unannehmbar ist die Bestimmung im § 172a, wonach die Invaliden-, Witwen- und Waisentente nebst Sterbegeld nur dann gezahlt wird, wenn Arbeitsunfähigkeit oder Tod nicht durch „eigenes grobes Verschulden“ verursacht ist.

War die bisherige Bestimmung schon äußerst hart, wonach die Invalidentente verweigert werden konnte, falls „grobes Verschulden“ vorlag, so ist es geradezu himmelschreiend, diese harte Bestimmung nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sie sogar auf das Sterbegeld und auf die Hinterbliebenen anzuwenden. Wir bitten dringend, die ganze Bestimmung zu streichen.

8. In Ziffer 1 des § 172a bitten wir noch einzufügen, daß die Invalidenunterstützung auch nach 25jähriger Mitgliedschaft (1800 Beitragswochen) gewährt werden muß, ohne Nachweis der Arbeitsunfähigkeit; ferner, daß die Witwentente in Höhe von zwei Drittel des Invalidengeldes gezahlt werden soll und die Waisenfürsorge bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres ausgedehnt wird.

9. Im Absatz 2 des § 172a und § 172d Absatz 1 bitten wir die Wartezeit, entsprechend dem Reichsinvalidenversicherungsgesetz von 6 Jahre auf 200 Beitragswochen herabzusetzen.

10. Den § 172b bitten wir so zu ändern, daß die einzelnen Knappschaftsvereine keine Mitgliederklassen einführen können, sondern einheitliche Beiträge, einheitliche Wochensteigerungen und auch einen einheitlichen Grundbetrag bei jeder Rente anzurechnen haben. Demgemäß bitten wir auch § 172c Absatz 2 zu ändern.

11. Im § 172d Absatz 1 bitten wir die Anerkennungsgeldgebühr auf höchstens 2 M. jährlich zu beschränken und auch die Zulassung der freiwillig volle Beiträge fortzahlenden Mitglieder unter voller Steigerung ihrer Rechte vorzuschreiben und namentlich auch die Rückerstattung ihrer Beiträge an solche Mitglieder gesetzlich vorzuschreiben, die von den Betriebsleitern entlassen werden, ohne daß gegen sie einer der im § 82 Ziffer 1 bis 7 des Allgemeinen Berggesetzes angegebenen Gründe vorliegt oder welche die Arbeit aus einem der in § 83 Absatz 1, Ziffer 1 bis 4 oder aus den in § 152 der Gewerbeordnung enthaltenen Gründen verlassen hat oder verlassen mußte und nicht in eine andere Knappschafts-pensionskasse übertritt. Ferner bitten wir bei § 173 noch folgenden Satz einzufügen: „Verlorene Anrechte leben wieder auf“ (entsprechend § 46 Absatz 4 des Reichsinvalidenversicherungsgesetzes), falls Mitglieder wieder bei einem Vereinswert in Beschäftigung treten oder durch freiwillige Beiträge 200 Beitragswochen zurückgelegt haben.

12. Die Verjährung der Unterstützungsansprüche im § 173 Absatz 1 bitten wir zu ändern und nach § 106 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu bestimmen. Hingegen im Absatz 3 des § 173 bitten wir die Aufrechnung zu Unrecht gezahlter Unterstützungen nur für zwei Jahre rückwärts zuzulassen. Kam es doch jezt vor, daß zu viel gezahlte Witwentente vom Bochumer Knappschaftsverein auf über zehn Jahre rückwärts aufgerechnet wurde. Hatte eine Witwe zehn Jahre lang zu viel gezahlt — und die Witwe hat ihre Rente, die sie wohl nicht selbst berechnen konnte, also sicher in gutem Glauben genommen und verzehrt — so ist es ganz am Platze, auch die Kassenverwaltung für solche langjährige Fehler verantwortlich zu machen.

13. Demgleichen bitten wir in § 173 folgende Bestimmung einzufügen: „Auf Knappschaftspensionen dürfen Unfallrenten, zu Militärpensionen usw. nur dann aufgerechnet werden, wenn diese Renten zusammen den Betrag übersteigen, den das betreffende Mitglied in den letzten zehn Jahren als Durchschnittslohn verdient hat. Knappschaftsvereine dürfen, auch wenn sie für die reichsgesetzliche Invalidenversicherung keine besonderen Beiträge erheben, den Zuschuß, welchen das Reich zu jeder reichsgesetzlichen Rente zahlt, nicht aufrechnen.“

14. Eine bedeutende Verschlechterung enthält der § 175d Absatz 1, welcher in Arbeiterkreisen eine große Erregung verursacht hat, weil nicht nur die Rinderungen der Kassenleistungen herbeigeführt werden, sondern weil sogar nach dem neu angefügten zweiten Satz diese Rinderungen auch auf die bereits beteiligten oder rechtskräftigen Pensionskassenleistungen ausgedehnt werden kann.

Die Erhöhungen der Kassenleistungen kommen in der Regel den Bezugsberechtigten nicht zu gute, hingegen eine Verringerung der Bezüge sollen sie sich gefallen lassen.

Das kann unmöglich in das Gesetz aufgenommen werden, weshalb wir dringend um Absehung dieser Verschlechterung bitten. Der erste Entwurf enthält dieselbe nicht.

15. Im § 179 bitten wir nicht nur unter allen Umständen das geheime, direkte Wahlverfahren beizubehalten, sondern auch das passive und aktive Wahlrecht auf alle Invaliden und freiwilligen, ebenso aber auch auf nichtdeutsche Mitglieder (Ausländer) auszudehnen; demgleichen auch im § 180 zur Wahl des Knappschaftsvorstandes die geheime Wahl vorzuschreiben.

16. Im § 181 Absatz 2 bitten wir die Bestimmung vorsehen zu wollen, daß bei allen Abstimmungen die einfache Majorität zu entscheiden hat. Unter keinen Umständen aber darf nach dem Verlangen des Abgeordneten Hilb vom 22. Januar d. J. der Vorsitz und die Entscheidung den Betriebsleitern in die Hände gelegt werden.

17. Im § 184 muß neben dem Vertreter des Oberbergamtes auch den Vertretern der Arbeiter und der Betriebsleiter das Recht der Anrufung des Schiedsgerichtes gegen gesetzwidrige Beschlüsse gegeben werden.

18. Die Bestimmungen im § 186a Absatz 1 und 2 sind zu weitgehend und bitten wir zu streichen.

19. Den Rechtsweg bitten wir bei § 186a Absatz 2, Ziffer 3 nicht anzuschließen.

20. Entgegen dem früheren Entwurf der Regierung sind im § 186b für die Schiedsgerichtsbeisitzer keine Stellvertreter mehr vorgesehen. Wir bitten dringend, die Stellvertreter überall wieder einzufügen und das in Absatz 4 und 6 vorgesehene Ernennungsrecht der Beisitzer durch das Oberbergamt vollständig zu beseitigen, sowie im Absatz 5 die Wahlperiode nicht auf fünf, sondern höchstens auf drei Jahre auszudehnen und Rewahlen für alle ausgeschiedenen Schiedsgerichtsbeisitzer vorzusehen, sobald kein Stellvertreter mehr vorhanden ist.

21. Da selbst zum Reichstag jeder 25 Jahre alte Bürger gewählt werden kann, und auch im alten Entwurf nur die Volljährigkeit vorgeschrieben war, bitten wir, auch im § 186c das einundzwanzigste Jahr wieder einzufügen und auch den Ausländern bei dieser Wahl das passive und aktive Wahlrecht zu belassen.

22. Die hohe Strafe von 500 M. im § 186e bitten wir in 300 umzuwandeln.

23. Auch im § 186g ist gegenüber dem ersten Entwurf eine bedeutende Verschlechterung darin zu erblicken, indem in Absatz 4 nur je ein Vertreter zur Schiedsgerichtsbildung herangezogen werden soll, während der erste Entwurf, den Arbeiterwünschen entsprechend, je zwei Beisitzer vorschah. Wir bitten dringend, auch in diesem Paragraphen die Zahl des ersten Entwurfes wieder einzufügen, denn die Befugung der Berggewerbe-gerichte mit nur je einem Beisitzer ist von jeher ein Beschwerde-

punkt der Arbeiter gewesen, weshalb dieser selbe Fehler bei Errichtung der neuen Schiedsgerichte unbedingt vermieden werden muß.

Das im Absatz 6 vorgesehene Ausnahmestrecht des Vorsitzenden, die Beisitzer nach Belieben zu berufen, bitten wir unbedingt zu streichen, weil es nur Mißtrauen und Mißachtung erweckt, was sicher nicht im beiderseitigen Interesse liegt.

24. Schließlich bitten wir noch dringend, im § 186L gegen die Urteile des Schiedsgerichtes nicht bloß die Revision, sondern den Rekurs an das Oberschiedsgericht zuzulassen, damit beide Teile auch bei unbefriedigenden Urteilen des Schiedsgerichtes noch das Oberschiedsgericht anrufen können.

Hierauf wird die Diskussion eröffnet.

Johann Leimpeters, Bochum, Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung (Alter Verband), macht Mitteilung von einer Petition des Knappschaftsvereins Reinerhausen in der Esfel. Dieser Verein, der bereits dreimal die Beitragsleistungen herabgesetzt habe, habe beim Landtag petitioniert, die Vorlage rundweg abzulehnen. (Hört! hört!) Die Petition wende sich gegen die Freizügigkeit der Mitglieder und die Sicherstellung der Renten. Unbegreiflicherweise habe fast die gesamte Belegschaft der Reinerhausener Grube mechanisch die Petition unterschrieben. (Hört! hört!) Er habe an Ort und Stelle Nachfrage gehalten, und da hätten ihm mehr als 20 Arbeiter mit Bestimmtheit erklärt, daß sie zwar etwas hätten unterzeichnen müssen, daß ihnen aber nicht gesagt worden sei, um was es sich handele. (Hört! hört!) Auf seine Frage, weshalb sie sich denn nicht organisierten, sei ihm erwidert worden, man habe auch schon an Effert nach Essen geschrieben, aber da hätten sie große Schwierigkeiten bei der Verteilung und beim Bürgermeister gehabt. Der Pfarrer habe ihnen gesagt: „Am Gotteswillen, bleibt nur mit dem christlichen Gewerksverein weg; wir haben doch schon den katholischen Arbeiterverein.“ (Lachen.) Das ist das Revier, von dem August Druff gesagt hat, er wünsche ihm zwar nicht die Cholera auf den Hals, aber die Sozialdemokratie, damit die Arbeiter endlich aufgeföhrt werden. (Stürmische Heiterkeit.) Der Pfarrer hat in der Kirche am Sonntag von der Kanzel herunter die Arbeiter aufgefordert, die Wagen vollzuladen. (Großes Gelächter.) Die Beamten führten darüber Beschwerde; die Arbeiter belächeln ja die Wagen voll bezahlt und machen sich des Betruges schuldig. Und Betrug sei Sünde. (Allseitiges großes Gelächter.) Redner schließt: Und das passiert in einem Kreise, der eine Hobborg des Zentrums ist. (Große Unruhe und Beifall.)

Bader-Altenessen (Christl.) wendet sich gegen die Bestimmung, daß bei größtem Selbstverschulden des Arbeiters keine Invalidentente gezahlt werde. Bei Offizieren handele man anders. Diese könnten sich gegenseitig zu Krüppeln schießen und belämmen doch ihre Pension.

Vor Eintritt der Mittagspause nimmt Köster (Christl. Gewerksverein) das Wort zu einer Erklärung gegen Leimpeters. Heute früh habe Sachs erklärt, daß sie trotz mancher Konkurrenzfreizügigkeiten einig seien. Seine Freunde hätten diese Erklärung mit Freuden begrüßt, aber umsonst den Angriff Leimpeters gegen das Zentrum bebauert. (Zustimmung.) Was habe die Zentrumspartei hier zu tun? (Lebhafte Beifall bei den Christlichen.) Die Situation ist sehr gefährdet. Da sollte man sich hüten, einen Panzelpfahl hier hineinzuzerren. (Sehr wahr!) Wir haben die ehrliche Absicht, mit Ihnen zusammen zu arbeiten. (Stürmischer Beifall bei den Christlichen.)

Am Nachmittag führt Köster vom Christlichen Gewerksverein den Vorsitz. Es sind 157 Delegierte und Gäste anwesend, davon entfallen 76 Delegierte auf den Alten Verband, 66 auf den Christlichen Gewerksverein, 17 auf die Polenorganisation, 7 auf die Hirsch-Dundercher Organisation.

In der weiteren Debatte tritt Soffinski-Bochum (Pole) für die freie Wahl der Knappschaftsältesten ein und wendet sich gegen die Bestimmung, daß nur der deutsche Sprache mächtige Arbeiter wählbar sein sollen. Der Abg. Hilb habe gemeint, daß sonst die ganze Polenpolitik scheitern würde. Alle Arbeiter müßten doch die Beiträge zahlen, aber wenn man nichts anderes gegen die Arbeiter vorzubringen vermöge, komme man mit der Polenpolitik. Die Regierung habe schon über 400 Millionen Mark für die Polenpolitik ausgegeben und nichts erreicht. Sie werde auch gegen die Arbeiter nichts erreichen, wenn diese zusammenhalten. (Lebhafte Beifall.)

Ed. Wensberg (Christlicher Gewerksverein): In seinem Bezirk erhalte ein Arbeiter nach 30-jähriger Mitgliedschaft 5,25 Mark Invalidenrente monatlich. (Hört! hört! Bewegung.)

Schlösser-Wachen (Alter Verband) bringt Vorschwerden über das Knappschaftswesen im Ruhrrevier vor.

Effert-Essen wendet sich gegen Auzug der Knappschaftsrenten, während bekanntlich Invalidenrenten voll ausgezahlt werden. Er stelle den Antrag: „Die Knappschaftsrente muß neben den übrigen Renten so lange gezahlt werden, bis sie die Höhe von . . . erreicht hat.“

Koczynski-Beuthen, Vertreter des Vereins christlicher Arbeiter zur gegenseitigen Hilfe: In Oberschlesien herrsche große Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Diese werde aber noch steigen, wenn man den Arbeitern, welche nicht das Glück haben, der deutschen Sprache ganz mächtig zu sein, die Wählbarkeit verweigere. (Beifall.)

Holl-Walzenburg (Alter Verband) bespricht die Zustände in dem Bergmannslazarett Reutobe.

Auf Vorschlag von Sachs wird mit Rücksicht darauf, daß auf dem allgemeinen Knappschaftstag in Berlin unter 87 Delegierten nur fünf Arbeiter gewesen sein sollen, die Zahl der anwesenden Knappschaftsältesten festgesetzt. Es sind unter den Delegierten 87 Knappschaftsälteste: 44 vom alten Verband, 18 vom Gewerksverein und 5 von den Polen.

Die Debatte ergibt dann noch wenig Neues. Es werden von vielen Delegierten Klagen und Beschwerden vorgebracht und vor allem auch das System der Halbinvaliden getadelt, sowie auch für die Ausländer, die zu den Beitragsleistungen herangezogen werden, das Recht, über ihre Angelegenheiten mitzusprechen, gefordert.

Hammacher-Oberhausen (Hirsch-Dunder) meint, daß man auf den Landtag keine allzu hohen Hoffnungen setzen dürfe und schließlich wohl noch werde zufrieden sein müssen, wenn wenigstens die Forderungen der Regierung durchgehen.

Als letzter Diskussionsredner erklärt Adamc-Sattowitz (Alter Verband), daß die ober-schlesischen Bergleute zur preussischen Regierung kein Vertrauen hätten, aber immer noch mehr, als zu dem Dreiklassen-Landtag. Die Bergleute in Oberschlesien würden als fünfte Klasse behandelt.

Die beantragte Resolution wurde mit verschiedenen Ergänzungen einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen. Verschlüssen wurde u. a. auch, die Wählbarkeit derjenigen Bergleute zu fordern, welche der deutschen Sprache und Schrift nicht mächtig sind.

Zur persönlichen Bemerkung erklärt

Leimpeters-Bochum: Unser Präsident, Kamerad Köster, hat mich heute mittag zur Ordnung gerufen, weil ich den Panzelpfahl in die Konferenz geworfen hätte. (Sehr wahr! bei den Christlichen, Widerspruch beim Alten Verband.) Das war nicht meine Absicht. Ich hatte nur eine politische Partei kritisiert, nämlich das Zentrum, wie ich jede politische Partei stets kritisieren werde, die arbeiterfeindliche Beschlüsse fahrt oder arbeiterfeindliche Taten vollbringt. (Sehr gut! bei dem Alten Verband.) Auch hier! Ich war nämlich in dem naiven Glauben hierher gekommen, daß wir lauter neutrale Bergarbeiterverbände seien und uns keiner politischen Partei als Partei-gruppe angeschlossen hätten. (Heiterkeit und sehr gut! bei dem Alten Verband.) Jetzt bin ich allerdings eines anderen belehrt worden. Ich habe zudem nur Mißstände mitgeteilt, wie sie mir berichtet worden waren — aus einer Domäne der Zentrumspartei. Und die Tatsachen, die ich konstatiert habe, sind wahr! (Lebhafte Zustimmung beim Alten Verband.) Aber ich bin meinem Freunde

Rheumatismus
Gicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh, verkrampfte Muskeln durch übermäßigen Gebrauch von Reiche's „Electricum“
Heilendes Reiche'sches „Electricum“
Einfaches und wirksames Naturprodukt u. Karbon durchdringt sofort das erkrankte Glied. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. Fl. 1. — u. 2. — Die Wirkung wird noch erhöht, wenn immer wieder Reiche'sches Wacholder-Extrakt „essig“, Fl. 75 Pf. u. 1.50, u. 2.50, in den Ors-erlen u. Apotheken erhältlich und zu beziehen ist.
Otto Reichel, BERLIN SO. 42.
Eisenbahnstr. 4.
Man achte auf Firma und Wort „Medico“.

Masken-Garderobe
von 55992*
Carl Ernst,
Königsplatz 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Saison erhält 10% Preisermäßigung.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Uefer. f. Ort- u. Hilfs-Krankenwagen.
Berlin C. 56192*
30. Finin-Strasse 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper.

Achtung!!! Ausschneiden!!!
Kleinste Wochenraten.
Große Auswahl in Herren- u. Damenuhren, Standuhren, Freischwinger, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, Stöcke, echte Menzshauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf von Platten, echten Edison- und pa. 1 Mk.-Walzen.
Jahre & König
Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof) und Reinkendorferstr. 57 (nahe Bahnhof Wedding). 54L*

Das Älteste
Rester-Geschäft
des S.-O. von **Wilhelm Mühlbach**
empfiehlt zur bevorstehenden Einlegung Reste von schwarzen Niederstoffen, Blüsten etc., sowie zur Kinderinspektion zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Für Vereine!
Früher Dierseiertag ist noch fest. Auch sind noch einige Sonnabende im April zu vergeben.
1432*
Buß' Salon, Furterstr. 65.
Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Zeit: Friedrichstr. 203 Ecke Schützenstraße. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Der Kenner raucht
N°61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vorzügl. würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Achtung! Achtung!
Den meisten Vereinen sowie Gewerkschaften zur Kenntnis, daß in den **Prachtsälen des Ostens** (Inhaber: Oranz) keine organisierten Musiker beschäftigt sind. — Wir bitten die meisten Musiker, hiervon Kenntnis zu nehmen.
Der kostenlose Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Bildnismaler Deutschlands befindet sich Brunnenstr. 188 bei Wilke.
Der Vorstand des Zentralverbandes der Bildnismaler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.
Gültig bis zum 20. Februar 1906.

Wir verschenken
Blitz-Geldbörse mit 4 Zahnrädern, aus Messing, hochfein verfertigt, bequem in die Westentasche zu stecken. Die einfachste und bequemste aller Geldbörsen, kein Herausfallen, kein Verschleßen des Geldes. Nur einen Druck u. das gewünschte Geldstück kommt automatisch heraus. Verkaufspreis 1.20 M. Bloß um jedermann von der Güte unserer Ware zu überzeugen.
Nur 65 Pf., also die Hälfte des bisherigen Verkaufspreises, u. 20 Pf. für Porto wollen Sie uns d. eine 10 Pf.-Postanweisung, auch in Briefmarken einlösen, und wir senden Ihnen diese Blitz-Börse frei ins Haus.
Wenn nicht gefällt, Geld retour.
Katalog über alle Arten Messer, Scheren, Gabeln, Löffel, Handhaltungartikel, Werkzeuge, Laublägerel, Rasen, Lederwaren, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Feinporzellan, Spielwaren, Musikwaren, Hautgüter, Schirme, Hüte, Seifen an jedermann umsonst.
Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Altehrliches Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Privats.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Dienstag, den 13. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im „Alten Schützenhanse“, Fininstraße 5:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichts- und Kassendbericht.
2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
3. Zoll der Boykott über die Philharmonie aufgehoben werden?
4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.
245/4*
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung!
Küchenmöbel-Branchen!
Am Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:
Vertrauensmänner-Versammlung
für Tischler, Maler und Kleinarbeiter dieser Branche.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Auch die Werkstätten von Rixdorf und Weihensee werden erachtet, vertreten zu sein.
60/2
Die Kommission.

Gast- u. Schankwirte der östlichen Vororte Berlins.
Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Gorgas Salon, Rix-Nummelsburg, Neue Prinz-Albert-Str. 70 (am Bahnhof Rummelsburg-Str.):
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Steuerverhältnisse der Gast- und Schankwirte in den östlichen Vororten und die Steuervorlagen der Reichsregierung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Feltz Zubeil.
Distaffion.
Es ist Pflicht aller Gast- und Schankwirte, zu erscheinen.
Der Elberafer. 60/3

Arbeitervertreter-Verein Berlin.
Donnerstag, den 15. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
im „Gewerkschaftshaus“, Saal III.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und Ausschusses der Landes-Berufungs-Anstalt Berlin pro 1905 aus dem Kreise der Beschäftigten.
2. Diskussion.
3. Wahl von Beisitzern zur Kontrollkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte. — 4. Verschiedenes.
Um rechtzeitiges Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.
J. K.: Friedr. Pieschall, Vorsitzender, Gartenstraße 51.

KNORR'S
Hafermehl
Hafergrütze, Haferflocken.

**Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 29/14*
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4**
Hygienische
Bodentherapie. Neuester Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. 2.
H. Vager, Gesundheitsfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 11-12

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **Albert Menz** verstorben ist. 193/11
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in Zehlendorf bei Liebenwalde statt.
Der Zug fährt mittags 12 1/2 Uhr von Station Gesundbrunnen ab.

Ortskrankenkasse der Stein-drucker u. Lithographen.
Zu der am 20. Februar 1906, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (großer Saal), stattfindenden **Wahlversammlung** werden alle wahlberechtigten Kaffeemitglieder (§ 49 Abs. 3 des Statuts) ganz ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
Wahl von 575 Vertretern der Kaffeemitglieder für die Wahlperiode 1906-1908.
Der Wahlakt beginnt präzis 8 Uhr und wird um 11 Uhr geschlossen.
Kassenbuch muß bei der Wahl vorgelegt werden. 268/5
Der Vorstand.
J. K.: M. Stuhmann, Vorsitzender.

Das größte Brot für 50 Pf.
Schwartz: 6 Stück 10 Pfennig in **Albrechts Bäckerei:**
Wronkestr. 135, Krautstraße 19, Faldenfeinstr. 28, Lausitzerstr. 2, Marktstraße 10, Stand 222/23, Marktstraße 10, Stand 16/18, Zentrale: Boghagenerstr. 13.

Inventur-Extrapreise
Gardinen
abgepaßte Fenster,
weiß und creme
Schallänge pro M. 250
3 Mtr. Patr. M. 250
Schallänge pro M. 335
3.20 Mtr. Patr. M. 335
Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Patr. M. 585
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 185
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 565
Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores M. 435
Tüllbett-Gr. 180/220 cm M. 235
Reichgest. Erbs-tüllbettdecken M. 535
Gardinen-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oraniensstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Inventur-Extralist
billige Sonderangebote
gratis und franko.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 10. d. Mts. verstarb unser altes Mitglied **Oskar Laufs** Wittenwalderstr. 46a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Doppel-Allee aus statt.
Umr zahlreiche Beteiligung ersucht.
238/5 Der Vorstand.

Kreuzberger Harmonie.
Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser altes, treues Mitglied **Oskar Laufs** gestorben ist. Wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittags 4 Uhr von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Doppel-Allee aus statt.
65/8 Der Vorstand.
Treffpunkt sämtlicher Mitglieder 3 1/2 Uhr Friedhof.

Am Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, nach mein Lieber, guter Mann 269/7b
Oskar Laufs
nach schwerem Leiden am Herzschlag. — Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde in der Doppel-Allee aus statt.
Emile Laufs geb. Senf, Wittenwalderstr. 46a.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Albert Bähge** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.
Kege Beteiligung erwartet.
112/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Keller **Otto Werwitz** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Urban aus nach dem Neuen Jakob-Kirchhofe in Rixdorf statt.
Kege Beteiligung erwartet.
112/10 Die Ortsverwaltung.

Frank- und Blumenbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Str. 2.
Vereinskränze, Palmen- u. Blumenarrangements, Bouquets, Girlanden, etc. werden rein u. preiswert geliefert.

90 Pfennig
Lachmann & Scholz
Turmstr. 76 Größtes Warenhaus in Moabit Ottostr. 1 Pfennig
Unsere 90 Pf. Woche
bietet eine enorm günstige Gelegenheit zum billigen und guten Einkauf von Waren jeglicher Art.
In allen Abteilungen des Hauses preiswerte Ausstellungen zum Einheitspreis von 90 Pfennig.
Verlangen Sie Rabatt-Marken.
90 Pfennig

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 36. Dienstag, den 13. Februar 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelleile 20 Pfg.
Bei größeren Auflagen entsprechender Rabatt.

Der Zahlabend für Berlin und Vororte findet nächsten Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Wilhelmsruh. Heute Dienstag abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Vater, Kronprinzenstraße. Tagesordnung: Die Gemeindevorwahlen, Vereinsangelegenheiten.

Johannisthal. Die Genossen werden nochmals auf die heute abend im Lindenhof stattfindende Versammlung des Wahlvereins hingewiesen, in der Schriftsteller Stern über „Christentum und Wahrheit“ sprechen wird. Außerdem steht auf der Tagesordnung: Wie werden die Steuern am Orte verwandt? und Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevorwahl. Genossen, erscheint Mann für Mann in der Versammlung und bringt Eure Frauen mit. — Wir machen ferner aufmerksam, daß noch eine Anzahl Urania-Villetts zu der Vorstellung „Der Wolf von Neapel“ vorhanden sind. Der Vorstand.

Treptow. Am Mittwoch abend 7 1/2 Uhr findet bei Rohlau, Kiehlholzstraße 35, eine Bezirks-Versammlung statt. Genosse Rieger spricht über „Revisionismus und Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“. Alle Genossen und „Vorwärts“-Leser werden in dieser Versammlung erwartet.

Vorort-Nachrichten.

Die Steuerverhältnisse der Gast- und Schankwirte in den städtischen Vororten

und die Steuerunterlagen der Reichsregierung ist das Thema, über das Genosse Zubeil am Dienstag, also heute nachmittags 4 1/2 Uhr, in Rieg-70, Rummelburg, im Lokale von Gorgas, Neue Prinz Albrechtstr. 70, referieren wird. Dieser Gegenstand dürfte speziell für Gast- und Schankwirte erhebliches Interesse haben.

Charlottenburg.

Anfälle. Als der Straßenreiniger Christoph Janella aus der Wallstraße 76 gestern vormittag mit dem Reinigen des Kurfürstendamms beschäftigt war, wurde er in der Nähe der Jasanenstraße von einem hinter ihm herkommenden Dreiradfahrer zur Seite gedrängt. Ein in demselben Augenblick vorüberfahrender Straßenbahnwagen erlachte den Straßenreiniger und schleuderte ihn mehrere Meter weit auf den Fahrdamm. Janella mußte in einer Droschke zur Unfallstation Zoologischer Garten gebracht werden, wo der Arzt eine erhebliche Verletzung der Oberschenkel feststellte. Nachdem der Verunglückte dort die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er im Automobil-Krankenwagen nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

Der Zimmermann Richard Höpke aus der Wielandstraße 9 demanglierte gestern nachmittags auf einem Neubau in der Däuisel-dorferstraße dadurch, daß ein unter ihm liegendes Brett zerbrach und er eine Etage tief abstürzte. Höpke erlitt bei dem Sturz außer vielen Hautabschürfungen eine Verrenkung und einen Bruch des linken Ellenbogens und mußte in einer Droschke zur Unfallstation Zoologischer Garten gebracht werden, wo er den ersten Verband erhielt. Die Aufnahme in ein Krankenhaus, die dem Verunglückten wegen seines bedenklichen Zustandes vom Arzte empfohlen wurde, lehnte Höpke ab.

Am Sonntag, den 11. Februar 1906 tagte im Volkshaus, Rosinenstraße 3 eine Protokollversammlung sämtlicher Mitglieder der freien Hilfsklassen Charlottenburg. Den Punkt der Tagesordnung: „Die Entwicklung der Krankenkassen im Deutschen Reich, und was verlangt die Regierung, das Hilfskassengesetz vom Jahre 1876 aufzuheben“ behandelte der Referent W. Arnst zur Zufriedenheit der Anwesenden. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 11. Februar cr. im Volkshaus, Rosinenstraße 3 tagende Protokollversammlung sämtlicher Mitglieder der freien Hilfsklassen Charlottenburgs erklärt sich mit der auf dem Kongress der Hilfsklassen angenommenen Resolution durchaus einverstanden. Sie erwartet, daß der hohe Reichstag dem vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die freien Hilfsklassen seine Zustimmung versagen wird aus den in der Resolution dargelegten Gründen.“

Schöneberg.

Die Unfallslisten, die seit Monaten auf die Jüge der Wannsee-bahn Schiffe abgeben, sind ermittelt. Es sind halbwässrige Burschen im Alter von 17—19 Jahren. Der Anführer der Bande ist der Schlosserlehrling Oswald Kollinowitsch, Fernstr. 67 wohnhaft. Die anderen Täter sind die Gebrüder Johannes und Ernst Teske, Ebers-trähe 4, und Gustav Raabe, Ebersstr. 5. Die Burschen verübten ihren Unfug von dem Marktplatz in der Ebersstraße aus. Als Verdung benutzten sie die dort befindliche Bedürfnisanstalt. Die Schiffsverkeure bestanden aus Katapulten, während als Geschosse Reihweiten dienten. Die Schiffe wurden mit solcher Gewalt abgegeben, daß sie mit Leichtigkeit die Compseiben durchschlugen. Auch den Hausbesitzern in der Umgebung des Marktplatzes wurden die jugendlichen Schützen gefährlich. Denn oft benutzten die letzteren auch die Fenster an den Häusern als Zielscheibe.

Rixdorf.

Ein falscher Kriminalhauptmann als Heiratschwindler. Auf das Betrugsmanöver eines angeblichen Kriminalhauptmannes Erwin Schmidt aus Rixdorf sind zahlreiche heiratslustige Witwen und junge Mädchen in Berlin und den Vororten hineingefallen und schwer geschädigt worden. Sobald der „Kriminalbeamte“ auf dem Wege von Zeitungsinseraten eine heiratslustige Dame kennen gelernt hatte, versprach er ihr auch schon die Ehe. Dadurch machte er die „Anderlorene“ vertrauensvoll, und nun gelang es ihm mit Leichtigkeit, die Ersparnisse seiner Opfer an sich zu bringen. Dar dann der „nötige Zeitpunkt“ gekommen, so verschwand der „Zukunftige“ auf immerwiedersehen. Als mehrere der Geschädigten bei der Kriminalpolizei Anzeige erstatteten, stellte sich bald heraus, daß ein Kriminalhauptmann Erwin Schmidt überhaupt nicht existiert; die Legitimationskarte, mit welcher sich der Heiratschwindler bei seinen Opfern einzuführen pflegte, war gefälscht. Die Recherchen der Kriminalpolizei führten schließlich zur Ermittlung des Heiratschwindlers in der Person des früheren Bureauvorstehers Otto Wegener, welcher verheiratet ist und in der Hermannstraße 62 wohnt. Die Verhaftung

wollte jedoch nicht gelingen. Sobald Polizeibeamte in der Wohnung erschienen, war der Vogel stets ausgeflogen. Am Sonnabend hatten sich zwei Kriminalbeamte, die mit der Festnahme des Heiratschwindlers betraut worden waren, davon überzeugt, daß sich W. in seiner in der 4. Etage liegenden Wohnung befand. Vergeblich versuchten sie jedoch Einlaß zu erhalten. W. hatte sich, nichts Gutes ahnend, verbarrikadiert. Es wurde nun ein Schlosser geholt, der die Tür in Gegenwart des einen Beamten aufbrechen mußte, während der zweite Beamte sich nach der Nachbarwohnung begab, weil er vermutete, W. könne von seinem Balkon aus einen Fluchtversuch unternehmen. Der Kriminalhauptmann hatte sich in seiner Annahme auch nicht getäuscht. Als W. hörte, daß die Tür seiner Wohnung gewaltsam geöffnet wurde, flüchtete er auf seinen Balkon, kletterte von hier aus auf einem schmalen Sims unter höchster Lebensgefahr auf den Nachbarbalkon und verborg sich hier in einer Ecke. Trotz der bereits herrschenden Dunkelheit wurde der Flüchtling jedoch entdeckt und festgenommen. Eine Reihe der ihm zur Last gelegten Heiratschwindelereien hat W. bereits zugegeben. Bei einer Durchsichtung seiner Wohnung wurde eine Livree mit Nadelknöpfen, auf welchen sich eine fünfzählige Krone befindet, aufgefunden. Es besteht die Vermutung, daß der Verhaftete die Livree ebenfalls zur Ausübung von Schwindelereien benützt hat.

Britz-Buckow.

„Kirche und Arbeiterschaft“ lautete das Thema eines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages, den Genosse Adolf Stern am 6. Februar in einer auch von Frauen gut besuchten Versammlung des Wahlvereins hielt. Einleitend bemerkte der Referent, daß die Kirche, da sie vom Staat beherrscht wird und dieser wieder unter dem Einfluß der Junker und Kapitalistenklasse steht, naturgemäß Gegnerin der modernen Arbeiterbewegung ist. Der Redner schilderte dann die Entstehung und Entwicklung der Religion seit dem ersten Auftreten des Menschen und kam zu dem Schlusse, daß es keinen „almächtigen“ Gott gibt, auf dessen Hilfe die Arbeiterschaft rechnen könnte. Jeder Arbeiter muß sich Freiheit und bessere Lebensbedingungen selbst erkämpfen.

Als wirksamsten Protest gegen das geplante Schulverfassungsgesetz empfahl der Referent den Massenaustritt aus der Landeskirche. — In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Händel und Brenzlou. Ersterer behauptete es, daß von den hiesig eingekommenen Geistlichen keiner den Mut besessen habe, in der Versammlung zu erscheinen, umso mehr, als der eine dieser Herren sonst weder Zeit und Mühe scheue, um die Arbeiter in ihren Wohnungen aufzusuchen und zum Besuch der Kirche einzuladen. Eine vom Genossen Kimmrig verlesene Resolution, in welcher die Versammelten erklärten, sich an dem Massenaustritt aus der Landeskirche zu beteiligen, und welche gleichzeitig die Trennung der Kirche vom Staate forderte, fand einstimmig Annahme. Unter Vereinsangelegenheiten wurde zunächst ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach von jetzt ab die Mitgliederversammlungen an jedem ersten Dienstag im Monat abgehalten werden. Sodann machte Genosse Deutschmann bekannt, daß die geplante Urania-Vorstellung am 10. August, nachmittags 4 Uhr stattfindet. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, recht regen für Verbreitung der Arbeiterpresse zu agitieren.

Groß-Lichterfelde.

Neues Postamt in Groß-Berlin. Ein neues Postamt erhält Groß-Lichterfelde. Die Postanstalt bekommt die Bezeichnung „Groß-Lichterfelde 4“. Ihre Räume befinden sich Chausseest. 40. Das Postamt wird mit Telegraphenbetrieb ausgerüstet. Es bildet eine Zweigstelle des Postamtes Groß-Lichterfelde 1. Bei dem neuen Postamt werden Postleistungen jeder Art, auch Paletten mit und ohne Wertangabe sowie Telegramme angenommen. Postlagernde Briefsendungen können abgeholt werden. Die Entgegennahme von Zeitungsbestellungen und die Ausgabe von Zeitungen findet nicht statt. Für den Verkehr mit dem Publikum ist das neue Postamt werktäglich im Sommer von 7, im Winter von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends geöffnet. Die Annahme gewöhnlicher Paletten findet nur bis 7 Uhr abends statt. An Sonn- und Feiertagen bleibt das Postamt geschlossen. Die Eröffnung des Postamtes erfolgt am 15. Februar.

Mariendorf.

In unserem Orte haben die Vorbereitungen zu den Gemeindevorwahlen begonnen. Zum Freitag hatte der Verein der Haus- und Grundbesitzer eine öffentliche Wahlerversammlung einberufen, in der für die dritte Wählerklasse ein Kandidat aufgestellt werden sollte. Es wurde zu diesem Posten ein Herr Renner empfohlen. Auf eine Anfrage, ob der Kandidat nicht sein Programm entwickeln wolle, wurde die Antwort, daß der Auserkorene gar nicht anwesend sei. Verschiedene Mißstände in der Gemeinde gelangten zur Erörterung, für deren Beseitigung der Empfohlene wirksam werden würde. Dem gegenüber wurde von unseren Genossen dargelegt, daß das nicht ausreiche. Genosse Reichardt entwickelte dann die Hauptforderungen unseres Programms. Als man sah, daß für Herrn Renner keine Sympathie vorhanden war, schlug man kurzerhand einen Herrn Dr. Behne vor, der sich als parteilos aufspielte. Genosse Lehmann II bemerkte zu diesem Vorschlag, daß ein Mann, der bei der jetzigen Lage sich zu keiner Partei bekenne, politisch untreu sei und unmöglich die Interessen der dritten Wählerklasse vertreten könne.

Genosse Reichardt, der von unserer Seite in Vorschlag gebracht wurde, erklärte, die Kandidatur anzunehmen. Eine vom Bureau vorgenommene Abstimmung ergab, daß Genosse Reichardt schätzungsweise 150 Stimmen erhielt, während auf Herrn Dr. Behne aber nur wohlgezählte 12 Stimmen fielen. Darauf erklärte der Versammlungsleiter, er würde noch eine Versammlung einberufen, zu der nur die ihm genehmen Wähler geladen würden, und nur Herrn Renner als Kandidaten aufstellen lassen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß zirka 80 Genossen anwesend waren, die aber nicht ein Glas Bier tranken, trotzdem die Versammlung von 8 bis 11 Uhr tagte, weil uns dieses Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht.

In der am 6. d. Mts. abgehaltenen sehr stark besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Reichardt einen Vortrag über die Technik des Landgemeindevorwahls. Der Redner kennzeichnete das Wahlrecht, wie es in folgenden Punkten zum Ausdruck gelangt: Es wählen in der ersten Klasse 13, in der

zweiten 98 und in der dritten 1527 Wähler. In Marienfelde ist das Verhältnis ungefähr dasselbe. Nach kurzer Diskussion wurde Genosse Reichardt einstimmig als Kandidat der dritten Wählerklasse zur nächsten Gemeindevorwahl aufgestellt. Aufgenommen wurden 19 neue Mitglieder.

Schmargendorf.

Lebendig verbrannt. Die Unachtsamkeit, keine Kinder allein und unbeaufsichtigt in der Wohnung zurückzulassen, hat wieder einmal ein Menschenopfer gefordert. Gestern nachmittag verließ die Frau des Rutschers Hof, Hundelehstr. 5 in Schmargendorf wohnhaft nur für wenige Minuten die Wohnung, um einen dringenden Einkauf zu besorgen. Ihr fünfjähriges Töchterchen ließ sie ohne Aufsicht zurück. Als Frau R. bald darauf wieder die Wohnung betrat, entdeckte sie in der Küche die verkohlte Leiche ihres Kindes. Die Kleine war in Abwesenheit der Mutter im Wohnzimmer an den Ofen herangegangen, wobei ihre Kleider Feuer fingen. Von Schmerzen gepeinigt, lief nun das arme Geschöpf nach der Küche und mußte dort hilflos verbleiben.

Treptow-Bannschulentweg.

Einen Wutanfall hat der Verleger des „Treptower Anzeiger“ bekommen. Unsere Rotiz vom 9. d. M. in der wir die Zustimmung, seinem Unternehmen Handlangerdienste zu leisten, mit dem gebührenden Fuhrtritt reagierte, ist ihm bedenklich auf die Nerven gefallen.

In seiner „Entgegnung“ muß der „Treptower-Anzeiger“ unsere Feststellung selbstverständlich als wahr anerkennen. — Redensarten, wie seine Zeitungsausdräger wollen nicht mehr sein „Blatt“ anfragen, verschlimmern nur die Sache für den Herrn noch. Wir sind dem „Tr. Anz.“ wirklich dankbar, daß er unsere Rotiz auch jenen zur Kenntnis brachte, welche durch irgend welche Umstände noch genötigt sind, sein Blatt zu abonnieren. Belanständig wird der „Treptower Anz.“ von der Gemeinde subventioniert, wofür derselbe die „Amtlichen Angelegenheiten“ veröffentlicht. Der Raum unseres Blattes ist nun zu kostbar, sich mit dem Blättchen noch weiter zu unterhalten. Diese Sache wird neben so mancher anderen in unseren Versammlungen weiter gewürdigt werden. Der Verleger des „Treptower Anz.“ kann dann vielleicht einen seiner Getreuen abenden, der ihm dann genau Bericht erstatten kann über die Meinung, die die hiesige Arbeiterschaft von seinem Blättchen hat.

Rosowes-Neuendorf.

Die Stellungnahme zu den bevorstehenden Gemeindevorwahlen in Rosowes und Neuendorf bildete den wichtigsten Beratungsgegenstand der am Mittwoch in den „Deutschen Festhallen“ stattgefundenen Wahlvereinsversammlung. Genosse Gruhl hielt hierzu das einleitende Referat. Nachdem er einen historischen Rückblick auf die Entstehung der heutigen Gemeindeverwaltung und das Gemeindevorwahlrecht gegeben, erläuterte er die Bestimmungen, welche von uns bei den bevorstehenden Wahlen zu beachten sind. Danach wird sich in Zukunft in Rosowes die 3. Abteilung der Gemeindevorwahl infolge Vermehrung der Zahl der Gemeindevorordneten aus drei anässigen und drei unanässigen Vertretern zusammensetzen. In diesem Jahre haben wir einen anässigen und zwei unanässige Vertreter zu wählen. Die Wahl findet mittels Legitimationskarten statt, die vom Gemeindevorstand den Wählern zugestellt werden, und soll die Wahlzeit für die Wähler der 3. Klasse von nachmittags 5—8 Uhr dauern. Eine wichtige Aenderung bei der bevorstehenden Wahl besteht darin, daß die 3. Wählerklasse in zwei Bezirken wählt. Wie die Wahl in Neuendorf gehandhabt werden soll, ist bisher noch nicht bekannt geworden. Zu wählen sind dort zwei Vertreter. Als ein erfreuliches Zeichen führte Redner an, daß in diesem Jahre bedeutend mehr Neuendorfer Wähler die Listen durch unsere Genossen haben einsehen lassen wie in früheren Jahren. Genosse Gruhl schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die bevorstehenden Wahlen unserer Partei neue Erfolge bringen. — In der sich anschließenden Diskussion gelangte ein Antrag des Genossen Hoffmann zur Annahme, in den nächsten Tagen Listen in den Lokalen von Gruhl, Hiemele und Junger auszuliegen, in welche sich diejenigen Neuendorfer Wähler eintragen sollen, welche die Wahlzeit für die dortige Wahl von 5—8 Uhr nachmittags festgesetzt wissen wollen. Diese Petitionslisten sollen dann dem Neuendorfer Gemeindevorstand zugestellt werden, da bei früheren Wahlen die Wahlzeit auf eine für die vielen auswärts arbeitenden Wähler äußerst ungünstige Tageszeit verlegt worden ist. Als Kandidaten für die Wahl in Rosowes nominierte die Versammlung die Genossen Karl Gruhl, Karl Gomoll und Ernst Jöllner, für die Neuendorfer Wahl die Genossen Paul Jetter und Wilhelm Schulz. Ferner wählte die Versammlung ein fünf-gliedriges Komitee, welches den Vorstand bei den Wahlarbeiten zu unterstützen hat. — Nach Erledigung dieses Punktes gab Genosse Contag Gomoll einen Bericht der Lokalkommission. Derselbe betonte, daß noch viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Sonnabend-Vergnügungen in gesperrten Lokalen besuchen, und forderte die Gewerkschaftsvorstände auf, dahin zu wirken, daß dieses in Zukunft unterbleibt. — Unter Verschiedenes teilte der Vorsitzende mit, daß die hiesige Filiale des Metallarbeiter-Vereins des D. M. für den Wahlverein und 48 M. für die Bibliothek gestiftet hat. Sodann wurde bekannt gegeben, daß Listen zum Austritt aus der Landeskirche bei den Genossen Jöllner, Gomoll (Konsumvereins-Läden) und Gruhl zu haben sind. Bemerkten wollen wir noch, daß als Frucht des „preussischen Revolutions-Sonntages“ in obiger Versammlung die noch nicht erreichte Zahl von 60 Genossen in den Wahlverein aufgenommen wurde.

Nieder-Schöneweide.

In der Gemeindevorwahlversammlung am Mittwoch wurde erwähnt, daß man der 3. Wählerklasse einen unangefessenen Vertreter für die im März stattfindenden Wahlen noch belassen werde. Wie gnädig! Als ob nicht die Landgemeindevorwahl darüber spezielle Vorschriften enthielte. Vom Wahlverein war im Interesse der 3. Wählerklasse der Antrag eingebracht, die bei Gemeindevorwahlen bisher übliche Wahlzeit, die immer von 9 bis 11 Uhr festgesetzt war, für die kommenden Wahlen von 5 bis 8 Uhr abends festzusetzen. Der Gemeindevorsteher schien keine große Reizung zu haben, diesem Antrage zu entsprechen, denn er wollte auf Grund der Liste nach-

